

PROTOKOLL

Begrüßung

Körper

Es ist natürlich bloßer Zufall, daß dieser Gesprächskreis in solch unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang zwischen die Parteitage der beiden Regierungsparteien FDP und SPD in Kiel und in Hamburg geraten ist. Aber selbstverständlich haben wir unseren Termin im Bewußtsein der Dringlichkeit und der zentralen Bedeutung der Energiepolitik gewählt. Die Tatsache freilich, daß Sie, verehrter Herr Brunner, als Mitglied der Kommission der Europäischen Gemeinschaft das einleitende Referat zu unserem Gespräch übernommen haben, mag deutlich machen, daß wir bei der Wahl des Themas und des Termins nicht an Parteipolitik und auch nicht nur an die Bundesrepublik Deutschland gedacht haben.

Damit will ich keineswegs die innerpolitische Brisanz der gegenwärtigen Energiefrage leugnen. Auch wir werden uns diesen Spannungen nicht entziehen können. Die Entscheidungen, die hier zu fällen sind, betreffen nur im Vordergrund energiewirtschaftliche Investitionen. Dahinter stehen gesellschaftliche Konflikte erster Ordnung. Diese Konflikte verlieren sicherlich an Schärfe, wenn die Umweltverschmutzung bei Kohlekraftwerken und die Betriebssicherheit und Entsorgung bei Kernkraftwerken allgemein als lösbare technologische Aufgaben anerkannt würden. Aber mehr als eine Abschwächung dürfte damit kaum erreicht werden. Denn die Konflikte wären nicht aus der Welt geschafft.

Mit der Entscheidung für so massive energiewirtschaftliche Investitionen, wie sie die Fachleute in aller Welt für notwendig halten, verbindet sich nämlich eindeutig die Willenserklärung für eine Politik des Wachstums und der weiteren wirtschaftlichen Expansion. Das aber heißt Anerkennung des Primats der Wirtschaftspolitik. Übrigens gibt es dabei so gut wie keine ideologischen Unterschiede zwischen Ost und West. Die kommunistischen Staaten sind hier womöglich noch entschiedener als die industriellen Demokratien des Westens.

Die Gegner dieser Politik sind - ich sage das ohne wertendes Vorurteil - aktive Minderheiten, bunt zusammengesetzt, aber dennoch so schlagkräftig, daß sie zum Beispiel in der Bundesrepublik faktisch einen Investitionsstop in der Energiewirtschaft durchsetzen konnten. Und es will etwas heißen, wenn in der gegenwärtigen Phase mangelnder unternehmerischer Risikobereitschaft und sogar langsam ansteigender Arbeitslosigkeit ein Investitionsstau in Höhe von beinahe 20 Milliarden DM in der Energiewirtschaft hingenommen werden muß. Das beweist das Vorhandensein einer anti-ökonomischen Barriere in unserer Gesellschaft, die in der Tat politisch ernstgenommen werden muß.

Wir wollen die Argumente dieser Minderheitsgruppen heute abend nicht beiseite schieben. In jedem Falle muß man ihnen zubilligen, daß sie die Politiker in dieser wichtigen Frage gezwungen haben, erst zu wägen und dann zu wagen. Auch der Bergedorfer Gesprächskreis wird sich einer umfassenderen Güterabwägung nicht entziehen können, und wir werden uns wohl kaum auf die energiewirtschaftlichen Informationen der Fachleute beschränken dürfen.

Aber für eine solche Abwägung der Güter gibt es keinen anderen Weg als den der Rationalität, und mit Rationalität meine ich selbstverständlich nicht das Diktat zweckrationaler wirtschaftlicher Interessen. Gleichrangig neben diesen ökonomischen Interessen müssen wir unsere soziale Verantwortung, die internationale Verflechtung der Wirtschaft und die Pflicht wachsender Leistungen für die Dritte Welt in ein solches Konzept einbringen.

Zu einer solchen Rationalität, die über das ökonomische hinaus auch gesellschaftspolitisch und kulturell immer mehr unser Problem wird, gehört ebenso eine neue Antwort auf das Problem des wirtschaftlichen Wachstums, der industriellen Expansion. Ich spreche von einer "neuen" Antwort, weil es heute dabei offensichtlich auch um kulturelle Existenzfragen geht. Von dieser Rationalität können wir uns allerdings auch nicht kulturphilosophisch entbinden. Unsere Gesellschaft, besser gesagt: unsere Zivilisation kann es sich nicht leisten, reaktionär und irrational zu handeln - und sei es aus den besten kulturkritischen Motiven.

Ich bin gespannt, wie weit es uns gelingt, für diese Rationalität Terrain zu gewinnen. Herr Schneider, der sich lebenswürdigerweise bereit erklärt hat, die Diskussionsleitung zu übernehmen, wird uns dabei ein guter und sicherlich auch energischer Helfer sein.

Brunner

Ich stelle zunächst die Frage, ob wir unser Thema richtig gewählt haben. Sehen wir uns wirklich einer Energiekrise gegenüber, und befindet sich Europa in einem Belagerungszustand? Was die Energiekrise anlangt, so ist der Befund nicht ganz eindeutig: Im Oktober und im Dezember 1973 wurden die Ölpreise jeweils verdoppelt, insgesamt also vervierfacht. Und seither ist vieles in Bewegung gekommen. Auf der anderen Seite ist die aktuelle Marktsituation durch einen Druck auf die Preise gekennzeichnet; in den letzten Wochen konnten wir Preisabschläge beim Öl zwischen 30 und 40 Cents pro Barrel verzeichnen. Dies wird keineswegs von allen Seiten freudig aufgenommen; ich brauche nur Herrn von Bennigsen-Foerder anzusehen.

Dennoch ist 1973 unbestreitbar eine Zäsur eingetreten. Das wurde 1974 zunächst noch nicht so sichtbar, ein Jahr, das wirtschaftlich gesehen von den Investitionen, der Beschäftigung und dem Konsum her trotz der Ölpreiserhöhungen recht gut verlief. Die von der Ölkrise ausgelösten Zahlungsbilanzschwierigkeiten konnten international weitgehend abgefangen werden. In den folgenden Jahren 1975 und 1976 jedoch wurde deutlich, daß sich etwas verändert hatte. Das Investitionsvolumen ging zurück, die Beschäftigungssituation verschlechterte sich, und in den europäischen Volkswirtschaften zeigten sich zahlreiche strukturelle Probleme.

Erinnern Sie sich: Zwischen 1950 und 1973 hatte sich der Ölverbrauch in der westlichen Wirtschaft mehr als verdreifacht; damals stellten alle auf den Energieträger Öl um; es war die Zeit der hohen Wachstumsraten, von denen man annahm, daß sie auch in Zukunft beibehalten werden könnten. Aber nicht nur die volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Daten haben seit 1973 eine Änderung erfahren. Vielmehr ist auch die Stimmung eine andere geworden. Warum haben sich die Verteilungskonflikte verschärft?

Warum schleichen sich Zweifel ein, ob unsere Volkswirtschaft bei den jetzigen und zukünftig zu erwartenden Wachstumsraten noch in der Lage ist, das von uns entwickelte System der sozialen Sicherung zu tragen? Warum befürchten wir, daß wir abhängig geworden sind, beispielsweise von Entscheidungen der arabischen Ölproduzenten oder der amerikanischen und kanadischen Uranlieferanten? Läßt sich das Öl als Waffe gegen uns verwenden? Sind wir erpreßbar geworden, und ist das gleichbedeutend mit einem Belagerungszustand?

Das Öl wurde in der Vergangenheit dreimal als Waffe eingesetzt. Zuerst 1956 gegen das Suez-Unternehmen Israels, Großbritanniens und Frankreichs, und zwar mit Erfolg - die militärische Operation wurde abgebrochen. Das zweite Mal versuchte man sich der Ölwanne beim Sechstagekrieg 1967 zu bedienen, was nicht gelang, da sich Libyen damals noch nicht am Boykott beteiligte. 1973 dagegen erreichte man mit dem Öl als Waffe eine hohe Wirksamkeit. Die Situation ist also für uns nicht neu, aber wir sind uns ihrer jetzt stärker bewußt geworden. Offenbar leben wir in einer Phase, in der so mancher Wert umgewertet wird; Herr Dahrendorf hat dafür einmal den Ausdruck "Tendenzwende" gebraucht.

Die Symptome dieser Veränderung wird niemand bestreiten; sie sind allzu deutlich sichtbar: geringes Wirtschaftswachstum, steigende Arbeitslosigkeit, Strukturprobleme. Unsicherheit im monetären Bereich, veränderte Austauschrelationen zwischen Industriegütern und Rohstoffen, Unklarheit hinsichtlich der Entwicklung des Ölpreises, Probleme bei der Belieferung mit Uran. Ob die Energiekrise von 1973 dies alles verursacht hat, ist kaum von großer Bedeutung; sicher ist sie nicht die einzige Ursache. Energie ist wichtig, aber es ist nicht der Schlüssel zu allem im wirtschaftlichen und politischen Geschehen. Die Energiekrise wirft jedoch zumindest ein neues Licht auf Entwicklungen, die möglicherweise schon latent in unserer Gesellschaft vorhanden waren.

Eines läßt sich aber mit aller Deutlichkeit sagen: Nichts wird wieder genauso werden, wie es vor 1973 gewesen ist. Das betrifft weniger die Frage der Wachstumsraten oder der notwendigen technologischen und ökonomischen Umstellungen, um unserer strukturellen Probleme Herr zu werden. Vielmehr meine ich, daß unsere Einstellung zu den Dingen nicht wieder so werden wird, wie wir sie vordem gehabt haben. Wir werden uns fragen müssen, wie eine derartige Energieverschwendung vor 1973 möglich war, nachdem sich die Weltwirtschaft von der Kohle auf das Öl umgestellt hatte. Dabei mußte doch jedermann offenkundig sein, daß wir binnen zehn Jahren ein Großteil der fossilen Energie verbrannt haben würden, wenn wir so weitergemacht hätten. Wieso haben wir die Bedeutung der Energie als Kosten- und Entwicklungsfaktor in der Wirtschaft so wenig berücksichtigt? Warum haben wir die Zusammenhänge zwischen den Ländern, die Rohstoffe importieren, und denen, die sie industriell verarbeiten, kaum bedacht?

Ich will die Rolle der OPEC keineswegs glorifizieren und sie etwa zum Chefökonom der Weltwirtschaft erheben. Aber ohne die Krise von 1973 hätten wir möglicherweise noch später reagiert mit noch weit problematischeren Folgen. Denn im Grunde zeichnete sich die auf uns zukommende Entwicklung bereits früher deutlich ab. Wir wissen nicht erst seit 1973, daß die Zuwachsraten bei der Öl und bei der Gasförderung ab 1985 abnehmen werden. Obwohl man schon vor 1973 versuchte, Politik und Ökonomie daraufhin zu orientieren, ist dies nicht gelungen.

Warum ist es nicht gelungen? Hat der Markt damals richtig reagiert oder sich nur kurzfristig ausgerichtet? Oder liegt hier überhaupt ein Versagen der Marktwirtschaft vor? Das ist sicher überspitzt. Indes ist unbestritten, daß wir in unserem ökonomischen Verhalten eine Tendenz zu kurzfristigem Disponieren haben, was sich in der Gesellschaft generell durchsetzt. Ein entsprechendes politisches Verhalten wird auch durch die kurzen Wahlperioden noch unterstützt, was langfristigen Dispositionen keineswegs förderlich ist. Auf welche Weise wäre es dann möglich, die langfristigen Perspektiven allgemein bewußt zu machen?

Zweitens ist zu fragen, ob unsere ökonomischen und politischen Mechanismen ausreichende Möglichkeiten besitzen, durch Selbststeuerung Korrekturen anzubringen. Drittens: Neigen wir in Krisensituationen nicht zu einem gewissen "Wagenburgreflex", indem wir versuchen, selbst mit den Dingen fertig zu werden, uns gewissermaßen national einzugrenzen?

Wenn das nun nicht gelingt, was muß dann geschehen, um die Schwierigkeiten zu überwinden? Schließlich: Reagiert das öffentliche Bewußtsein angemessen auf die Gegebenheiten? Besteht hier nicht ein Mißverhältnis zwischen der Realität und den subjektiven Verhaltensweisen der vielen einzelnen, die dann zu einer ökonomisch relevanten Größe werden?

Wichtig ist, daß wir uns eine Reihe von Problemen bewußt machen. Ohne Zweifel werden wir es schätzungsweise ab 1985 mit einer auch äußerlich veränderten Situation auf dem Energiesektor zu tun haben. Es ist weiterhin klar, daß die Gefahr eines internationalen Verteilungskampfes um das Öl droht, wenn die Vereinigten Staaten fortfahren, wie bisher jährlich 350 Millionen Tonnen Öl oder noch mehr zu importieren. Wir können die arabischen Produzenten nicht dazu bringen, weit über ihre Bedürfnisse Öl zu fördern, um die industrialisierten Länder zu beliefern. Denn damit würden sie sich einer Inflation ohne Grenzen aussetzen und ihre Gesellschaften zerrütten.

Auf der anderen Seite befinden sich die Europäer aber auch bei der Kohle keineswegs in einer problemlosen Situation. Unsere Kohle ist teuer und bisher nicht sehr umweltfreundlich zu verarbeiten. Wir müssen uns weiter mit der Frage nach alternativen Energien - Sonnenenergie, geothermische Energien - auseinandersetzen und uns nicht zuletzt über die Rolle der Kernenergie klarwerden.

Was die Kernenergie angeht, so zeigen sich erstaunliche Pendelbewegungen in der öffentlichen Meinung. Schließlich gibt es die Kernenergie schon seit 30 Jahren, und die Sicherheitsbedingungen sind inzwischen laufend verbessert worden. Wie erklärt sich dann die plötzlich sehr heftige Kritik, nicht nur in der Bundesrepublik? Von den in der Europäischen Gemeinschaft ursprünglich für 1985 geplanten 190 Gigawatt aus Kernenergie können aus heutiger Sicht bestenfalls 90 erstellt werden. Welche Auswirkungen hat die hier sichtbar werdende Lücke auf Arbeitsplätze und Investitionen? In den letzten Wochen macht sich nun in Deutschland auf einmal wieder eine Stimmung in der entgegengesetzten Richtung breit. Ist das nur auf ökonomische Gründe zurückzuführen? Haben wir die Öffentlichkeit hinreichend aufgeklärt? Haben wir uns bei der Kernenergie allzusehr von kurzfristigen Kriterien leiten lassen und uns beispielsweise zu wenig um die atomaren Abfälle gekümmert?

Wie sehen die Konsequenzen aus dieser Lageanalyse aus? Wenn wir das Richtige tun wollen, müssen wir uns über die Ziele in der Energiepolitik klarwerden. Das erste Ziel ist, so viel Energie zur Verfügung zu stellen, wie notwendig ist, um das Wirtschaftswachstum zu sichern. Dabei ist einerseits zu überlegen, wieviel Wachstum wir eigentlich brauchen, während wir andererseits über Energieeinsparungen nachdenken müssen, damit keine Energielücke entsteht.

Das zweite Ziel betrifft eine gewisse Stabilität der Versorgung. Dabei müssen wir uns auch Gedanken über die Lagerhaltung machen. Wir können es uns nicht leisten, wieder so wie 1973 in eine Krise hineinzustolpern.

Drittens erwähne ich große Forschungsanstrengungen, um die Entwicklung von Energieträgern einschließlich alternativer Energien voranzubringen.

Viertens müssen wir in der Energiepolitik über Preise und Steuern nachdenken. Welches ist der richtige Energiepreis? Der kurzfristige Marktpreis ist möglicherweise nicht angemessen, um die langfristige Energieversorgung sicherzustellen. Wenn der Markt aufgrund der kurzfristigen Sicht der

Verbraucher nicht in der Lage ist, mittel- und langfristig die richtigen Dispositionen zu treffen, dann ist zu prüfen, inwieweit wir über steuerliche Maßnahmen die gewünschte Richtungsänderung erreichen können.

Fünftens. Während der letzten Energiekrise sind die Industrieländer den Ölproduzenten einzeln gegenübergetreten. Wir haben damit keine sehr guten Erfahrungen gemacht. Es sollten also Formen der internationalen Zusammenarbeit entwickelt werden, in denen die westlichen Industrieländer, dabei auch die Europäische Gemeinschaft, ihr Gewicht gemeinsam zur Geltung bringen. Wie kann eine solche Zusammenarbeit aussehen?

Eines können wir mit Sicherheit festhalten: Weder die Öl noch die Uranproduzenten wollen uns den Garaus machen. Die Ölländer haben erfahren, daß die durch die Ölpreiserhöhungen ausgelöste inflationäre Entwicklung in den Industrieländern auch ihnen geschadet hat. Sie haben ebenfalls ein Interesse daran, daß die Beschäftigungslage bei uns gut ist. Ebensowenig können sie an einer weltweiten Zahlungsbilanzkrise ohne Ende interessiert sein.

Wir sind also nicht belagert. Sind wir erpreßbar? Zweifellos ist hier ein neuer Unsicherheitsfaktor entstanden, der sich sowohl auf die Politik der Regierungen als auch auf das Verhalten der Menschen ausgewirkt hat. Dennoch brauchen wir die Flinte nicht ins Korn zu werfen. Worauf es ankommt ist, aus uns selbst heraus alles zu tun, um die fünf Ziele, die ich dargelegt habe, zu erreichen. Es liegt also an uns selbst, wie wir mit der neuen Herausforderung fertig werden.

Schneider

Vorweg ein Wort zu der drohenden Energiekrise, von der im Referat die Rede ist. Wir müssen uns bewußt werden, daß wir sie nicht einfach als eine Wiederholung der Vorgänge begreifen sollten, die in der Vergangenheit als "Energiekrise", Ölkrise oder - wie Anfang der fünfziger Jahre - als Kohlenknappheit bezeichnet worden sind. Bei der Energiekrise, die von der Internationalen Energie-Agentur, vom Workshop on Alternative Energy Strategies und anderen für die späten achtziger oder frühen neunziger Jahre befürchtet wird, handelt es sich um eine durch die fortschreitende Erschöpfung des konventionellen Mineralöls verursachte Mangellage, die womöglich durch restriktive Angebotspraktiken noch verschärft werden mag.

Für eine solche Versorgungskrise gibt es wenige historische Vorbilder. In der Neuzeit läßt sie sich eigentlich nur, was ihre gesamtwirtschaftliche Auswirkung anbelangt, mit der Energiekrise im England des 17. und 18. Jahrhunderts vergleichen. Damals erzwang eine stark zunehmende Verknappung des wichtigsten Energieträgers, des Holzes, eine Umstellung der Energieversorgung für die schnell wachsende Bevölkerung auf Steinkohle, einen zwar schon bekannten, aber wenig geschätzten Brennstoff. Dadurch wurden entscheidende Anstöße für die Technologieentwicklung gegeben und letzten Endes die Grundlagen für die erste industrielle Revolution geschaffen.

Die uns in den kommenden Jahrzehnten aufgetragene Umstellungsaufgabe ist die der fortschreitenden Substitution des konventionellen Mineralöls durch andere Energieträger bei gleichzeitiger Verringerung des spezifischen Energieverbrauchs pro Einheit Bruttoinlandsprodukt. Wenn die Industrieländer diese Aufgabe entschlossen angehen, wird es nicht zu einer kritischen Versorgungslage kommen: Die Prognose der Energiekrise widerlegt sich dann selbst, weil sie die Gegenkräfte auslöst, die ihre Prämissen aufheben. Von dieser Selbstzerstörung der Krisenprognose sind wir heute jedoch noch recht weit entfernt.

Ich sehe die Aufgabe unseres Gesprächskreises darin, die uns offenstehenden, im einzelnen wohl bekannten Optionen zu diskutieren, sie insbesondere umfassend zu evaluieren. Wir sollten uns dabei nicht auf die energiepolitischen Fragen im engeren Sinne begrenzen, sondern den Problembereich weit abstecken und allen Teilaspekten nachgehen, die das Energieproblem heute aufwirft.

Grossner

Die große Schwierigkeit bei unserem Thema sehe ich darin, wie wir eine Analyse der Situation mit den notwendigen politischen Konsequenzen verbinden können. Die Energiepolitik hat sich ja lange Zeit dadurch ausgezeichnet, Herr Brunner deutete es an, daß man kurzfristig reagiert hat, anstatt langfristige Konzepte zu entwickeln.

Lassen Sie mich kurz auf die drei Begriffe: Energiekrise, Belagerungszustand und Europa eingehen. Schon auf der analytischen Ebene dürfte es schwer sein, überhaupt einen gemeinsamen Ausgangspunkt zu finden. Möglicherweise sind das, was wir heute als Energiekrise interpretieren und was in der Öffentlichkeit so diskutiert wird, nur Symptome, während die eigentlichen Ursachen ganz woanders liegen. Dann hätten wir die ganze Zeit sozusagen auf einer falschen Ebene diskutiert. Es

wäre also eine Aufgabe dieses Gesprächskreises, deutlich zu machen: Was erscheint uns als Energiekrise, welches sind die ökonomischen und sozialpsychologischen Ursachen und wo liegen die gesellschaftlichen Konfliktpotentiale?

Zweitens: Was heißt Belagerungszustand? Wenn man Belagerungszustand als direkten Druck oder direkte Erpreßbarkeit interpretiert, wäre das analog einer Belagerung im Mittelalter. Vielleicht muß die Frage heute aber ganz anders gestellt werden, nämlich: Inwieweit werden uns durch bestimmte gesellschaftliche Entwicklungen die Handlungsspielräume so weit eingeengt, daß eine dem Belagerungszustand ähnliche Situation entsteht? Es genügt also nicht zu fragen: Liegt es an irgendwelchen Ölscheichs oder bestehen Erpressungsmöglichkeiten bei der Uranzulieferung - sicher eine naheliegende und wichtige Frage, die wir beantworten müssen. Zugleich müssen wir aber analysieren, inwieweit wir uns mit der gegenwärtigen Energiepolitik langfristig möglicherweise in bestimmte gesellschaftliche Fahrwasser begeben, die unsere Handlungsspielräume einschränken und zu Konsequenzen führen, die einem Belagerungszustand ähnlich sind.

Die Schwierigkeiten der analytischen Ausgangsposition zeigen sich drittens auch bei der Frage, was unter Europa zu verstehen ist. Dieses Europa, nach dessen Belagerungszustand gefragt wird, steht zur Zeit in neuen Assoziations- und Beitrittsverhandlungen; es hat das Lomé-Abkommen mit den AKP-Staaten abgeschlossen. Es wird durch direkte institutionelle Verflechtungen mit Ländern der Dritten Welt in eine internationale Konstellation hereingeholt, die für das, was die Energieversorgung Europas ausmacht, in Zukunft eine immer größere Bedeutung haben werden. Wenn wir über eine Energiekrise und einen möglichen Belagerungszustand Europas und dessen politische Konsequenzen diskutieren, können wir nicht die internationale Energiepolitik und den Energiebedarf der Dritten Welt ausklammern.

Diese drei Beispiele zeigen, wie schwer es sein dürfte, aus einer unklaren analytischen Situation politische Konsequenzen abzuleiten.

Kloss

Im Jahr 1973 zeichnete sich nicht nur wirtschaftspolitisch, sondern auch für die Nationalökonomie eine Zäsur ab. Damals ist wohl zum ersten Mal schmerzhaft klargeworden, daß der Produktionsfaktor "Arbeit" aus zwei Komponenten besteht, nämlich aus menschlicher Arbeitskraft und aus Energie. Diese Energie ist zukünftig offenbar nicht mehr in dem Umfang verfügbar, an den wir uns bisher gewöhnt hatten, um menschliche Arbeitskraft zu ersetzen und ökonomisches Wachstum zu erzeugen. Damit ist auch eine Grenze für das ökonomische Wachstum sichtbar geworden, und zwar nicht nur in Europa, sondern weltweit.

Deshalb müssen auch alle Fragen, die mit der Energiepolitik zusammenhängen, weltweit diskutiert werden. Es genügt nicht, das nur im Hinblick auf die Bundesrepublik oder auch die Europäischen Gemeinschaften zu tun. Denn das weltweite Wirtschaftswachstum, das Voraussetzung ist, um das Wohlstandsgefälle zwischen Nord und Süd abzubauen, ist nur sicherzustellen, wenn genügend Energie zur Verfügung steht. Da fehlt es an entsprechenden internationalen Absprachen. Wenn das nicht gelingt, wird man die wirtschaftliche Entwicklung kaum in den Griff bekommen.

von Bennigsen-Foerder

Herr Brunner, ich stimme Ihnen in dem, was Sie gesagt haben, durchaus zu. Mir ist nur nicht klar, wie Sie daraus zu Ihrer Schlußfolgerung gelangen, daß kein Belagerungszustand besteht. Auch die Erpreßbarkeit haben Sie relativiert.

Brunner

Die Formulierung Belagerungszustand halte ich für zu dramatisch. Das würde voraussetzen, daß wir von außen systematisch in eine bestimmte Richtung, ja zur Kapitulation gedrängt werden sollen. Ich glaube, das ist nicht der Fall. Der weltweite wirtschaftliche Interessenzusammenhang ist auch den Ölförderländern klar. Aber erpreßbar sind wir sicher.

von Bennigsen-Foerder

Das ist ein wenig Streit um Worte.

Ihre relativ optimistische Schlußfolgerung hat aber eine Fülle von Voraussetzungen; beispielsweise, daß wir in Europa, im Westen, in Fragen der Energiepolitik gemeinsame Kriterien finden. Ihr Optimismus ist zwar begrüßenswert, aber die Realitäten sehen wohl ein wenig anders aus. Bei der

Kürze der Zeit, die uns bis 1985 zur Verfügung steht - das sind ganze 7 Jahre;- , weiß ich nicht, wie bis dahin eine langfristig angelegte Politik formuliert werden soll.

Narjes

Ich unterstreiche zunächst die Notwendigkeit, jene Entscheidungsprozesse zu analysieren, die uns national, vor allem aber international in den letzten 20, 25 Jahren durch Handeln oder Unterlassen in die gegenwärtige Situation gebracht haben.

Wie Herr von Bennigsen-Foerder halte ich die Unterscheidung von Belagerungszustand und Erpreßbarkeit für reichlich theoretisch. Wir haben in der OPEC ein wirksames Preis- und Lieferkartell kennengelernt, das sich bestimmte politische Ziele zu eigen gemacht hat. Sie haben sich zusammengeschlossen, um fremden Staatswillen zu beugen. Wie weit sie damit gehen wollen und können, hängt von den Umständen des Einzelfalles ab. Aus der Unterscheidung von Belagerung und Erpreßbarkeit kann ich keine unterschiedlichen Konsequenzen für das politische Verhalten der Importstaaten ableiten. Die Tatsache, daß fremder - auch unser - politischer Wille mit Hilfe von angedrohtem Lieferstop oder Preiserhöhungen beeinflußt werden soll, müßte genügen.

Dieses funktionierende Preiskartell hat nun einen erheblichen Vertrauensverlust in die Verlässlichkeit der bisherigen Energieversorgung in unserer arbeitsteiligen Weltwirtschaft bewirkt. Das Welthandelssystem hat Schaden gelitten. Man fragt sich jetzt: Bei welchen anderen Produkten kann das Ölbeispiel Schule machen und zu Zusammenschlüssen führen, die unsere Versorgung schneller, als wir substituieren können, in Frage stellen? Diese Befürchtung erklärt einen Teil des wieder modernen Denkens in Autonomiekategorien, das rational wie irrational in die Energiediskussion hineinspielt.

Schließlich: Unsere Überlegungen sollten nicht nur kurzfristig bis 1985 reichen. Im Jahre 2000 werden etwa 7 Milliarden Menschen auf der Welt leben. Es sollte keine Handlungsempfehlung erwogen werden, die nicht auch bei 7 Milliarden Menschen noch Bestand haben kann.

Schill

Wenn Herr Brunner die etwas überspitzte Formulierung "Belagerungszustand" ablehnt, so hat er damit zweifellos nicht gemeint, daß wir uns nicht in einer risikoreichen Situation der Abhängigkeit vom Weltenergiemarkt befinden. Das Problem der Abhängigkeit, insbesondere beim Mineralöl, wird gerade in der nächsten Zeit in der Energiepolitik bei uns wieder besonders deutlich werden, wenn es darum geht, das Energieprogramm der Bundesregierung fortzuschreiben.

Der Begriff "Belagerungszustand" hat aber noch eine zweite, eine gesellschaftspolitische Dimension. Mein Eindruck ist, daß wir uns derzeit weniger einer äußeren Belagerung gegenübersehen, als vielmehr - zumindest bis vor kurzem - in eine innere Belagerung zu geraten drohen. Symptome hierfür sind die Verengung des Blicks in der energiepolitischen Diskussion und eine Beschränkung der Thematik auf Teilprobleme. Dies reicht bis zu dem Extrem, daß sich die ganze energiepolitische Auseinandersetzung in den letzten Wochen häufig auf die erste Teilerrichtungsgenehmigung für neue Kernkraftwerke verengt und konzentriert hat.

Stahl

Zweifellos brauchen wir eine objektive Analyse dessen, was in den letzten Jahren bei uns im Bereich der Energiepolitik gelaufen ist und was wir auch eventuell versäumt haben. Ich stimme Herrn Brunner ebenfalls zu, daß wir erst 1973 hautnah erkannt haben, wovon der Wohlstand unseres Landes überhaupt abhängt. Wie ist aber eine sinnvolle Politik durchsetzbar, die den von Herrn Brunner genannten Gesichtspunkten Rechnung trägt? In diesem Zusammenhang soll nicht unerwähnt bleiben, daß wir in der Bundesrepublik seit einigen Jahren in verschiedenen Bereichen des Energiesektors eine vernünftige, erfolgreiche und auch engagierte Forschungspolitik betreiben.

Wie sieht es in der Europäischen Gemeinschaft aus? Wird dort überhaupt schon überregional gedacht? Ich entsinne mich, daß Herr Lantzke im Hearing des Wirtschaftsausschusses auf meine Frage, was denn nun im Rahmen der EG getan werde, sagte: Darüber wird zwar gesprochen, aber es gibt bisher keinerlei Ansätze für eine langfristige Lösung des Energieproblems.

Ein weiterer Punkt ist die Aufklärung der Öffentlichkeit, damit auch der einzelne Bürger die Notwendigkeit einer langfristigen Energieversorgung erkennt. Wenn man als Politiker gegenwärtig die Diskussion in der Öffentlichkeit mitmacht, ficht man gegen Windmühlenflügel. Denn niemand will wegen des derzeitigen Überflusses einsehen, daß ab 1985, 1990 oder 1995 - der Zeitpunkt ist nicht genau faßbar - tatsächlich ein Energiedefizit eintritt. Auch von der Energiewirtschaft erwarte ich etwas

mehr Verantwortung gegenüber den langfristigen Perspektiven, die sich für unser Land abzeichnen. Das ist in den letzten Monaten durchaus noch nicht der Fall.

Lantzke

Ich begrüße es, daß Herr Brunner die Energieprobleme in den Gesamtzusammenhang gestellt hat: Wohin bewegt sich die Welt eigentlich, und wo liegen die Krisenpunkte in der zukünftigen Entwicklung? Ich sage es in diesem Kreise ganz offen, daß ich in den letzten zwei, drei Jahren sehr viel pessimistischer geworden bin, was die Handlungsfähigkeit der Industrienationen angeht.

Ich sehe zwei äußerst kritische Aspekte, die aus der Energiesituation auf uns zukommen. Erstens: Die Industrieländer werden untereinander mehr oder weniger unvermeidbar in einen Wettlauf um knappe Ressourcen geraten. Das kann zu Spannungen zwischen Europa, Nordamerika und der Pazifikregion führen, wenn es uns nicht gelingt, zwischen diesen drei Regionen eine abgestimmte Politik sicherzustellen. Das ist bisher in keiner Weise der Fall.

Zweitens: Die andere große Gefahr sehe ich darin, daß der Wettlauf um knappe Ressourcen auf dem Energiesektor eine Verschärfung des Nord-Süd-Konflikts zur Folge haben wird. Es läßt sich unschwer vorstellen, wer die Gewinner und wer die Verlierer dieses Wettlaufs sein werden. Dabei können wir uns nicht auf den Standpunkt stellen, daß die Bundesrepublik über eine relativ energieeffiziente Wirtschaft verfügt und deshalb eine Verschärfung der Energiesituation letztlich - im Vergleich zu anderen Industrienationen - nur zu unserem Vorteil sein kann. Wir werden uns weltweit in einem Spannungszustand befinden, wo uns dieser Vorteil per Saldo nicht viel hilft.

Deshalb meine Grundeinschätzung: Bisher ist es der westlichen Welt nicht gelungen, und zwar weder der Europäischen Gemeinschaft noch der Internationalen Energie-Agentur, die Energiepolitik langfristig auszurichten. Ist das ohne amerikanische Führung überhaupt möglich? Dabei ist die amerikanische Führungsrolle in dieser Frage offenbar auch nicht mehr so ausgeprägt, wenn man sich die Diskussionen im Kongreß ansieht. Wenn uns diese Ausrichtung auf die langfristige Perspektive aber nicht gelingt, werden wir in politische Konflikte hineingeraten, die all jene Konsequenzen nach sich ziehen, die Herr Brunner angedeutet hat - nicht nur im Energiebereich.

Levy

Ein Wort zur Kritik an der amerikanischen Ölpolitik. Das jetzt in Amerika vorliegende Programm ist recht umfassend, auch wenn es sich anscheinend im wesentlichen nur auf Amerika hin orientiert und die internationalen Konsequenzen nicht direkt mit einbezieht. Wenn es aber gelingen sollte, für Amerika eine Lösung zu finden, dann wäre damit indirekt auch allen anderen geholfen.

Worum es mir aber vor allem geht: Die anderen Länder dürfen sich nicht darauf herausreden, daß sie nichts tun können oder nichts tun wollen, wenn Amerika nicht die Führung übernimmt. So wichtig ist Amerika in dieser Hinsicht nicht. Ich glaube nicht, daß Europa oder Japan kleine Kinder sind, die von einem Papa an der Hand geführt werden müssen. Vielleicht könnten auch Europa und Japan einmal Amerika an die Hand nehmen.

Lantzke

Natürlich müssen Europa und Japan etwas tun, Herr Levy. Aber wenn der Kongreß es versäumt, jetzt eine kohärente Politik zu entwickeln, wird das negative Rückwirkungen auf die Energiepolitik in Europa haben. Es geht also nicht unbedingt um die leader role der United States, sondern um die Vermeidung einer negativen leader role. Das ist es, was mich besorgt macht.

Levy

Es geht ebenso um die negative leader role des Gemeinsamen Marktes.

Riesenhuber

Herr Brunner fragte: Erleben wir das Ende der Machbarkeit der Dinge, oder handelt es sich nur um eine vorübergehende Krise? Kurzfristig haben wir viel und mittelfristig wenig Energie, während es langfristig die Frage ist, ob wir über viel, ausreichend oder ungenügend Energie verfügen. Je nachdem wie man diese Frage beantwortet, fällt auch die Entscheidung über die Strategien, die man sinnvoll anwenden kann.

Geht man davon aus, daß langfristig hinreichend Energie verfügbar sein wird, so bedarf es eigentlich nur überwiegend technokratischer Strategien für einen begrenzten Zeitraum von, sagen wir, 25, 30

oder 35 Jahren, um zu überleben. Dann können wir im Grunde unsere gegenwärtigen gesellschaftlichen Formen beibehalten, die alle darauf beruhen, daß die Machbarkeit der Dinge gewährleistet bleibt. Wenn man dagegen davon ausgeht, daß die Energie langfristig nicht ausreicht, müßten wir heute schon Strategien für Verhaltensänderungen in der Gesellschaft entwickeln.

Interessanterweise setzt die Kritik vieler Gegner der Atomenergie genau an diesem Punkt an. Sie behaupten, wir müßten uns langfristig ohnehin darauf einstellen, daß Energie nicht in hinreichendem Maße verfügbar ist. Deshalb müsse die Gesellschaft zu einer völlig neuen Art des Sichverhaltens kommen. Je früher dies geschehe, desto größer seien die Chancen, ein neues gesellschaftliches Gleichgewicht zu erreichen.

Die zentrale Frage ist also: Dürfen wir davon ausgehen, daß die Machbarkeit der Dinge als Grundannahme der industriellen Gesellschaft gewährleistet bleibt, oder müssen wir uns darauf einstellen, daß in dieser Hinsicht ein Ende absehbar ist und wir die gesellschaftlichen Mechanismen selbst zu überprüfen haben? Die offizielle Politik jedenfalls ging bisher davon aus, daß die Machbarkeit langfristig gegeben ist.

Meyer-Abich

Herr Brunner, Sie erwähnten als Kriterium der Energiepolitik die Gemeinsamkeit der westlichen Industrieländer. Dies dürfte aber kaum ausreichen. Im Sinn des vorangegangenen Votums von Lantzke geht es doch viel weitergehend um die internationale Verträglichkeit des Energiesystems in dem Sinne, 'daß durch energiepolitische Maßnahmen die Gefahr von internationalen Konflikten möglichst vermindert, jedenfalls nicht erhöht wird.

Zweitens haben Sie das Kriterium der Umweltverträglichkeit nicht genannt. Drittens füge ich einen Gesichtspunkt hinzu, der erst in neuerer Zeit mehr und mehr in die Diskussion kommt, nämlich - wie ich es nennen möchte - die soziale Verträglichkeit von Energiesystemen. Es zeigt sich: Wenn wir die Wahl haben, bestimmte Zuwächse an Energiebedarf auf die eine oder auf die andere Art zu decken - und wir haben ja zumindest längerfristig durchaus die Wahl zwischen mehreren Alternativen;- , dann wird die Frage wichtig, wie die sozialen Voraussetzungen beschaffen sein müssen, um die Normalität des "Normalbetriebs" eines bestimmten Energieversorgungssystems auf die Dauer zu gewährleisten.

Häfele

Eine objektive Analyse des Energieproblems sollte sich drei Phasen vor Augen halten.

Die erste Phase bis zum Jahre 1985 ist in gewisser Hinsicht schon vorüber. Denn bis zu diesem Zeitpunkt stehen die Strukturen fest, in denen in dieser oder jener Richtung überhaupt noch etwas beeinflusst werden kann. Die zweite Phase bis zum Jahre 2000 erlaubt noch eine relative Entscheidungsfreiheit, das heißt, der Sachzwang ist noch relativ gering. Die dritte Phase schließlich eröffnet Perspektiven bis, sagen wir, 2030. Dann fällt nämlich das Bevölkerungswachstum der Entwicklungsländer ernsthaft ins Gewicht, und die Zusammenhänge werden global.

Wenn man die Dinge objektiv analysiert, und das muß man tun, ist festzustellen, daß Energie praktisch unbegrenzt vorhanden ist, und sie läßt sich auch, wenn man es ernsthaft will, verfügbar machen. Selbstverständlich hat das Rückwirkungen auf uns selbst. Und in diesem Zusammenhang höre ich das Wort von der sozialen Verträglichkeit nicht sehr gern, Herr Meyer-Abich. Denn es geht nicht darum, die Wirklichkeit an die sozialen Verhältnisse, sondern die sozialen Verhältnisse an die Wirklichkeit anzupassen.

Befinden wir uns in einem Belagerungszustand? Seitens des Ostens sowieso. Aber auch die neue Carter-Administration führt zu einem Belagerungszustand Europas, weil sie einseitig in einer parochialen Perspektive die nationalen Interessen der USA in den Vordergrund stellt. Von Belagerungszustand würde ich auch aus der Nord-Süd-Perspektive sprechen. Vor allem aber befinden wir uns, wie Herr Schul sagt, in einer Belagerung von innen her. Dies halte ich für das größere Problem.

Ich behaupte, das objektive Energieproblem ist lösbar. Ob wir aber mit uns selber umgehen können, bin ich nicht so sicher. Da tauchen dann Fragen auf: Wie sicher ist sicher genug? Welche Wachstumsrate streben wir an? Gibt es limits to growth, und wenn ja, welche? Befürworten wir dezentralisierte Technologien und Institutionen oder eher zentralisierte? Ein ganz wichtiger Punkt ist die sogenannte Vertrauenskrise. Heute kann offenbar nur noch derjenige Vertrauen erwarten, der aggressiv vorgeht, während derjenige, der objektive Feststellungen trifft, kein Vertrauen mehr erlangt. Hier liegen die wahren Grenzen, hier zeigt sich die Nicht-mehr-Machbarkeit der Dinge.

Meyer-Abich

Sie sagen, Herr Häfele, es gehe nicht um die soziale Verträglichkeit, sondern um die Anpassung der sozialen Verhältnisse an die Wirklichkeit. Um die Wirklichkeit geht es mir nun allerdings auch. Wir brauchen ein Energieversorgungssystem, das der Qualität des Lebens, oder wie immer man dies Ziel bezeichnen will, dient. Der gesellschaftliche Aufwand für Maßnahmen zur Energieversorgung darf ihren gesellschaftlichen Nutzen nicht übersteigen.

In diesem Zusammenhang stellt sich nun eben auch die Frage, wie sich verschiedene Arten der Energieversorgung ausnehmen werden, wenn wir einmal nicht mehr unter so glücklichen Verhältnissen leben können, wie das in den letzten Jahrzehnten in der Bundesrepublik der Fall war. So wie die politischen und sozialen Bedingungen in der Bundesrepublik bisher gewesen sind, würde ich hinsichtlich der sozialen Verträglichkeit jede Art der Energieversorgung befürworten. Aber niemand von uns weiß, wie lange wir solche Bedingungen haben werden. Möglicherweise treten auch in Mitteleuropa eines Tages Verhältnisse wie in Nordirland oder im Libanon ein. Und da ist dann schon die Frage wichtig, für welche Kombination der verschiedenen Energiequellen - es geht ja immer nur um Mischungen - wir uns entschieden haben.

Der Pessimismus von Herrn Lantzke ist, fürchte ich, grundsätzlich berechtigt. Ist er aber auch angesichts der Ressourcen berechtigt? In diesem Punkt stimme ich Herrn Häfele durchaus zu. Bis Mitte der achtziger Jahre werden wir vermutlich genügend Energie haben. Auch langfristig werden wir wahrscheinlich keine Ressourcenprobleme haben; denn da werden uns mehr oder weniger unerschöpfliche Energiequellen zur Verfügung stehen. Ich denke an Brüter beziehungsweise Hochtemperaturreaktoren, Sonnenenergie und Fusion. Wenn überhaupt, werden wir mittelfristig Probleme bekommen, das heißt so ab Mitte oder Ende der achtziger Jahre bis zum Anfang des nächsten Jahrhunderts. Aber auch das sollte angesichts der vorhandenen Ressourcen eigentlich nicht unvermeidlich sein.

Sehen Sie sich doch einmal an, wie bei uns beispielsweise Kohlepolitik gemacht wird oder wie die Energieeinsparung - eine wichtige Energiequelle - gegenüber den Systemen der Energieversorgung durch Energieträger benachteiligt ist. Wir leisten uns immer noch den Anachronismus, daß wir die Energieeinsparung gegenüber dem Verbrauch von Energieträgern benachteiligen. Wenn man sich allein für die Bundesrepublik die drei Energiequellen, über die wir mittelfristig verfügen, vor Augen führt, nämlich erstens die verschiedenen fossilen Energieträger - Kohle, Erdöl, Gas;-, zweitens Kernenergie und drittens, etwa in der gleichen Größenordnung, Energieeinsparung, dann sehe ich nicht einmal, wie es von den Ressourcen her mittelfristig zu einer Krise kommen muß. Für andere Länder kann man vielleicht ähnlich argumentieren.

Häfele

Die Freiheit der Wahl, von der Sie sprechen, Herr Meyer-Abich, wird 1985 verschwinden und erst im Jahre 2050 wieder auftauchen. Die Ursache liegt nicht bei den Ressourcen, sondern es handelt sich um ein Kapitalproblem, um ein Zeitproblem und um ein Willensproblem.

Ueberhorst

Sie sagen, Herr Häfele, daß wir für einen bestimmten Zeitraum, etwa bis 2050, keine Freiheit der Wahl mehr haben werden. Wenn das zutreffen sollte, müßten wir nach den Konsequenzen fragen, die das für die Politik, ja für die Prämissen der westlichen Demokratien hätte. Wenn wir diese Wahlfreiheit nicht mehr haben, müssen wir unser politisches Selbstverständnis neu definieren. Haben wir jedoch noch die Freiheit der Wahl, müßten wir in der Lage sein, normativ entscheidbare Fragen zu inventarisieren.

Häfele

Das erste, Herr Ueberhorst.

Ueberhorst

Ich gehe mehr vom zweiten aus. Ich glaube einfach nicht - ohne hundertprozentig sicher zu sein;- , daß wir es mit einer Entwicklungslogik zu tun haben, die die Politik nur zum Mitläufer im Laufe der Dinge werden läßt. Ich meine, die Politik hat noch die Möglichkeit, von sich aus Fragen zu stellen. Wir müssen in unserer Diskussion also jeweils deutlich machen, wo wir lediglich Sachfragen inventarisieren und wo wir normativ entscheidbare Fragen stellen.

Schneider

Das wird sich kaum auseinanderhalten lassen.

Freiherr von Weizsäcker

Wir sprechen über Energiepolitik; das heißt, wir unterstellen, daß wir noch Entscheidungsmöglichkeiten haben. Es ist zu prüfen, wieweit das überhaupt der Fall ist.

Bei den energiepolitischen Entscheidungen ist die Kernenergie heute wohl das umstrittenste Problem. Deshalb ist es am stärksten zu beachten. Dabei müssen wir einen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten ins Auge fassen. Denn es ist ja bekannt, wie lange es dauert, einen Reaktor zu bauen und wie lange er laufen muß, um wirtschaftlich zu sein. Wir müssen also über mehrere Jahrzehnte vorausdenken, und jedermann weiß, wie außerordentlich schwierig das ist.

Wenn ich mir nun das, was Herr Brunner eingangs sagte und was in einigen Beiträgen zum Ausdruck kam, vergegenwärtige, so bin ich eigentlich überrascht, daß es erst der Ölkrise bedurfte, damit wir uns bewußt wurden, welche anderen Probleme sich uns auch noch stellen. Dies hätte man eigentlich wissen können, und manche Leute haben ja seit langem darauf hingewiesen.

Belagerung oder Erpreßbarkeit? Wir sind ohne jeden Zweifel erpreßbar. Seit wir uns vom Öl abhängig gemacht haben, mußte das für jedermann klar sein. An diesem Zustand wird sich auch kaum noch etwas ändern. Wir müssen also eine Politik betreiben, die erpreßbare Leute machen können. Das ist ein regionales Problem.

Was die Ressourcen angeht, so stimme ich Herrn Häfele zu: Energie ist im Prinzip unbegrenzt, aber sie ist natürlich nicht so leicht verfügbar zu machen. Hinzu kommt, daß die Energie nicht unbegrenzt umweltverträglich ist. Da wird man sich weltweit die Grenzen vergegenwärtigen müssen.

Die Machbarkeit der Dinge ist ein kulturelles und kein technisches Problem. Technisch werden die

Dinge machbar bleiben; da stimme ich Herrn Häfele zu. Ob wir dazu jedoch kulturell fähig sein werden, ist mir völlig zweifelhaft. Diese Frage werden wir aber hier nicht beantworten können. Deshalb käme es zunächst darauf an, diejenigen Prognosen zu erörtern, die für die wahrscheinlichen gehalten werden, unabhängig von der unentscheidbaren kulturellen Problematik.

Ich formuliere zunächst nur einige qualitative Vermutungen. So vermute ich, daß das Wirtschaftswachstum de facto weltweit fortschreiten und damit eine erhöhte Nachfrage nach Energie einhergehen wird ob wir das nun für gut oder für schlecht halten.

Ich vermute weiter, daß die Wachstumsraten in den hochindustrialisierten Ländern nicht wieder die Höhe erreichen werden, die sie in den vergangenen Jahrzehnten gehabt haben, auch wenn man die größten Anstrengungen unternimmt, das Wachstum anzuregen. Ich vermute, daß das Wachstum in der Dritten Welt etwa dieses Tempo halten, sich vielleicht sogar noch beschleunigen wird. Die Frage ist: Wie müssen wir uns mit unserer Energiepolitik einstellen, wenn das so sein sollte?

Das Argument, mit dem die Kernreaktoren soeben ihren Sieg erringen, ist die Sicherung der Arbeitsplätze. Ich habe das immer vorhergesagt, und ich habe stets auch hinzugefügt, daß dieses Argument siegen wird, völlig unabhängig davon, ob es stimmt. Ich zweifle, daß es stimmt. Ich zweifle zwar nicht, daß jedes Arbeitsmarktproblem noch schwieriger lösbar wird, wenn ein Energiemangel hinzukommt; daß aber durch die Energieversorgung das Arbeitsnachfrageproblem gelöst wird, halte ich für äußerst unwahrscheinlich. Es besteht die unaufhaltsame Bewegung zur Rationalisierung. Und ich sehe die wohl unaufhaltsame Bewegung zur Verteilung der Produktion auf die ganze Welt; damit kommt der Import der gewaltigen offenen und latenten Arbeitslosigkeit der Dritten Welt auf uns zu.

Lantzke

Ich stimme Ihnen grundsätzlich zu, Herr von Weizsäcker. Die Unsicherheit der Energieversorgung übt aber psychologisch einen negativen Einfluß auf das Klima der Gesamtwirtschaft aus.

Welbergen

Hatten wir den Schock des Yom Kippur-Krieges nötig, um zu realisieren, wie es um die Energieversorgung steht? Lassen Sie mich deutlich feststellen: Die Politiker hatten den Schock nötig; die Wirtschaft dagegen hat größtenteils vorausgesehen, daß eine solche Entwicklung eintreten und der Markt die Preise hochtreiben würde. Ich gebe zu, daß Zeitpunkt und Ausmaß nicht genau

vorhergesehen wurden. Hätten wir die Warnungen, die damals ausgesprochen wurden, etwas früher berücksichtigt, würden wir jetzt nicht so sehr mit den Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Wir hätten uns früher auf diese Gegebenheiten einstellen müssen.

Ich teile die Meinung von Herrn Häfele. Ressourcen sind reichlich vorhanden. Aber ab 1985 oder 1990 - auf den Zeitpunkt sollten wir uns nicht so genau festlegen - werden wir uns eine Zeitlang der Gefahr einer Verknappung gegenübersehen, bis wir technologisch neue Energiequellen einsetzen können. Um dieser drohenden Verknappung zu begegnen, müssen wir endlich anfangen zu handeln und dürfen nicht immer nur reden.

Stahl

Herr Welbergen sagt recht provozierend, die Politiker hätten den Schock von 1973 nötig gehabt. Ich meine, auch die Wirtschaft kann sich von dieser Feststellung nicht ausnehmen. Ich sprach vorhin von der Gesamtverantwortung im Hinblick auf die langfristige und sichere Energieversorgung. Da hängen wir dann an der Kohle. Wir wissen, daß die deutsche Kohle vom Preis her niemals auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig wird. Wenn aber dieser Sektor für die Gesamtenergieversorgung unseres Landes langfristig wichtig ist, dann stellt sich die Frage, in welcher Weise die Politik hier eingreifen muß. Sollten beispielsweise diejenigen Industrien, die Kohle als Einsatzbrennstoff brauchen, subventioniert werden und in welchem Maße? Vor einigen Jahren war es die Ölwirtschaft, Herr Welbergen, die dem Anliegen der damaligen Bundesregierung entgegentrat, nämlich der Kohle hier einen verhältnismäßig sicheren Absatz einzuräumen.

Der Schock war also für uns alle heilsam. Auch die Kernenergie ist nur ein Sektor der gesamten langfristigen Energieversorgung, und es kommt darauf an, unserem Lande nach Möglichkeit ein weitgefächertes Angebot zu erhalten.

Welbergen

Ich habe einige Debatten im Parlament verfolgt und bin erstaunt, daß Sie meine Bemerkung als provozierend empfinden. Es trifft sicher zu, daß die Wirtschaft nicht immer in diesem Sinne reagiert hat. Aber dies ist auch eine Folge der Energiepolitik, die bis 1973 in Wirklichkeit gar keine Energie-, sondern im wesentlichen nur Kohlepolitik war. Dennoch hat sich die Ölindustrie gegenüber der Kohle sehr loyal verhalten. Ich möchte in diesem Zusammenhang zum Beispiel an die Selbstbeschränkung beim Heizöl erinnern. Man kann also nicht so pauschal sagen, daß die Industrie immer gegen die Kohle war. Auch bei der Einfuhr von Gas ist man im Interesse der Kohle sehr zurückhaltend vorgegangen.

Schaefer

Es wurde hier so getan, als habe 1973 eine krasse Zäsur in unserer gesamten Energieversorgung stattgefunden, die alle Welt überrascht hat. Dies war keineswegs der Fall. Die Problematik der Ölversorgung, die Abhängigkeit von dritten Ländern war durchaus vorher bekannt. Es ist auch schon vor 1973 von Fachleuten deutlich darauf hingewiesen worden. Nur hat niemand die Warnungen in der Öffentlichkeit und insbesondere in der Politik hören wollen.

Wenn Sie sagten, Herr Brunner, bis 1973 habe eine erhebliche Verschwendung von Energie stattgefunden, so wird damit gewissermaßen unterstellt, wir würden jetzt keine Energie mehr verschwenden. Es wird damit der Eindruck erweckt, als hätten wir in den letzten vier Jahren unwahrscheinlich viel getan, um unseren Energieverbrauch zu rationalisieren. Daß das nicht stimmt, kann Herr Lantzke bestätigen. Natürlich gibt es heute noch sehr viele Ansatzpunkte, um Energie rationeller einzusetzen, aber die waren auch schon vor 1973 vorhanden, und sie sind, soweit das ökonomisch vertretbar war, auch damals bereits genutzt worden.

Was ich als problematisch ansehe ist, daß in der Öffentlichkeit meist viel zu pauschal und ohne klare Differenzierung über die Dinge geredet wird. 1973 hat man über Energie diskutiert und meinte Öl. Dann reduzierte sich die Diskussion über Energie weiter, und man meinte nur noch Strom. Und wenn man heute von Energie spricht, dann meint man nur noch Kernenergie.

Hier wie in den technischen Grundfragen der Energieversorgung fehlt es auch an öffentlicher Aufklärung. Möglicherweise zeigt sich da ein Fehler unserer Bildungspolitik, die dem einzelnen keine ausreichenden Möglichkeiten gibt, sich diejenigen physikalischen Grundtatbestände anzueignen, die nötig sind, wenn man sich über die Probleme der Energietechnik verständigen will.

Dahrendorf

Ich teile die Überraschung von Herrn von Weizsäcker, daß die Vom Kippur-Krise nötig war, um uns an einige Schwierigkeiten und Begrenzungen unserer eigenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu erinnern. Diese Überraschung enthält eine These, die ich etwas überzeichnen möchte. So bin ich zwar auch der Auffassung, daß wir über manche Dinge neu nachdenken müssen, ich sehe aber nicht, daß die Energieproblematik dafür entscheidend ist. Es ist sicher verlockend für Energiepolitiker, die Überzeugung zu hegen, daß ihr eigenes Feld sozusagen in alle anderen Bereiche der Politik und Wirtschaft hineinreicht; ich behaupte aber, das ist nicht der Fall.

Um diese Behauptung zu begründen, will ich drei Thesen formulieren. Erstens: Ich halte es zumindest für denkbar, daß sich die Entwicklungsländer nicht entwickeln. Jede Überlegung, die einfach von Bevölkerungszahlen ausgeht, übersieht, wie die tatsächlichen politischen Strukturen in der Welt aussehen. Das größte Entwicklungsland, China, ist nicht Teil des von uns hier diskutierten Weltmarktes, auch nicht des Weltenergiemarktes. Das zweitgrößte Entwicklungsland, Indien, stagniert seit längerem, und daran wird sich auch in Zukunft kaum etwas ändern. Indien wird also nicht jenes wirtschaftliche Wachstum erreichen, das eine wesentliche Verstärkung des Energiebedarfs zur Folge hätte. Das gleiche gilt für eine Reihe weiterer besonders volkreicher Länder. Ich füge hinzu, daß die gesamte Politik der entwickelten Welt ohnehin darauf hinausläuft - auch wenn die Bekenntnisse anders lauten;- die Entwicklung der Dritten Welt nicht voranschreiten zu lassen. Das würde nämlich ganz andere Entscheidungen bei uns verlangen.

Zweitens: Was ist gemeint, wenn hier von Erpressung die Rede ist? Wenn ich ganz extrem sein wollte, würde ich fragen: Seit wann ist der Markt Erpressung? Wenn man für seine Produkte einen bestimmten Preis bekommen kann - seit wann ist das Erpressung? Weniger extrem formuliert, scheinen mir viele Anzeichen dafür zu sprechen, daß sich die OPEC-Länder sehr wohl auf die Regeln und Bedingungen für ihre eigene Mitgliedschaft im Club der Reichen einstellen. Sie benehmen sich nach dem Schock von 1973 sowohl auf den Weltfinanzmärkten als auch in zunehmendem Maße auf dem Energiemarkt so, daß die Art von Kritik, die 1973 möglich war, heute nicht mehr möglich ist. Ich sehe im OPEC-Bereich kein besonderes Problem, zumindest kein zusätzliches Problem der Energieversorgung.

Das führt mich zu meiner dritten These - sie ist hier schon erwähnt worden: Auch auf absehbare Zeit haben die heute entwickelten Länder der Welt mehr Alternativen, als hier bisher diskutiert worden sind. Wir werden sicher noch auf die wichtige Studie von Ford-Mitre "Nuclear Power - Issues and Choices" zu sprechen kommen. Dabei wird deutlich werden, wie die dort für die Vereinigten Staaten aufgezeigte Situation sich auf Japan und Europa auswirkt, also auf zwei weitere Hauptenergieabnehmer, für die nicht unmittelbar gilt, was in dieser Studie gesagt ist. Aber im ganzen, scheint mir, gibt es Alternativen; bei einigermaßen sparsamer und bewußter Bewirtschaftung sehe ich in der Energieversorgung für die entwickelte Welt auf absehbare Zeit keine Begrenzung für ihre wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere angesichts abnehmender Bevölkerungszahlen.

Daher bin ich der Meinung, daß die Energiepolitik in einem etwas weniger dramatischen Horizont diskutiert werden sollte.

Narjes

Sehen Sie es für ein normales Verhalten an, Herr Dahrendorf, daß 1973 zwei Länder, die Niederlande und die Vereinigten Staaten, durch einen Kreis von Produzenten von der Belieferung ausgeschlossen werden sollten?

Dahrendorf

Herr Narjes, Sie kennen die Situation von 1973 ebenso gut wie ich. Kein Land ist 1973 von der Energieversorgung de facto ausgeschlossen worden. Wir haben eine Weltsituation und eine Organisation des Energiemarktes, die das nicht erlaubt.

Narjes

Können Sie unterstellen, daß das jedesmal so läuft wie 1973?

Dahrendorf

Vier Jahre Erfahrung im Club der Reichen macht die Regel manchem bewußt, der sie vielleicht 1973 noch nicht so gut kannte.

Levy

Ich muß Ihnen in einigen Punkten widersprechen, Herr Dahrendorf. Sie sagen, den Entwicklungsländern komme heute - und daran werde sich auch in Zukunft nichts ändern - keine große Bedeutung zu, was den gesamten Ölbedarf angeht. Damit wird aber das Energie- oder Ölproblem nicht geringer. Diese Aussage halte ich also nicht für sehr relevant.

Sie sagen weiter: Markt sei keine Erpressung. Aber ein Kartell kann durchaus Erpressung sein, und das ist meiner Meinung nach relevant.

Wenn Sie meinen, die OPEC-Länder benehmen sich gut, dann antworte ich: Die OPEC-Länder benehmen sich gut, hauptsächlich weil Saudi-Arabien, in einer relativ labilen Machtposition, seine öl- und Finanzmittel in einer außerordentlich konstruktiven Art und Weise im Interesse der ganzen westlichen Welt einsetzt.

Ihr Hinweis, die entwickelten Länder hätten praktische Alternativen, würde bedeuten, daß diese Alternativen rechtzeitig wahrgenommen werden können. Das bezweifle ich.

Meine These ist: Lange vor einer Versorgungskrise werden wir eine Finanzkrise erleben, die weit schwerer zu meistern sein wird, als wir es uns jetzt vorstellen können.

Dahrendorf

Was für eine Art von Finanzkrise meinen Sie?

Levy

Wenn es zwischen 1985 und 1990 wahrscheinlich wird, daß das Öl sich verknappt, werden die Preise heraufschnellen, und zwar lange bevor das Öl knapper wird. Schon heute stehen wir vor der Situation, daß sich auch ohne weitere Preiserhöhungen jährlich 30 bis 40 Milliarden Dollar in den reichen OPEC-Ländern ansammeln, die nicht verbraucht werden. Zur Zeit befinden sich 350 Milliarden Dollar in der Hand ausländischer Banken. Amerika hat 100 Milliarden Dollar an kurzfristiger ausländischer Verschuldung in den treasury funds; hinzu kommt in den USA ein Haushaltsdefizit von circa 40 bis 60 Milliarden Dollar pro Jahr, woran sich in absehbarer Zeit kaum etwas ändern wird. Die Entwicklungsländer sind mit 280 bis 300 Milliarden Dollar bei Banken und internationalen Institutionen verschuldet. Länder wie Deutschland, Großbritannien, Frankreich und andere weisen jedes Jahr Haushaltsdefizite von Zigmilliarden Dollar aus. Das Pensions- und Sozialversicherungssystem ist in vielen der genannten Länder bankrott.

Die einzige Möglichkeit, die finanzielle Situation zu regeln, besteht in fortgesetzter Inflation, das heißt, die Originalverschuldung wird mit entwerteter D-Mark oder mit Dollar zurückgezahlt. Das hat meiner Meinung nach die gleiche Wirkung wie die Inflation in den zwanziger Jahren in Deutschland. Die politischen und weltwirtschaftlichen Folgen werden katastrophal sein, so wie wir es in den dreißiger Jahren erlebt haben. Dieses Problem wird einer Ölversorgungskrise fast notwendigerweise vorangehen.

Dahrendorf

Ich habe nicht gesagt, daß die Entwicklungsländer vernachlässigt werden können, sondern daß sie vernachlässigt werden. Ich halte das für falsch, aber ich habe wenig Zweifel daran, daß es geschehen wird. Ich sehe nicht den geringsten Ansatz zu einer Entwicklungspolitik, die die Kernproblematik dieser Länder ernst nimmt.

Ich habe nicht gesagt, daß OPEC in den letzten vier Jahren kein Problem war, sondern daß es im Abnehmen begriffen ist. Am Anfang war es sogar ein erhebliches Problem, aber die Einfädelung in ein bestimmtes Regelsystem scheint vorzugehen.

Ich bin mit Walter Levy in vielen Punkten im übrigen einig. Der inflationäre Druck, der in den Wirtschaften der OECD-Länder zu stecken scheint, ist sicher eine Erosionskraft, die man gar nicht überschätzen kann. Ich bin nicht so sicher, daß die Verschuldung das Hauptgewicht hat; denn es gibt leider eine ganze Reihe von Faktoren, die den Druck hervorrufen.

Was ich deutlich machen will ist, daß man in die Irre geht, wenn man behauptet, die neue sozialökonomische Lage, in der wir uns in den entwickelten Ländern in mancher Hinsicht offenkundig befinden, habe primär in der Energieversorgung ihre Ursachen. Dann gerät man leicht in Versuchung zu sagen: Wenn wir die Energieproblematik gelöst haben, ist auch sonst alles in Ordnung. Das ist eben nicht der Fall. Natürlich spielt die Energieproblematik eine wichtige Rolle, aber nicht die entscheidende.

Levy

Wir sollten es zumindest als wahrscheinlich annehmen, daß zwischen 1985 und 1990 sehr schwere Energieprobleme auf uns zukommen werden. Zu jenem Zeitpunkt werden weder genügend Öl noch genügend Kohle, Atomenergie oder Sonnenenergie vorhanden sein.

Aus diesem Grunde bin ich genauso pessimistisch wie Herr Lantzke und andere, und zwar schon seit 1972. Mein Pessimismus beruht darauf, daß die Ressourcen, wie Herr Häfele betont, zwar vorhanden, aber nicht in gleicher Weise verfügbar sind. Ich sagte Ihnen vor kurzem in Wien: Es gibt unbegrenzte Mengen von Gold im Seewasser - aber es ist nicht verfügbar, wenn man nicht sehr viel Geld für die Destillation von Seewasser einsetzt. Aber selbst wenn die Ressourcen verfügbar wären, werden wir eine lange Zeit große Versorgungsprobleme haben. Hinzu kommen die bereits erwähnten finanziellen Probleme, die wir kaum meistern werden. Die Frage lautet nicht: belagert oder erpreßbar, sondern: Können wir die Probleme ohne wirtschaftliche und politische Katastrophen bewältigen?

Eine weitere Frage möchte ich jetzt nur kurz erwähnen: Wie kann man die Ölproduzenten dazu bewegen, mehr Öl zu produzieren, als für den Finanzbedarf ihrer eigenen Wirtschaft nötig ist? Das gilt in den nächsten 10-15 Jahren hauptsächlich für Saudi-Arabien.

Lassen Sie mich eines jedoch grundsätzlich sagen: Was man auch tun wird, es ist fast unvermeidlich, daß den Regierungen in Zukunft eine weit größere Rolle zukommen wird, als wir alle es uns wünschen können. Der Grund liegt darin, daß die Versorgungskrise und die Finanzierungskrise unsichtbare Krisen sind. Ob wir heute 20 oder 30 Milliarden Dollar Defizit haben, das merkt kein Staatsbürger in Amerika. Ob England über Jahre hinaus enorme Schulden akkumuliert hat, davon hat kein Engländer etwas gemerkt. Das Leben ist weitergegangen, man hat weiter importiert, und die Verschuldung des Landes ist sprunghaft gestiegen. Die USA sind da besser dran: Die Dollar, die wir ausgeben, müssen von den anderen Banken geschluckt werden, weil der Dollar an sich die einzige existierende Reservewährung ist.

Die Konsequenzen der Energiepolitik, mit denen wir wahrscheinlich konfrontiert werden, sind für den Zusammenhang der westlichen Welt außerordentlich gefährlich. Es gibt wohl kein Problem, das so viel potentiellen Konfliktstoff birgt wie die Energiepolitik. Und Energiepolitik bedeutet fast unvermeidlich Finanzpolitik.

Energieeinsparung beispielsweise ist nicht nur über den Preis möglich, obwohl der Preis eine sehr wichtige Komponente darstellt. Wenn man es aber nur mit Hilfe des Preises versuchte, hätte das derartige soziale Konsequenzen, daß sich nur noch die Reichen Heizung oder Transport leisten könnten. Die Folgen einer solchen Preispolitik wären also genauso gefährlich, wie ein Mangel an Öl. Wir sind uns über diese Zusammenhänge nicht im klaren, weil wir uns nicht bewußt machen wollen, daß gewisse Ziele nicht über den Preis, nicht durch Patriotismus und nicht durch freiwillige Aktionen zu erreichen sind. Für die meisten meiner Freunde vor allem in Deutschland, die an die Allmacht der Marktwirtschaft glauben, ist diese These wahrscheinlich nicht akzeptierbar.

Dahrendorf

Wenn man die von Walter Levy aufgezeigte Zahlungsbilanz-, Verschuldungs- und Inflationsproblematik selbst zur Diskussion stellte, dann würde es zu diesem Thema auch andere Meinungen geben. Ich erinnere ihn daran, daß wir beide dabei waren, als Fred Bergsten 1974 sagte: "Der Markt wird fertig werden mit der Petrodollar-Krise" - und er ist damit fertig geworden.

Levy

Das war 1974.

Dahrendorf

Aber damals haben Sie und andere es auch nicht geglaubt.

Levy

Ich habe nie behauptet, daß die Welt von einem Tag auf den anderen zusammenbrechen wird. Ich habe stets gesagt, jedes Land kann für einige Zeit einen Belagerungszustand aushalten. Es kann rationieren und sich den Gürtel enger schnallen. Aber irgendwann wird das Gürtel-enger-Schnallen derartige politische und wirtschaftliche Konsequenzen haben, daß die Welt, wie wir sie kennen, die Freiheit, wie wir sie schätzen, durch Links- oder Rechtsdiktaturen kaputtgemacht werden. Darin liegt die Gefahr.

Narjes

Wie könnte eine verantwortliche europäisch-japanische Energiepolitik im Weltmaßstab inhaltlich aussehen, Herr Levy, unier der Annahme, daß die Bezeichnung von Herrn Häfele "parochiale Energiepolitik" für die der Vereinigten Staaten zutrifft? Gehen wir weiter davon aus, daß Energie unbegrenzt vorhanden ist, liegt es dennoch nur am bisherigen System, daß es nicht möglich war, der Nachfrage in jedem Fall zu entsprechen? War es nur ein Systemmangel, der sich 1973 offenbart hat?

Da bin ich in einigen Punkten anderer Ansicht als Herr Dahrendorf. 1970 ist eine relativ kleine Krise mit den Kräften des Marktes überwunden worden. Ich würde es aber für verantwortungslos halten, wenn eine Regierung sich heute darauf verließ, daß jede künftige Verknappung im gleichen Szenario mit den gleichen Mitteln überwunden werden kann. Seit 1973 hat sich zu viel geändert.

1973 waren noch die Ölgesellschaften die Verteiler; heute ist die Verteilung auf die Förderstaaten übergegangen. Damals konnten diese Staaten die politischen Auflagen, die sie den Ölgesellschaften machen wollten, noch nicht durchsetzen. Gegenwärtig ist die politische Lage ähnlich labil wie 1973, und wir können nicht ausschließen, daß wenige Pistolenschüsse das ganze Szenario in Nahost verändern.

Verantwortliche Politik, die die Sicherheit der Energieversorgung für jeden denkbaren Krisenfall gewährleisten muß, kann sich nicht darauf verlassen, daß sie wie 1973 davonkommt. Es lassen sich durchaus auch andere Länder verstellen, die selektiv boykottiert werden. Dann sind unter Umständen die Solidaritätsverpflichtungen, auf die man sich berufen möchte, nichts wert. Es können sich ja Allianzen aus den verschiedensten Gründen und unter den verschiedensten Partnern bilden. Wir sollten deshalb die 73er Erfahrung nicht verdrängen.

Es geht auch nicht nur um das Öl; es gibt ebenso die Befürchtung der Uranerpressung. Auch das sollten wir nicht ausschließen. Der Club der Uranlieferanten ist kleiner als der Club der Öllieferanten und in mancher Hinsicht homogener. Die Sicherheit der Versorgung ist in der Tat ein Problem von solcher Bedeutung, daß sich die Frage von Herrn Levy einstellt: Brauchen wir ein System, in dem der Staat, die Regierungen eine größere Rolle spielen als uns lieb ist? Aber geht das überhaupt?

Läßt sich die Energieversorgung aus der Weltwirtschaft ausklammern? Ist es wirklich nötig, die liberale Weltwirtschaftsordnung außer Kraft zu setzen, weil die Energieprobleme unlösbar zu sein scheinen? Auf jeden Fall müssen wir uns eine klare Antwort auf diese Frage geben.

Sie haben dann, Herr Dahrendorf, auf die richtigen Hinweise von Herrn Levy, was die finanzpolitische Problematik angeht, auf Fred Bergsten verwiesen und die Behauptung wiederholt, die Krise 1973/74 sei so überwunden worden. Ich bezweifle das. Nach 1973/74 hat man durch "financing" scheinbar Zeit gewonnen. Der weltweite finanzpolitische Erosionsprozeß, der damals begonnen hat, ist heute indessen noch in keiner Weise beendet. Wir sind weit davon entfernt, in einem Zustand zu leben, den man halbwegs als solide internationale Finanzlage bezeichnen kann. Das wird von keiner Seite bestritten.

Levy

Von manchen Vertretern der Bankseite ja.

Narjes

Nicht einmal von den Banken. Wenn Sie sich die Neu Beurteilung der Länderrisiken und den großen Wunsch der Banken ansehen, den IMF für die großen Kredite in die Mithaftung zu bekommen, dann wird deutlich, Herr Levy, daß auch der Bankapparat wenigstens an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angekommen ist. Die Jagd nach den großen Bilanzvolumina hat gottseidank eine gewisses Ende gefunden. Aber das ist nur Ausdruck der Tatsache, daß das financing von 1973/74 die Defizitprobleme eben noch nicht gelöst hat. Das war nicht weitsichtig genug.

Sie haben weiter gesagt, Herr Dahrendorf, die Dritte Welt falle als Energienachfrager in großem Stile für die Zukunft ebenso aus wie in der Vergangenheit. Das ist eine sehr pessimistische, jedenfalls eine Extremposition. Wenn wir nur davon ausgehen, daß die Dritte Welt sich bis zum Jahre 2000 mit dem gleichen Pro-Kopf-Bedarf an der Energienachfrage beteiligt wie heute, wird sie schon kraft ihres weit höheren Bevölkerungswachstums in ganz anderen Quantitäten als Nachfrager auftreten. Tatsächlich wird auch ihr Pro-Kopf-Verbrauch steigen. Sie wird überdies früher als andere Länder unter den ölpreiserhöhungen als Folge einer vom Markt antizipierten Knappheitssituation zu leiden haben. Die Frage, die auch wir mitbeantworten müssen, lautet: Wie können wir dieser Dritten Welt, deren Energiemisere uns heute schon sichtbar ist, helfen? Da müssen wir uns wahrscheinlich mehr einfallen

lassen, als lediglich die Feststellung: Sie werden am Energiewachstum nicht groß partizipieren und können deshalb vernachlässigt werden.

Schließlich ein Punkt, der aus einem Nebensatz hervorging. Sie sagten, Herr Dahrendorf, Rotchina sei ein anderes System und könne ausgeklammert werden. Da stellt sich die Frage: Wo sollten die geographischen Grenzen des Weltwirtschaftssystems liegen, von dem wir hier sprechen? Welche Mechanismen entwickeln wir für die energiepolitischen Austauschbeziehungen zwischen den Systemen?

Vaillaud

Offenbar ist man sich hier in der Beurteilung der Ereignisse von 1973 nicht einig: War es nun ein Schock, zumindest eine Sache von großer Bedeutung, oder besteht kein Grund, betroffen zu sein, und wird sich alles von selbst lösen?

Tatsächlich stellt 1973 nicht den Anfang, sondern eher das Ende einer Periode dar. Bis zu diesem Zeitpunkt haben wir nämlich geglaubt, die Ölvorräte des Nahen Ostens seien praktisch unbegrenzt. Die Folge war, daß die Welt ein künstliches Wachstum erlebte. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß dieser Traum ausgeträumt ist und nicht wiederkommt. So wie es jahrhundertlang gewesen ist, stellt die Energie für uns einen wichtigen Faktor dar, wenn auch nicht den einzigen. Wir müssen darum kämpfen, insbesondere um sie zu einem möglichst niedrigen Preis und dort, wo man sie braucht, verfügbar zu haben.

In der Diskussion scheinen kurz- und langfristige Zeithorizonte durcheinander zu gehen. Wenn wir im Energiesektor irgendetwas beurteilen wollen, dann brauchen wir mindestens zehn bis fünfzehn Jahre. Herr Dahrendorf hat gesagt, in den letzten vier Jahren hätten wir mit der OPEC keine Probleme gehabt, und er zog daraus die Schlußfolgerung, dies werde auch in Zukunft so sein. Vielleicht hat er recht. Aber das einzige, was wir tun können ist, Gott zu danken, daß in den letzten vier Jahren nichts geschehen ist, und hoffen, daß es so bleiben wird. Die OPEC hat sich sehr feinfühlig verhalten und war durchaus zu Verhandlungen bereit, so daß wir keinerlei Versorgungsprobleme bekommen haben. Der Ölpreis ist sicher hoch, aber er liegt auf dem richtigen Niveau, indem er andere veranlaßte, nach neuen Energiequellen Ausschau zu halten; er ist weder zu hoch noch zu niedrig. Selbst das Recycling der Öldollar ist besser gelungen, als es in den Jahren 1973/74 zunächst möglich erschien.

Nun hat sich, abgesehen von dem plötzlichen Schock und gewissen Auswirkungen auf das Verhalten der Menschen, der Ölpreis noch gar nicht richtig auf die Weltwirtschaft ausgewirkt. Der Kostenanteil des arabischen Öls beträgt für die Weltwirtschaft nach wie vor drei Dollar pro Barrel, selbst wenn wir 14 oder 15 Dollar bezahlen müssen. Das heißt, 11 Dollar pro Barrel werden nicht verbraucht, sondern fließen über die ganze Welt wieder zurück und sind somit weiterhin Teil des Wohlstandes der Weltwirtschaft. Das wird sich in dem Augenblick grundlegend ändern, wenn wir auf neue Energiequellen angewiesen sind - Kernenergie, neue Ölreserven oder sonstige Arten von Energie - und die realen Kosten für das Öl tatsächlich 14 oder 15 Dollar pro Barrel betragen. Erst dann werden sie sich entsprechend auf die Weltwirtschaft auswirken.

Aufgrund des künstlichen Wachstums, das zugleich das höchste jemals verzeichnete Wachstum brachte, sind wir jetzt überall in der Welt damit beschäftigt, die Inflation zu bekämpfen. Das heißt, wir verlangsamen den Wirtschaftsablauf, und dies nicht nur deshalb, weil die OPEC die Preise hochtrieb, sondern auch, weil es nach 30 Jahren des Wachstums an der Zeit ist, anzuhalten und die Maschine ein wenig abzukühlen. Die Folgen werden heute noch nicht sichtbar. Gegenwärtig stellt der Ölbeziehungswise der Energiebedarf noch kein Problem dar, und auf kurze Sicht gesehen, stehen wir irren ganzen gut da.

Was die Öl-Exploration angeht, so sind die Fehlbohrungen in den USA heute wahrscheinlich zweimal so häufig wie noch vor vier oder fünf Jahren, und die Ergebnisse sind äußerst dürftig, während die eingesetzten Geldmittel erheblich gestiegen sind. Was uns aber am meisten Sorgen bereitet, sind die geringen zusätzlichen Reserven.

Die Krise begann nicht im Jahre 1973, sondern faktisch bereits 1969, als wir erkannten, daß die Preise auf einem Tiefpunkt angelangt waren und wir uns auf schwierigere Zeiten zubewegen würden. In den letzten acht Jahren haben wir sehr wenig dazu getan, daß die Kernenergie, die das einzige Ersatzpotential darstellt, in der Bevölkerung akzeptiert wird. Wir haben auch nichts gegen die Energieverschwendung getan; wir verschwenden noch immer Energie in gleicher Weise wie zuvor. Dabei ist Einsparung wahrscheinlich eine größere Energiequelle als Kernenergie oder eine neue Erdölressource.

Wir haben unsere Lebensgewohnheiten nicht im geringsten geändert. Wir heizen unsere Häuser in der gleichen Weise und verbrauchen genausoviel Benzin wie eh und je. Wir tun so, als könne uns nichts passieren, als würden wir in der Lage sein, die Ölkrise zu meistern. Warum sollten die Menschen dann beunruhigt sein und sich auf einen geringeren Verbrauch einstellen? Das ist schließlich alles sehr unpopulär, und keiner ist dazu bereit.

Diese Herausforderung verlangt wahrscheinlich eine bessere internationale Zusammenarbeit, vor allem aber ein entschiedenes Handeln der einzelnen Regierungen. Offensichtlich haben wir es mit einem neuen Typus von Herausforderung zu tun, und niemand ist bisher in der Lage, die richtigen Antworten auf diese neue Herausforderung zu geben.

Riesenhuber

Bei der Diskussion über technische Entwicklungen wurde das Problem des Zeithorizontes angesprochen. Dabei sollten drei Fragenkomplexe untersucht werden. Erstens: Was ist überhaupt möglich? Das ist der Bereich der technischen Möglichkeiten einschließlich der vorhandenen Reserven, der Umwelt und auch der wirtschaftlichen Voraussetzungen.

Zweitens: Was ist nötig? Dabei geht es um bestimmte gesellschaftliche Daten, die wir voraussetzen. So haben wir beispielsweise durch politische Vorentscheidungen eine Option für Wachstum getroffen. Ich weise nur auf den Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und der Stabilität unseres Sozialsystems hin.

Drittens: Wie kann das Nötige verwirklicht werden? Das betrifft die Instrumente: Wie können die Kernenergie oder bestimmte Einsparungsstrategien durchgesetzt werden - über den Markt, über marktfremde Eingriffe oder auf anderen Gebieten?

Einige Bemerkungen zum ersten Punkt, dem technisch Machbaren. Was ist bis zum Jahre 2000 möglicherweise realisierbar? Nach dem, was zur Zeit in der Forschungspolitik diskutiert wird, wären das der industrielle Einsatz des Schnellen Brüters sowie die Kohlevergasung, zumindest auf Basis von Braunkohle unter Einbeziehung nuklearer Prozeßwärme.

Gehen wir weiter davon aus, daß es in den nächsten Jahren möglich sein sollte, die Kernenergie durchzusetzen - ich denke jetzt an die Bundesrepublik, wobei wir bis 1985 sicher keine 30000 Megawatt aus Kernenergie erreichen werden. Was bedeutet das für die gesamte Energiediskussion? Stehen dann beispielsweise die "Grundlinien und Eckwerte" noch in einem vernünftigen Zusammenhang mit der Wirklichkeit? Sind sie über das Jahr 1985 hinaus fortzuschreiben? Bieten sich nach 1985 Anschlußstrategien an? Werden die Einsparungspotentiale derzeit noch unterschätzt?

Wir sollten uns also mehr auf das Quantitative konzentrieren. Wenn man die einzelnen Industriebetriebe direkt abfragt, erhält man etwa folgende pauschale Antwort: Kohle ist quasi beliebig vorhanden, wenn die Vorlaufzeiten lang genug sind, das heißt 15 Jahre Vorankündigung. Erdgas ist durch Verträge hinreichend abgedeckt, und zwar für die nächsten 20 Jahre. Kernenergie ist durchsetzbar und, so wird behauptet, ist im wesentlichen, auch für die Übergangszeiten, keine Frage der Verfügbarkeit des Urans. Dann bleibt das Öl und das Ausmaß der Einsparung.

Wenn Sie sagen, Herr Levy, Energie werde möglicherweise so knapp, daß nur noch die Reichen heizen können, dann muß man feststellen, daß sich die Bundesrepublik und vielleicht auch die Europäische Gemeinschaft im Vergleich zu anderen Energiekäufern - sprich: ölkäufern - in einer relativ guten Ausgangslage befinden.

Levy

Eine Situation, in der sich nur noch die Reichen in einem Land oder die reichen Länder der Welt zufriedenstellend versorgen können, ist völlig unvertretbar. Das ist keine Welt mehr, das ist ein Dschungel!

Dahrendorf

Aber die Welt ist ein Dschungel.

Levy

Die Welt ist ein kontrollierter Zoo.

Sommer

In Ihrem Argument, Herr Riesenhuber - "Wir können es uns leisten, Energie zu kaufen; wir können sie auch dann noch bezahlen, wenn sie die anderen nicht mehr bezahlen können" - liegt eine große Versuchung. Aber ich habe in den letzten Monaten an einer Studiengruppe der Rockefeller Foundation teilgenommen, und da fiel den deutschen Teilnehmern auf, wie alle anderen von vornherein eine Politik, die in diese Richtung zielt, abblocken und auch mit einem moralischen Makel behaftet wollen - vielleicht zu Recht, wenn man die Auswirkungen einer solchen Beggarchy-Neighbour-Politik vor allem auf die ärmsten Länder betrachtet. Es wird in ernst zu nehmenden internationalen Gremien heute schon ganz offen von einem Rationierungssystem gesprochen, das uns mit Gewißheit die Absicht vereiteln würde, das zu kaufen, was wir brauchen, weil wir es uns ja leisten können.

Riesenhuber

Meine Bemerkung ist keineswegs als ein moralisches Plädoyer für den Egoismus gegenüber den Entwicklungsländern zu verstehen. Mir geht es um einen Vorschlag zur systematischen Prozedur; denn wir sehen uns der Schwierigkeit ausgesetzt, auf verschiedenen Ebenen zugleich diskutieren zu müssen.

Dahrendorf

Eine Frage, die sich mir immer wieder stellt, lautet: Inwieweit spielt in der energiepolitischen Diskussion das Streben nach Autarkie eine Rolle? Haben wir es also in gewissem Sinne mit einem selbstgewählten Belagerungszustand zu tun? Ich kann die Ford-Mitre-Studie nicht beurteilen; das heißt, ich weiß nicht, ob Kenneth Arrow recht hat, wenn er behauptet, daß die relative Preisentwicklung von Kernenergie und Kohle in den Vereinigten Staaten dahin führen wird, daß die Kohle selbst dann konkurrenzfähig ist, wenn sie umweltfreundlich verarbeitet wird. Aber wenn ich einmal davon ausgehe, dann könnte man theoretisch ja argumentieren, daß es sozusagen eine weltmarktwirtschaftliche Möglichkeit gebe, konkurrierende Energiequellen in den nächsten 10, 15 Jahren zu finden.

Ist man nicht in vielen Fällen allzu rasch bereit, die marktwirtschaftlichen Grundlagen aufzugeben? Sind wir nicht dabei, uns in der Energiepolitik eine neue Agrarpolitik zuzulegen, bei der das wesentliche Motiv ist: Kann sich ein Land, oder kann sich Europa selbst versorgen? In England ist das mit Sicherheit der Fall; dort ist die Unabhängigkeit von anderen ein wesentlicher Punkt. Aber auch in anderen Ländern scheint das eine wesentliche Rolle zu spielen.

Deshalb meine Frage: Gibt es nicht im Rahmen der Weltwirtschaft Möglichkeiten, die den Begriff Europa, aber auch bestimmte Formen der nationalen Energiepolitik weniger relevant erscheinen lassen? Können wir uns in diesen Dingen nicht auf das Weltwirtschaftssystem verlassen?

Schneider

Für die Beantwortung dieser Frage ist natürlich entscheidend, wie wir die {Stabilität dieses weltwirtschaftlichen Systems beurteilen. Denn Streben nach größerer Unabhängigkeit und einem höheren Eigenversorgungsgrad hängt wesentlich damit zusammen, daß wir hinsichtlich der Stabilität des Systems äußerst skeptisch sind.

Brunner

Die Erfahrung hat gezeigt, daß es schwer ist, unter machtmäßig nicht kompatiblen Größen ein weltweites Gleichgewicht zu finden.

Kloss

In Zukunft müssen wir mit einer Begrenzung des Energieangebots rechnen, wie immer wir über die Kernenergie entscheiden. Die eigentliche politische Grundfrage, die sich aufgrund dieser Situation stellt, lautet: Soll man die Entwicklung den Kräften des Marktes überlassen oder nicht? Gegenwärtig haben wir noch einen funktionierenden, weltweiten Energiemarkt, wenn dieser auch zum Teil von marktfremden Kräften beeinflusst wird. Dabei kann man darüber streiten, ob das OPEC-Kartell eine völlig marktfremde Kraft ist; denn die OPEC-Länder nutzen ja lediglich ihre Marktstellung aus. Auf der anderen Seite wird der Markt auch von den Verbraucherländern beeinflusst, nämlich durch Steuern, die das Ziel verfolgen, den Energieverbrauch zu begrenzen.

Wenn man jetzt im wesentlichen auf die Marktkräfte baut, besteht das Problem, daß die Marktdaten im Zeitablauf sehr unterschiedlich wirksam werden, was auch die Reaktionen darauf beeinflusst. Erhöhen

sich heute beispielsweise die Energiepreise so sehr, daß die deutsche Kohle wieder wettbewerbsfähig wird, brauchen wir circa 10 Jahre, bis wir in der Lage sind, entsprechend mehr Kohle zu fördern. Sind wir dann endlich soweit, kann der Preis schon wieder ganz anders aussehen, und wir plagen uns mit Oberkapazitäten bei der Kohle herum.

Welche ökonomischen und politischen Konsequenzen sind aus diesen Zusammenhängen zu ziehen?

Grossner

Ohne Frage muß die Energiepolitik in einem gesamtpolitischen Kontext gesehen werden. Dafür hat Herr Levy einen wichtigen Hinweis gegeben, als er den Zusammenhang von Energiekrise und Finanzkrise aufzeigte. Das läßt sich auch an der Energiepolitik der Europäischen Gemeinschaft verdeutlichen. Bei der EG hat es schon seit langem eine Fülle von Ansätzen zur Energieeinsparung und zu alternativen Energiequellen gegeben - von der Kernfusion bis zur Sonnenenergie. Es gab Vorlagen und Strategievorschläge, und zwar lange vor 1973. In dem Augenblick aber - und das ist der springende Punkt;-, in dem sie realisiert werden sollten, haben alle diese forschungs- und energiepolitischen Aktivitäten ihre Limitationen an den kruden machtpolitischen und zum großen Teil auch finanzpolitischen Bedingungen der Europäischen Gemeinschaft gefunden.

Konkret gesprochen heißt das: Wenn in Brüssel beispielsweise die Notwendigkeit einer integrierten europäischen Energiepolitik erkannt wird und auch instrumentalisierbare Vorlagen gemacht werden, dann bedeutet ihre Realisierung gleichzeitig einen Machtverlust für die nationalen Regierungen. Die Frage ist, ob dieser Machtverlust von den Regierungen als Bedingung dafür akzeptiert wird, daß von Brüssel aus zum Beispiel eine integrierte, übergreifende und damit langfristig gesicherte Energiepolitik durchgeführt werden kann.

Nun könnte man an zahlreichen Fallstudien belegen, daß alle größeren Projekte - JET war nur ein kleines Beispiel dafür - in dem Augenblick scheitern, wenn etwa der Bundesfinanzminister, der eine starke Position innehat, meint, die Verwirklichung dieses oder jenes Projektes würde ihn in seiner eigenen Macht einschränken. Das sind also Konsequenzen, die vollkommen unabhängig von den langfristigen energie- und forschungspolitischen Auswirkungen sind.

Mit anderen Worten: Es nützt überhaupt nichts, eine Analyse der Energiekrise vorzunehmen und Konzeptionen für eine europäische Energiepolitik zu entwickeln, wenn man sich nicht gleichzeitig Gedanken darüber macht, wie die politischen Transfermechanismen beschaffen sein müssen, um solche Konzeptionen zu realisieren. Wie können, sagen wir, die kurzfristigen Finanzinteressen eines Finanzministers in Deutschland, in Großbritannien oder in Frankreich mit den langfristigen Konzeptionen einer Energieabteilung in Brüssel in Einklang gebracht werden? Erst wenn das gelingt, besteht eine Chance zur Realisierung.

Brunner

Sie sprechen zwei Punkte an, Herr Grossner. Erstens: Gibt es das nötige Vertrauen in Europa, um eine gemeinsame Energiepolitik zu entwickeln, selbst wenn diese zunächst fragmentarisch ist? Zweitens: Besteht eine ausreichende Solidarität unter den Regierungen? Da zeigen sich schon gewisse Fortschritte in unserem Bereich.

Schill

Nationale Egoismen contra integrierte europäische Politik, das ist kein Spezifikum der Energiepolitik, Herr Grossner. Andere Politiken teilen dieses Schicksal. Auch in der Energiepolitik gibt es Bereiche und Situationen, die es auch aus einer egozentrischen nationalen Sicht wünschenswert machten, daß eine integrierte Politik beschleunigt und effizient vorankommt. Ich nenne als Beispiel die Energieeinsparungspolitik. Wenn man daran denkt, welche Mühe es in den einzelnen Staaten, auch bei uns, kostet, gegen überkommene Strukturen, Gewohnheiten und Egoismen Einsparpolitik durchzusetzen, kann man nur sagen, daß wirksame Unterstützung von außen doch sehr willkommen wäre.

Levy

Ist es vorstellbar, Herr Brunner, daß die Europäische Gemeinschaft auf dem Gebiet der Energiepolitik wirksamer und erfolgreicher ist als in der Technologiepolitik, die auch in Ihrer Verantwortung liegt? Wenn ja - warum und wie?

Brunner

Die Ausgangslage dafür ist kurzfristig schlecht, weil die Energieträger sehr verschieden auf die Länder der Europäischen Gemeinschaft verteilt sind. Die einen haben Kohle, Kernenergie, Öl; andere haben Kohle und Kernenergie oder Gas und Öl. Einige haben gar nichts.

Mittelfristig wird aber die Abhängigkeit, in der wir uns alle befinden, ganz deutlich werden. Dies wird sich für eine gemeinsame Haltung günstig auswirken. Denn alle werden einsehen: Nur wenn wir unser Gewicht gemeinsam zur Geltung bringen, werden wir die Abhängigkeit ein wenig verringern; ganz vermeiden läßt sie sich nicht. Außerdem gehört zu den Karten, die die EG in diesem Spiel in der Hand hält, auch das allgemeine handelspolitische Instrumentarium der Gemeinschaft. Da dieses integriert ist, fördert es die Konzipierung einer Gemeinschaftspolitik.

Ich sehe drei konkrete Ansätze, um voranzukommen. Erstens die Harmonisierung der Gesetzgebung, auch in Teilbereichen der Steuergesetzgebung. Zweitens die Schaffung einer finanziellen Solidarität, indem etwa gemeinsame Infrastrukturprojekte von allen finanziert werden. Dafür gibt es schon Beispiele. Drittens die Vertretung nach außen. Wir haben heute bereits eine Zuständigkeit kraft Vertrages, etwa im Bereich der Uranversorgung. In dem Maße, in dem wir diese nutzen, schaffen und vertreten wir gemeinsame Interessen.

Ich sehe also durchaus Möglichkeiten, Herr Levy. Es wird sicher nicht immer schnell gehen, aber auf Teilgebieten machen wir Fortschritte. Ich bin der Überzeugung, daß wir in den nächsten 4, 5 Jahren sehr viel mehr an gemeinsamer Energiepolitik haben werden.

Levy

Kurzfristig schwierig, mittelfristig gut, kann bedeuten, daß es dann zu spät sein wird.

Sommer

Ich bin nicht so sicher, Herr Grossner, daß eine bessere Technokratie - ich meine jetzt eine internationale Herrschaft von Naturwissenschaftlern - uns weiterbrächte als eine national geführte Debatte. Denn all diese Dinge lassen sich nur national legitimieren, jedenfalls auf der Ebene der europäischen Entwicklung, auf der wir uns heute noch bewegen. Die Brüsseler Kommission kann sicher Alternativen aufzeigen, sie kann versuchen zu überreden und zu überzeugen, aber entscheiden kann sie letztlich nicht. Die Entscheidungen werden in dem Zeitraum, über den wir hier reden, noch national gefällt werden. Das Beste, was wir hoffen können ist, daß wir eine Reihe von parallelgeschalteten nationalen Politiken bekommen, nicht aber eine europäische.

Lassen Sie mich hinzufügen: Eine Energiediktatur möchte ich kategorisch ausschließen. Deswegen kann ich auch nur zögernd den Gedanken von Herrn Levy aufgreifen, daß wir in diesem Bereich die Rolle des Staates zwangsläufig verstärken müssen. Wir wissen, wo wir in den Wald hineingehen, aber wir wissen nicht, wo wir herauskommen werden.

Dabei kann ich die grundsätzliche Frage auch nicht beantworten: Wie bringt man Probleme in einem politischen System zur Entscheidung, dessen Repräsentanten in kurzatmigen Zeiträumen, nämlich in Vier-Jahres-Legislaturperioden, denken und nicht in 20- oder 50-Jahres-Perioden?

Levy

Sind Sie sich des Gegensatzes bewußt, Herr Sommer: Keine freie Marktwirtschaft international, aber freie Marktwirtschaft zu Hause? Denken Sie auch daran, daß in den letzten Monaten in Amerika die größten Autos, die den höchsten Benzinverbrauch haben, am meisten verkauft worden sind? Wissen Sie, daß die amerikanische Regierung jetzt vorschreibt, was für Autos in den kommenden Jahren produziert werden dürfen? Ist das Marktwirtschaft? Und wenn es keine Marktwirtschaft ist: Sollten wir das Gesetz ändern?

Schneider

Es ist kein Wunder, daß diese Autos produziert beziehungsweise nachgefragt werden, wenn man sich den amerikanischen Benzinpreis ansieht. Daß es in Europa kleinere Autos gibt, hängt doch entscheidend mit den wesentlich höheren Benzinpreisen bei uns zusammen.

Levy

Jeder Amerikaner weiß, daß die Benzinpreise auf das weltwirtschaftliche Niveau heraufgehen müssen, weil die Ölpreise in den nächsten zwei, drei Jahren auf das weltwirtschaftliche Niveau steigen werden.

Schneider

Die Benzinpreise bei Ihnen sind halb so hoch wie bei uns.

von Ehrenstein

Durch die Steuer.

Levy

Die Steuer ist genausowenig oder genausoviel marktwirtschaftlich.

Schneider

Das ist eine Definitionsfrage. Ich rechne die Steuer, hier die Verbrauchssteuer, zu den Instrumenten einer marktwirtschaftskonformen Energiepolitik.

Häfele

Lassen Sie mich einige charakteristische Zahlen zur Energiesituation nennen. Ich bin Anhänger des sogenannten Co-co-nut-approach. Das erste Co steht für conservation, das zweite für coal und das dritte für nuclear. Einsparung, Kohle, Kernenergie - in diesen drei Bereichen kann die Bundesrepublik in absehbarer Zeit von sich aus etwas zu tun.

Ausgangspunkt ist, daß der Gesamtenergiebedarf in der Bundesrepublik im Jahre 2000 auf 600 Mio Tonnen Steinkohleneinheiten geschätzt wird. In dieser Zahl sind bereits sowohl ein geringeres Wirtschaftswachstum als auch gewisse Einsparungsmaßnahmen berücksichtigt. Die Experten schätzen den Umfang der möglichen Einsparungen bis zum Jahre 2000 auf 20 bis 23 Prozent des Bedarfs, der ohne diese Sparmaßnahmen anfallen würde. Im Prinzip ist noch mehr möglich, aber das dürfte dann erheblich teurer und schwieriger werden als die ersten 23 Prozent. Ich weise aber noch einmal ausdrücklich darauf hin, daß diese 23 Prozent in den 600 Mio Tonnen Steinkohleneinheiten schon berücksichtigt sind; ohne die Einsparungen läge der Bedarf entsprechend höher.

von Bennigsen-Foerder

Von welcher Zuwachsrate gehen Sie aus?

Häfele

Die liegt in der Gegend von 2,5 bis 3 Prozent.

Hildenbrand

Energie oder Bruttosozialprodukt?

Häfele

Energiewachstum; die Elastizität zwischen beiden wird heute mit 0,9 oder 0,85 Sekunden angesetzt. Eine weitere Senkung des Energiekoeffizienten ist nur durch Energiesparmaßnahmen möglich, aber auch nicht weiter als bis auf 0,7, höchstens 0,6.

Wie können die 600 Mio Tonnen Steinkohleneinheiten in der Bundesrepublik aufgebracht werden? Eine einfache Faustregel, die auf mehrjährige Untersuchungen nicht nur unserer Gruppe, sondern auch des British Coal Board und anderer Gruppen in der Bundesrepublik zurückgeht, lautet: 200 Kernenergie, 200 Steinkohle, 200 Erdöl.

Es ist wohl ausgeschlossen, daß in der Bundesrepublik im Jahre 2000 mehr als 200 Gigawatt elektrisch auf Kernenergiebasis bereitgestellt werden können. Es spricht vieles dafür, daß diese Leistung nicht erreicht werden kann.

Sommer

Das würde wie viele Reaktoren von 1.300 Megawatt bedeuten?

Hildenbrand

150.

Beckurts

200 Mio Tonnen Steinkohleneinheiten sind ungefähr 100 Gigawatt elektrisch.

Häfele

Es werden bei uns mehr sein, weil man in kleinere Lastfaktoren hineinkommt. 150 Reaktoren halte ich für realistisch.

200 Mio Tonnen Steinkohleneinheiten können maximal aus der Kohle kommen; mehr kann der Markt nicht leisten. Dazu muß sich die Kohle nicht nur in der traditionellen Form als fester Stoff anbieten, sondern sie muß auch eine Reihe von modernen Technologien in Dienst stellen. Technologien, die im Jahre 2000 auf den Markt kommen sollen, müssen im Ansatz bereits heute vorhanden sein. Auf etwas radikal Neues kann man in diesem Zusammenhang nicht spekulieren, weil dafür nicht genügend Zeit zur Verfügung steht.

Die erste Möglichkeit einer Ausweitung des Kohlemarktes ist der Ersatz des schweren Heizöls durch Kohle mit dem Ziel, das schwere Heizöl durch den Einschluß von Wasserstoff in leichte Fraktionen zu übersetzen. Auf diese Weise könnte das Öl für mehr ölspezifische Zwecke genutzt werden. Das zweite wäre eine Ausweitung des Wirbelbettverfahrens, zumal im Hinblick auf den Umweltschutz. Und erst an dritter Stelle folgt die Kohleverflüssigung oder die Kohlevergasung.

Wir haben diesen Punkt sorgfältig untersucht. Was kann man durch den verstärkten Einsatz der Kohle maximal erwarten, wenn man nicht anfängt zu träumen? Da kommen wir auf 200, allenfalls 220 Mio Tonnen SKE, die vom Markt absorbiert werden können.

200 Mio Tonnen SKE-Äquivalent müssen im Jahre 2000 nach wie vor durch Öl aufgebracht werden. Dies ist bereits ein optimistisches Szenario im Hinblick auf eine größere Unabhängigkeit der Energieversorgung in der Bundesrepublik und im Gemeinsamen Markt und im Hinblick auf den Wunsch, den Druck des Öls zu mindern. Woher bekommen wir das Öl?

Zugleich stellt sich aber auch die Frage: Woher bekommen wir die Kohle? Ich habe betont, daß vom Markt 200 Mio Tonnen SKE absorbiert werden können. Es ist aber eher unwahrscheinlich, wenn nicht unmöglich, 200 Mio Tonnen SKE Kohle zu produzieren. 140 oder 150 sind eine Art obere Grenze, und ob die unter den heutigen sozialen Arbeitsbedingungen durchsetzbar sind, muß mit einem großen Fragezeichen versehen werden. Aber unterstellen wir einmal, das wäre durch geeignete Arbeitsbedingungen technischer, gehaltmäÙiger und sozialer Art zu schaffen. Dann müÙten wir trotzdem noch 60, 70 oder 80 Mio Tonnen SKE Kohle einführen. Der gesamte Weltmarkt für Kohle liegt heute bei 150 Mio Tonnen SKE; gemessen an den heutigen Umständen sind 60-80 Mio Tonnen SKE also eine außerordentlich große Zahl.

Nun ist es wichtig, sich auch jenseits des Jahres 2000 zu orientieren, um die Änderungstendenzen im Jahre 2000 mitzubekommen. Denn bis zum Jahre 2030 ist zu erwarten, daß der Weltkohlemarkt 12 Milliarden Tonnen SKE pro Jahr im globalen Mittel ausmacht. Davon wird ein erheblicher Teil über den Weltmarkt verhandelt werden müssen. Und da stellt sich die Frage: Wie sehen die längerfristigen Orientierungen aus, wenn es nicht nur einen globalen Öl-, sondern auch einen globalen Kohlemarkt gibt? Wenn aber die längerfristige Perspektive auf 12 Milliarden Tonnen SKE pro Jahr hinausläuft, dann wird der Run auf die Kohle immer schwerer zu gewinnen sein. Infolgedessen stellen die 60 oder 70 Mio Tonnen SKE im Jahre 2000 den Anfang eines großen Problems und nicht das Ende eines "kleiner werdenden Problems" dar.

Bis zum Jahre 2030 werden wir alle Primärenergien, einschließlich maximaler Ausbau der Kernkraft, einschließlich Wind, Sonne und so weiter, nutzen müssen, um den Bedarf überhaupt zu befriedigen. Eine Orientierungszahl für das Jahr 2030 ist ein Weltenergiebedarf von 35 Milliarden Tonnen SKE; dies ist ein Minimum, das politisch außerordentlich problematisch ist. Dabei gehen wir beispielsweise von einem Pro-Kopf-Verbrauch in Amerika von 16 Kilowatt aus - heute sind es schon 11;- , während wir für Südostasien nur 1,4 Kilowatt pro Kopf rechnen, eine Zahl, die längerfristig ganz sicher nicht akzeptabel ist. Aber ich bin hier mit Herrn Dahrendorf der Meinung, es ist nicht wahrscheinlich, daß gewisse Gebiete auf der Welt schneller wachsen werden. Diesem Minimumbedarf also, der politisch eigentlich gar nicht vertretbar ist, steht bereits das Maximum an möglicher Energieversorgung gegenüber.

Das führt mich zum nächsten Punkt. Angesichts dieser Situation werden große Kapitalinvestitionen benötigt, um zum Beispiel einen Kohlemarkt im 12-Terrawatt-Maßstab in Gang zu bringen. Dann wird

man die Kohle wahrscheinlich auch nicht als festes Produkt um die Welt schiffen, sondern bereits in der Nähe des Gesteinortes verflüssigen. Man wird dazu übergehen, die bei der Verflüssigung benötigte Prozeßwärme nicht aus der Kohle zu gewinnen, was den Kohlegehalt halbieren würde. Vielmehr wird man die unbegrenzt zur Verfügung stehende Prozeßwärme aus Kernenergie und Sonnenenergie zur Verbesserung der in der Qualität immer schlechter werdenden Kohle heranziehen. Denn im Jahre 2035 sind 12 Milliarden Tonnen SKE nicht mit der heutigen Qualitätsvorstellung lieferbar, sondern nur durch Rückgriff auf Kohle, wie sie heute überhaupt nicht beachtet wird - etwa mit 500 Kilokalorien pro Kilogramm oder durch Abbau in Gegenden, die heute wegen ihrer klimatischen Bedingungen nicht zugänglich sind.

Die Qualitätsverbesserung der Kohle durch Einsatz von Prozeßwärme spielt also eine große Rolle. Damit werden aber strategische Investitionen im Weltmaßstab wichtig. Ich meine, es wäre eine kluge Politik nicht nur der Bundesrepublik, sondern auch der Europäischen Gemeinschaft, diese strategischen Notwendigkeiten frühzeitig zu erkennen und in ihre Überlegungen mit einzubeziehen. Auf lange Sicht könnte dann eine Kooperation möglich werden zwischen solchen Ländern, die über die entsprechenden Ressourcen verfügen, diese aber nicht verwenden können, und uns, die wir solche Ressourcen erstens brauchen und zweitens veredeln können.

Um aber die Schwierigkeiten, die auf uns zukommen, hinreichend bewußt zu machen, stimme ich Herrn Levy ausdrücklich zu in dem, was er über die Finanzkrise gesagt hat. Ich kann das durch einige andere Zahlen charakterisieren. Der heutige Energiepreis liegt bei 12 Dollar pro Faß. Bei einer Entwicklung, wie ich sie dargelegt habe, werden wir einen Preisanstieg auf zunächst 18 bis 20, später auf 25 bis 30 Dollar pro Faß erleben. Darüber hinaus wird es allerdings kaum gehen, weil bei 30 Dollar pro Faß Alternativquellen zur Verfügung stehen. Gemessen am Ölpreis der sechziger Jahre wäre das mindestens eine Verzehnfachung.

Lassen Sie mich aber auch noch die Investitionssummen nennen. Alle Untersuchungen, die wir selbst, die Leontieff, aber auch Pestel/Mesarovi; durchgeführt haben, weisen darauf hin, daß wir es bis zum Jahre 2000 unter Ächzen und Stöhnen vielleicht noch schaffen könnten. Wenn ich "unter Ächzen und Stöhnen" sage, dann meine ich bei Aufrechterhaltung der jetzigen Strukturen, die ich durch vier Zahlen charakterisieren möchte. Das heutige Bruttosozialprodukt in der Welt liegt bei 4000 Milliarden Dollar pro Jahr. Davon gehen etwa 350 in die Rüstung, 120 Milliarden Dollar dienen dazu, um das Öl zu bezahlen, und nur 30 Milliarden Dollar pro Jahr werden für Entwicklungshilfe eingesetzt. Diese im Ansatz ungesunden Proportionen werden sich über das Jahr 2000 nicht fortsetzen können. Unter anderem wird es dadurch zu einer starken Verschiebung kommen, daß die Energieinvestitionen, von denen ich gesprochen habe, jenseits des Jahres 2000 die Höhe der militärischen Ausgaben erreichen müssen.

Das ist die Perspektive, unter der wir das Menü des Jahres 2000 zu sehen haben. Bis zum Jahre 2000 werden wir irgendwie durchkommen können, müßten aber die Frage beantworten: Woher bekommen wir die 200 Mio Tonnen SKE Öl, woher bekommen wir die 60-80 Mio Tonnen SKE Kohle, die wir importieren müssen?

von Bennigsen-Foerder

Sie sagten, das schwere Heizöl soll durch Kohle ersetzt werden. Wie stellen Sie sich das denn bis zum Jahre 2000 vor?

Häfele

Durch Kohledruckvergasung.

Welbergen

Leider stehen uns Konversionsanlagen - die wir benötigen, um die schweren Fraktionen des Heizöls in leichtere Fraktionen zu verwandeln - in dem Zeitraum, über den wir hier reden, noch nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung. So lange müssen wir also auch das schwere Heizöl verwenden.

Obwohl ich Öl-Mann bin, befürworte auch ich, daß die Abhängigkeit vom Öl verringert wird. Das wird aber kaum absolut, sondern nur prozentual der Fall sein können. Wir müssen hier realistisch sein und auch sehen, daß wir unsere Abhängigkeit nur mindern können, wenn wir Substitutionsenergie haben, und das sind in der Bundesrepublik Kohle und Kernenergie.

Sommer

Zusatzfrage: Wo steckt in Ihrer 200/200/200-Rechnung die Energiemenge, die wir aus Solarzellen, Gezeiten, Wärmepumpen und so weiter gewinnen?

Häfele

Wärmepumpen und anderes mehr fallen unter Energiesparmaßnahmen, die bereits berücksichtigt sind, als ich ja nur von 600 Mio Tonnen SKE spreche. Das erste Co von der Co-co-nut ist dabei schon verbraucht. Die Sonnenenergie hat in der Bundesrepublik, solange damit der Absorber auf dem Dach gemeint ist, ein Potential von maximal 3 Prozent des Bedarfs. Und so genau stimmen die Zahlen sowieso nicht.

Vaillaud

Herr Häfele sprach von 200 Mio Tonnen SKE, die in der Bundesrepublik durch Kernenergie gedeckt werden sollen. Dafür wären umgerechnet circa 150 Reaktoren à 1.300 Megawatt notwendig, die etwa 25 Kernkraftwerken entsprechen würden. Da muß ich aber die Frage stellen: Gibt es irgendeine Chance, daß in Deutschland die öffentliche Meinung, Regierungen oder Parlamente 25 Anlagen akzeptieren würden? Wenn dies der Fall sein sollte, warum dann nicht auch 30 oder 35 solcher Anlagen?

Heute scheinen kaum mehr als 10 Anlagen in der Bundesrepublik genehmigt zu werden. Das ist von einiger Bedeutung. Bis zum Jahre 2000 sind es noch 23 Jahre; es ist also noch möglich, die Entwicklung entweder ein wenig zu beschleunigen oder aber etwas zu bremsen. Dünn wenn statt 50 Prozent nur 40 Prozent des elektrischen Stroms in der Bundesrepublik verbraucht würden, machte das 60 Mio Tonnen SKE weniger aus. Diese 60 Mio Tonnen SKE müßten sonst, wenn nicht durch Kernenergie, so durch Kohle- oder Ölimporte gedeckt werden.

Brunner

Wenn wir uns die Zahlen von Herrn Häfele vor Augen halten, dann sehen wir, daß bis zum Jahre 2000 im Energiesektor ein enormes Investitionsvolumen anfallen wird. In der Europäischen Gemeinschaft entfallen gegenwärtig etwa 15 Prozent der Gesamtinvestitionen auf den Energiebereich. Energieinvestitionen haben also eine erhebliche wirtschaftliche Bedeutung für die weitere Entwicklung.

In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage: Was müßte geschehen, um unter den gegebenen Bedingungen eines erst bruchstückhaft verwirklichten Gemeinsamen Marktes eine gemeinsame Energiestrategie der Europäischen Gemeinschaft zu entwickeln? Wenn wir den Gemeinsamen Markt fortentwickeln wollen, dann können wir den Energiesektor als Gegenstand gemeinsamer Politik nicht ausklammern. Das ist auch ökonomisch nicht aufrechtzuerhalten.

Levy

Es wäre hinzuzufügen: Kann die europäische Politik alleine stehen? Muß sie nicht mit den Vereinigten Staaten, Japan und anderen Ländern abgestimmt werden?

Häfele

Ich würde eher folgende Aspekte betonen. Erstens: Wann werden die Sachzwänge übermächtig und für wie lange? Zweitens: Wann muß sich die nationale Planung an globale Zusammenhänge anschließen und für wie lange?

Welbergen

Sollen die Zahlen, die Herr Häfele genannt hat, für die weitere Diskussion die Basis darstellen?

Schneider

Nein, das möchte ich etwas relativieren. Wir sollten uns nicht auf Zahlen einschwören, sondern nur davon ausgehen, daß hier große Probleme vor uns liegen, auf die hin wir uns auch politisch orientieren müssen.

Häfele

Diese Zahlen sind der quantitative Ausdruck einer qualitativen Situation. Insofern sind sie als engere Zahlen irrelevant. Dagegen bleiben die qualitativen Züge verbindlich, und davon sollten wir uns nicht allzusehr entfernen.

Schaefer

Lassen Sie mich einige grundsätzliche Ausführungen zum Thema Energiesparen machen. Wenn wir davon ausgehen, daß eine Reduzierung der materiellen Ansprüche im Augenblick nicht durchsetzbar ist, kann Energiesparen nur heißen: rationeller Einsatz von Energie, also der Versuch, den Verbrauch von Primärenergie für bestimmte Zwecke zu verringern. Herr Häfele sprach von einer Sparquote von 23 bis 25 Prozent für das Jahr 2000. Für 1985 können wir damit rechnen, daß sich der Zuwachs des Energieverbrauchs durch Einsparungsmaßnahmen um etwa 15 Prozent verringern ließe.

Ein Hinweis ist dabei wichtig: 90 Prozent dieser Einsparung gehen auf die Reduzierung des Brennstoffeinsatzes und nur 10 Prozent auf den verringerten Einsatz von elektrischer Energie zurück. Das ist insofern einleuchtend, als elektrische Energie in vielen Fällen eine notwendige Hilfsenergie darstellt, mit deren Hilfe man den Gesamtenergieeinsatz rationeller gestalten kann. Es sei weiterhin hervorgehoben, daß an den denkbaren Einsparungen die Haushalte mit 57 Prozent den Hauptanteil haben, während der Anteil der Industrie bei 25 Prozent und der des Verkehrs bei 18 Prozent liegt. Gliedert man die Einsparungsmöglichkeiten nach Anwendungszwecken, so entfällt auf die Raumheizung über die Hälfte, nämlich 55 Prozent, während Prozeßwärme nur 22 Prozent sowie Licht und Kraft mit 23 Prozent etwa gleiche Anteile haben.

Was die Methoden rationellerer Verwendung angeht, so kommt es in vielen Fällen nur darauf an, den richtigen Einsatz vorhandener energietechnischer Geräte verständlich zu machen. Dazu gehören zum Beispiel ein vernünftigerer Umgang mit dem jeweils vorhandenen Heizsystem oder mit dem eigenen Pkw. Dabei läßt sich schon erheblich sparen; denn 20 bis 25 Prozent dessen, was insgesamt durch rationelleren Energieeinsatz eingespart werden könnte, ist allein durch Aufklärung der Bevölkerung in dieser Hinsicht zu erreichen.

Schneider

Insbesondere wissen die Menschen oft gar nicht, was sie tun, wenn sie Energie verbrauchen.

Schaefer

Um es ganz drastisch zu sagen: Die Leute glauben, dadurch Energie zu sparen, daß sie das Licht im Treppenhaus abschalten, während sie gleichzeitig die Fenster öffnen, um damit die Raumtemperatur zu regulieren. Sie verstehen überhaupt nicht, daß bei dieser Art der Regelung sehr viel größere Energiemengen sinnlos vertan werden als bei einer nicht ausgeschalteten Lampe.

Für den Rest der Maßnahmen benötigt man zusätzliche Technik. Das bedeutet, Ersetzen von Energie durch Kapital, indem man für zusätzliches Material und Geräte mehr investiert. Damit ist im allgemeinen ein höherer Verbrauch an Hilfsenergie verbunden, der vornehmlich durch elektrische Energie gedeckt werden muß. So beanspruchen Solaranlagen ungefähr 10 Prozent der mit ihrer Hilfe gewonnenen Energie in Form von Hilfsenergie. Zudem wird die gesamte Anlagentechnik komplexer, und die Anforderungen an den Betrieb und die Wartung der Systeme erhöhen sich beträchtlich. Überspitzt gesagt: Die Hausfrau im Jahr 2000 muß ein Diplom in Haustechnik haben, um nur den ordnungsgemäßen Betrieb der Anlagen zu überwachen.

Außerdem muß man bedenken, daß sich diese rationelleren Techniken nicht innerhalb kurzer Zeit verwirklichen lassen, sondern viele Jahre benötigen. Diese Techniken müssen erst sorgfältig erprobt werden, bevor man sie in der Praxis anwendet. Zudem sind Energieanwendungstechniken im allgemeinen gerätegebunden. Man kann nicht von heute auf morgen die gesamte Gerätestruktur in Haushalt, Industrie, Gewerbe und Verkehr verändern. Das geht nur allmählich, schon weil die Industrie völlig überfordert wäre, wenn man kurzfristig ganz neue energietechnische Systeme einführen wollte.

Das Ganze ist auch ein finanzielles Problem; denn die Einführung neuer Techniken setzt beträchtliche Investitionen beim Endverbraucher voraus, die durchaus in der Größenordnung der Investitionen liegen, die auf dem Energiesektor nötig sind. Dies gilt im besonderen Maß für die Systeme zum Nutzen der regenerativen Energiequellen, also der direkten und indirekten Sonnenenergie, zu der auch Wind und Wasserkraft in neuen Formen gehören.

Was die ökologische Belastung angeht, so wird mitunter der Eindruck erweckt, als würden wir die regenerativen Energiequellen ohne einen ökologischen Preis bekommen. Das ist mit Sicherheit falsch.

In jedem Fall führt jedoch ein wachsender Energieverbrauch, der aus nicht-regenerativen oder extra-terrestrischen Energiequellen gedeckt wird, zu steigender Wärmeentwicklung auf der Erde. Damit stellt sich irgendwann die Frage einer wesentlichen Begrenzung des anthropogenen Energieumsatzes auf der Erde überhaupt.

Freiherr von Weizsäcker

Sonnenenergie ist in dieser Bilanz etwas anders zu rechnen; denn die ist ja ohnehin da.

Schaefer

Das ist richtig. Allerdings kann die Nutzung der Sonnenenergie insofern ökologische Wirkungen haben, als durch eine Änderung der Strahlungsbilanz klimatische Veränderungen eintreten können. Das gilt insbesondere dann, wenn Sonnenenergie zum Beispiel in Form von Mikrowellenenergie durch extra-terrestrische Stationen auf die Erde geführt wird. Damit würde man den Anteil an Sonnenenergie erhöhen, der auf der Erdoberfläche wirksam wird.

Meyer-Abich

Herr Levy sagte vorhin, Energieeinsparung könne nicht nur über den Preis betrieben werden, weil damit negative Verteilungswirkungen verbunden sind. Daraus sollte man aber nicht die Konsequenz ziehen, daß Energieeinsparung nur durch rabiate staatliche Eingriffe oder dergleichen zu erzielen ist - Sie sprachen von der zunehmenden Rolle des Staates.

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf das Ergebnis einer von uns durchgeführten Studie über "Wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Einsparung von Energie durch alternative Technologien", die jetzt dem Bundesministerium für Forschung und Technologie vorgelegt wird. Darin wird deutlich, daß es auch auf dem jetzigen Preisniveau beträchtliche Einsparungspotentiale gibt, die quantitativ dem Beitrag der Kernenergie zum mittelfristigen Energiebudget vergleichbar sind, leider aber viel weniger öffentliches Interesse finden. Diese Einsparungsmöglichkeiten können durch Maßnahmen realisiert werden, die keineswegs dirigistisch sind.

Sommer

Wenn wir die jetzige Politik ehrlich machen und die weiteren Schritte in Richtung Kernenergie auch moralisch rechtfertigen wollen, dann bedarf es in der Tat eines parallelen und ebenso stark forcierten Einsparprogramms. Dieses Programm steht in einigen Broschüren von Herrn Matthöfer, alle Parteien bekennen sich dazu, und ich lese darüber in vielen Leitartikeln, aber ich sehe es nicht als politische Realität. Das Problem ist: Wie kann man einer großen demokratischen Öffentlichkeit die Notwendigkeit von Einsparungen zu einem Zeitpunkt plausibel machen, wo die Energieschwemme offensichtlich ist und all die Unbill, die wir erwarten, erst 10, 15 oder gar 25 Jahre in der Zukunft liegt?

Schneider

Lassen Sie mich für die weitere Diskussion zunächst einige Punkte festhalten. Bei allen unterschiedlichen Standpunkten stimmen wir zumindest darin überein, daß es im Energiebereich unter den gegebenen Bedingungen ein großes Versorgungsproblem geben wird. Das betrifft sowohl die Ölversorgung als auch später andere Bereiche. Dem müssen wir durch geeignete Maßnahmen entgegenwirken.

Bei den Politikproblemen gibt es in der Diagnose keine Übereinstimmung. Das war auch nicht zu erwarten. Aus diesem Grunde können wir auch keine einheitliche Basis für die Entwicklung von Therapievor schlägen gewinnen. Wir sind uns aber doch wohl darin einig, daß alle Entscheidungen im Politikbereich unter Bedingungen einer erheblichen Unsicherheit zu treffen sind.

Daraus folgt, daß für alle Ansätze im Politikbereich möglichst "robuste" Politiken zu finden sind, die gültig bleiben, auch wenn man sich bei den Prognosen irrt. Wir müssen also darauf achten, daß die negativen Konsequenzen nicht so gravierend sind, wenn die Dinge später völlig anders laufen, als wir angenommen hatten. Allerdings dürfte es kaum gelingen, mit der besonders hochgeschätzten Strategie des Energiesparens die Probleme so weit zu reduzieren, daß man auf der Angebotsseite nicht mehr viel zu tun brauchte. Das wäre eine gefährliche Illusion und sicherlich keine robuste Politik.

Wir sollten uns weiter bewußt sein, daß sich die energiepolitischen Maßnahmen keineswegs nur auf den Energiesektor beziehen. Hier wirken auch eine Reihe anderer Politikbereiche mit ein, sei es nun die Umweltschutzpolitik oder die Sicherheitspolitik mit ihren verschiedenen Aspekten oder die Außenpolitik und die Außenwirtschaftspolitik. Wie kann für einen comprehensive approach überhaupt

ein Konzept aussehen, und welche Möglichkeiten der Implementation, also der Umsetzung, sind denkbar? Das gilt sowohl für die nationale Politik als auch in noch schwierigerem Maße für die internationale Ebene.

Ein weiterer Punkt der allgemeinen Politikproblematik ist die langfristige Orientierung der Entscheidungen. Dabei sind unterschiedliche Zeitdimensionen zu finden. Denn ein Teil der angesprochenen Probleme, zum Beispiel der Forschung und Entwicklung, reicht weit über das Jahr 2000 hinaus. Andere sind kürzerfristig, betreffend die Zeit bis Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre, müssen aber gleichwohl in den nächsten Jahren angegangen werden. Auch die für die kurze bis mittlere Sicht gestellten Aufgaben sind unter politisch schwierigen Bedingungen in Angriff zu nehmen, weil wir für einige Jahre mit einer Energieschwemme rechnen.

Wie sieht die Zusammenarbeit auf der internationalen Ebene aus? Inwieweit kann es gelingen, OPEC - oder andere Kartelle im internationalen Bereich - durch verschiedene Kooperationsformen in das Gesamtsystem zu integrieren, um sie aus der Rolle des Gegenspielers herauszubringen? Diese internationale Kooperation muß natürlich die Entwicklungsländer einschließen.

Die größte Schwierigkeit sehe ich in folgendem: Wenn man konzeptionelle Vorstellungen entwickelt hat, wie Teilbereiche aufeinander abgestimmt werden können, wie man die langfristige Perspektive dabei berücksichtigt und so weiter, wie kann man das dann in konkrete Entscheidungen umsetzen, die sich wirklich durchführen lassen? Ich denke hierbei an die notwendigen Investitionen, um nur den wichtigsten Faktor zu nennen.

Das gehört nun bereits in die Konzipierungsüberlegungen der Politik selbst mit hinein. Das beste Konzept taugt nichts, wenn die Implementationsproblematik nicht mitbedacht ist oder wenn das Problem verkürzt definiert wird und die Bedingungen, unter denen die Realisierung erfolgen muß, nicht berücksichtigt werden. Wir haben schmerzhaft erlebt, wozu es führt, wenn das nicht gesehen wird.

Natürlich ist es immer ein subjektiver Standpunkt, was in der Politik für möglich gehalten wird. Gleichwohl wollen wir hier keine Utopien entwickeln, sondern überlegen, wie eine realistische Energiepolitik, wenn auch vielleicht nicht immer auf bekannten Wegen, entwickelt werden kann. Dabei wird es allerdings nicht ausbleiben, daß der eine für wahrscheinlich hält, was der andere als hochgradig utopisch ansieht.

Freiherr von Weizsäcker

Bevor wir über die politischen Konsequenzen sprechen, müssen wir uns über die längerfristige Perspektive klarwerden, die ich nicht kürzer als bis 2020 ziehen würde. Natürlich ist mir bewußt, daß wir darüber lauter falsche Dinge sagen werden; nicht einmal bis 2000 werden unsere Prognosen stimmen. Auf der anderen Seite aber müssen unsere Planungen, insbesondere wenn sie die Kernenergie betreffen, über schätzungsweise vier Jahrzehnte reichen. Wir kommen also nicht darum herum, für diesen Zeitraum Prognosen anzustellen, um bestmöglich entscheiden zu können.

Diese Prognosen müssen beispielsweise Aussagen über den Bedarf enthalten. In dem Zusammenhang jetzt nur die Bemerkung: Will man den Bedarf grundsätzlich durch Kernenergie decken, so scheint es konsequent, auch die Schnellen Brüter zu wollen, das heißt nicht bloß ein Prozent der im Uran verfügbaren Energie auszunutzen.

Bei der Kernenergie muß man dann über Gefahren sprechen, die ich rasch klassifizieren will. Die Gefahren durch automatisch eintretende Unfälle halte ich für recht gering; es lohnt nicht, daß wir sie hier noch einmal diskutieren. Darüber gibt es viele Berichte. Die Gefahren, die durch menschliches Handeln verursacht werden, umfassen einmal das Problem des Terrorismus, also die Gefahr, die von einzelnen Gruppen ausgeht, und zum anderen die Gefahr durch Krieg, also durch Staaten. Dabei ist einerseits die Gefährdung der in einem Land stehenden Reaktoren, andererseits die Gefährdung durch Proliferation von Kernwaffen zu sehen. Natürlich muß man auch über die Gefahren beim Einsatz der fossilen Brennstoffe sprechen; das CO₂-Problem ist erwähnt worden.

von Ehrenstein

Ich knüpfe an die Bemerkung von Herrn Häfele an, daß Energie im technischen Sinne langfristig unbegrenzt verfügbar sei. Diese Aussage wird uns aber für die nächsten Jahrzehnte, also für die mittlere Frist, wahrscheinlich nicht entscheidend helfen. Dabei ist es gleichgültig, ob die Betonung nun auf "langfristig" oder auf "technisch" liegt.

Wenn es heißt, Energie sei langfristig genügend verfügbar, dann wird an Kernenergie im globalen Maßstab gedacht und speziell an die Version des Schnellen Brüters.

Häfele

Nicht nur.

von Ehrenstein

Davon gehe ich einmal aus.

Was die Fusionstechnologie angeht, so muß offenbleiben, ob sie im knappen Zeitraum des nächsten Jahrhunderts kommerziell nutzbar sein wird. Es ist noch nicht einmal sicher, daß sie technisch durchführbar ist.

Wir müssen also einen Weg aufzeigen, wie wir die Atomenergie im großen Maßstab in der Welt, wie wir sie kennen, einsetzen können. Es ist gerade der gesellschaftspolitische Aspekt, der ein Fragezeichen hinter die Aussage von Herrn Häfele setzt.

In diesem Zusammenhang hat in den letzten Jahren ein Problem sowohl vom Technischen als auch von der Einschätzung her ein anderes Gewicht erhalten: Ich meine das Plutoniumproblem. Bis vor ein bis zwei Jahren war es allgemeine Auffassung, daß sich das Plutonium, das in den Reaktoren entsteht, und zwar sowohl in den heutigen Leichtwasserreaktoren als auch zukünftig in den Schnellen Brütern, nicht für Atomwaffen mißbrauchen lassen wird. Heute denkt man darüber ganz anders, und es ist zu befürchten, daß auch das Reaktor-Plutonium für den Bau von Atomwaffen verwendet werden kann. Das setzt heute zugegebenermaßen eine Schießtechnik voraus, die wohl nur Nationen oder allenfalls subnationalen Gruppen zugänglich ist. Es ist aber nicht auszuschließen, daß diese Schießtechnik in ein oder zwei Jahrzehnten auch kleineren Gruppen - sprich Terroristen - zur Verfügung steht.

Ich möchte nur grundsätzlich festhalten, daß immer wieder technische Entwicklungen denkbar sind, die in relativ kurzer Zeit ganz neue Gefahren sichtbar werden lassen, an die man bis dahin noch nicht gedacht hatte. Deshalb sollten wir uns hüten, die Energieversorgung in dieser unfriedlichen Welt, in der all die Krisen zu erwarten sind, die Herr Levy angesprochen hat, primär auf die Atomenergie zu stützen.

Sommer

In unserer innenpolitischen Debatte sind wir gegenwärtig an einem Markstein angelangt. Wir haben die Kernenergie intensiv diskutiert, soweit man ein so technisches Problem überhaupt in einer großen Öffentlichkeit diskutieren kann. Es scheint sich jetzt ein Konsens herauszubilden, der darauf hinausläuft, daß wir der Kernenergie nicht Einhalt gebieten, sondern sie, soweit wir das zur Sicherung unseres Energiebedarfs benötigen, entwickeln bis hin zum Schnellen Brüter und darüber hinausführenden Techniken.

Trotz des Konsenses, der sich abzeichnet, gibt es natürlich weiterhin eine zumindest lautstarke Minderheit, die den Weg in die Kernenergie ablehnt. Dabei scheint sich die Argumentation der Gegner dauernd zu verändern. Es werden ständig neue Abschußrampen für Argumente aufgebaut. Als letztes erscheint nun - ich greife da die Formulierung von Herrn von Ehrenstein auf - die Plutoniumwirtschaft im Lichte einer neuen Gefährlichkeit, weil sich aus gewöhnlichem Reaktorplutonium Waffen herstellen lassen.

Dieses Argument hat zunächst Prof. Wohlstetter bei den Windscale Hearings an die Öffentlichkeit gebracht; es ist später von den amerikanischen Behörden bestätigt worden. Die Amerikaner hatten einigen ihrer klügsten jungen Atomphysikern die Aufgabe gestellt, aus Reaktorplutonium eine Waffe zu bauen. Diese Wissenschaftler konnten sich auf eine in 25 Jahren Forschungsarbeit angehäufte Pyramide von theoretischem Wissen und von technischem Know-how stützen und mußten nicht bei Null anfangen. Nun reicht meine technische Fundierung nicht aus, um zu beurteilen: Läßt sich dieser Versuch anderwärts wiederholen? Die weitere Frage wäre: Wie wirksam sind die dabei entstandenen Waffen? Dabei gebe ich durchaus zu, daß selbst eine grobe Waffe in terroristischen Händen eine Schrecken erregende Vorstellung wäre.

Nach allem, was ich mir in den letzten zwei, drei Jahren angelesen habe, ist Energiepolitik, wo immer wir hinfassen, ein Griff in Brennesseln. Ob wir uns in Richtung Kernenergie bewegen oder ob wir in Richtung Kohle gehen, alles scheint mit Risiken verbunden zu sein. So weist die jüngste Studie der amerikanischen National Academy of Sciences darauf hin, daß bei einer Verwirklichung des

Carterschen Kohleprogramms der CO₂-Gehalt in der Erdatmosphäre im Laufe der nächsten hundert oder zweihundert Jahre so dramatisch ansteigen könnte, daß sich die Durchschnittstemperaturen auf der Erde um 6 Grad Celsius erhöhen und wir eine totale Klimaänderung bekommen würden.

Ueberhorst

Ich finde es erstaunlich, Herr Sommer, wenn Sie einen Konsens in der Frage der Kernenergie feststellen. Abgesehen davon, daß ich diesen Eindruck nicht teile, ist es interessant, daß es für Sie, um einen Konsens festzustellen, offensichtlich ausreicht, wenn die wesentlichen Eliten zustimmen. Wir sollten den Aspekt der demokratischen Vermittlung der Energiepolitik nicht außer acht lassen. Wenn wir von Europa sprechen, steht dahinter ja auch das Feld der westlichen Demokratien und mithin die Vorstellung, daß die Politiken, über die wir reden, normativ in demokratischer Willensbildung entwickelt werden.

Es ist wahrscheinlich kein Zufall, daß Herr Brunner in seinem Referat auf die Willensbildung innerhalb der Parteien und der Parlamente kaum eingegangen ist, auch nicht auf die Versuche von Bürgerinitiativen, sich an der Willensbildung zu beteiligen. Die Proteste, die hier vorgebracht werden, scheinen mir ursächlich mit der Form zusammenzuhängen, wie die Politik diesen Bereich bearbeitet.

Thesenhaft gesagt: Die Politik gerät in Widerspruch zu ihren eigenen Prämissen, nämlich Ziele zu setzen und Entscheidungen einsichtig zu machen. Es geschieht wesentlich mehr als das, was die Politik dem Bürger argumentativ begründen kann. Das gilt auch für andere Zukunftsthemen. So bestehen für das Parlament offensichtlich Schwierigkeiten - das gilt für alle Parteien;- die Technologie der Schnellen Brüter zu beurteilen. Das spüren die Bürger. Die Politik war nicht in der Lage, Kriterien zu entwickeln, mit denen die Entwicklung solcher Technologien beurteilbar, diskutierbar und vermittelbar werden.

Das gleiche gilt für die Energieeinsparungen. Auch dort könnten wir nur weiterkommen, wenn die Politik in der Lage wäre, Zielwerte zu diskutieren und beispielsweise eine Antwort auf die Frage nach der sozialen Zumutbarkeit für unterschiedliche Einsparstrategien zu geben. Dieser Forderung wird die Politik noch nicht gerecht. Meine These ist also, daß wir in der Politik ein Kriteriendefizit haben, das Mitursache für die Proteste der Bürger ist und auch für die Hilflosigkeit der Politik, mit diesen Protesten konstruktiv fertig zu werden.

Freiherr von Weizsäcker

Wenn Sie darauf hinweisen, Herr Ueberhorst, daß die Bürger sich gegenüber diesen Problemen ratlos fühlen, dann müssen wir hinzufügen, daß dies den Politikern nicht anders geht, ja selbst für die Experten sind viele Fragen nahezu unbeurteilbar. Niemand an diesem Tisch weiß alles, was man wissen muß, um alle Fragen entscheiden zu können. Jeder von uns ist darauf angewiesen, seine Meinung dadurch zu bilden, daß er anderen Menschen vertraut. Die Frage ist: Kann man dieses Vertrauen wenigstens hinreichend fundieren, und wie übermittelt man das so gewonnene Vertrauen den Bürgern?

i

Beckurts

Herr Häfele hat vorhin eine Voraussage über die mögliche Rolle der Kernenergie in der Bundesrepublik im Jahre 2000 gemacht und geschätzt, daß sie etwa ein Drittel des gesamten Primärenergieaufkommens darbieten wird.

Häfele

Das war keine Voraussage und auch keine Schätzung. Aber die Zahlen, die ich genannt habe, muß man sich heute verantwortlich überlegen. Sie haben zum Teil einen normativen Zug, lassen aber konkrete Bedingungen nicht außer acht.

Beckurts

Ich persönlich meine in Obereinstimmung mit Studien, die wir in Istanbul durchgeführt haben, auch mit Angaben, die bei der Weltenergiekonferenz in Istanbul gemacht worden sind, daß die Rolle der Kernenergie in Westeuropa insgesamt etwas kleiner sein wird. Für den Bereich der OECD-Länder liegen heute Schätzungen vor, denen zufolge zur Jahrhundertwende etwa 20 Prozent des gesamten Primärenergieaufkommens und etwa 40 Prozent des Primärenergieaufkommens für die Produktion von elektrischer Energie durch Kernenergie gedeckt werden. Diese Voraussagen sind heute zweifellos

kleiner als manches, was vor einigen Jahren angenommen wurde, und der tatsächliche Ausbau der Kernenergie kann gegenüber diesen Schätzungen möglicherweise sogar noch zurückbleiben. Das ist jedoch in qualitativer Hinsicht relativ bedeutungslos.

Wenn wir den Gesamtkomplex Kernenergie diskutieren, müssen wir zunächst berücksichtigen, daß die öffentliche Akzeptanz der Kernenergie nach wie vor in fast allen westeuropäischen Ländern nicht sehr hoch ist, was zu Schwierigkeiten bei der Realisierung der Bauprojekte führen wird. Man sollte sich auch nicht durch die politischen Entwicklungen in der Bundesrepublik in der letzten Zeit darüber hinwegtäuschen lassen, daß die Probleme an den Baustellen und bei den Gerichten bestehenbleiben. Hier liegt ein großes Stück Arbeit, eine harte Auseinandersetzung der Fachleute und der Öffentlichkeit vor uns.

Ich teile die Meinung von Herrn von Weizsäcker, daß sich die Frage der Sicherheit der Kernkraftwerke, soweit Unfälle gemeint sind, heute voll einordnen läßt in das Risikospektrum unserer zivilisierten Welt. Ich bin ferner der Ansicht, daß das Entsorgungsproblem in den letzten zwei Jahren in der Bundesrepublik und in anderen Ländern überbetont worden ist. Ich halte die Entsorgung für ein im Prinzip gelöstes und technisch voll lösbares Problem unter der Voraussetzung, daß für das Entsorgungszentrum um geeignete Standorte zur Verfügung gestellt werden.

Es ist bereits die Frage angesprochen worden, inwieweit das Reaktorplutonium mißbraucht werden kann und inwieweit friedliche und militärische Nutzung der Kernenergie zu trennen sind. Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß im Jahre 1975 eine Gruppe deutscher Wissenschaftler, zu denen einige, die hier anwesend sind, gehörten, in einem Brief an den Bundestag festgestellt haben: Wir halten die Sicherheitsfragen der Kernenergie für beherrschbar, aber wir empfehlen die Probleme des Mißbrauchs von Plutonium der besonderen Aufmerksamkeit der staatlichen Organe. Die Mißbrauchsmöglichkeiten sind also durchaus schon früher gesehen worden, nur sind diese Probleme im letzten Jahr besonders akzentuiert und öffentlich diskutiert worden, etwa im Zusammenhang mit der Studie der Ford-Foundation oder mit dem "Flowers-Report".

Mir liegt eine vor wenigen Wochen in der amerikanischen Zeitschrift "Nuclear Safety" erschienene Arbeit vor, an der auch Atomwaffenfachleute mitgewirkt haben. Dort wird erneut darauf hingewiesen, daß die Herstellung von Sprengkörpern aus Reaktorplutonium technisch außerordentlich schwierig ist. Deshalb ist Ihre Hypothese, Herr von Ehrenstein, es könne relativ einfach und kurzfristig möglich sein, daß Terroristen Reaktorplutonium mißbrauchen, extrem unwahrscheinlich.

Auf der anderen Seite steht die im Zusammenhang mit der Ford/Mitre-Studie geäußerte Vermutung, daß ein Mißbrauch von Reaktorplutonium durch Staaten unter offenem Bruch des Atomsperrvertrages möglich ist. Hier sollte man allerdings berücksichtigen, daß die Staaten zu diesem Zweck, das heißt zur illegalen Herstellung von Kernwaffen, andere und wesentlich wirksamere Methoden zur Verfügung haben. Zweifellos kann eine weltweite friedliche Nutzung der Kernenergie nicht voll von einer militärischen Nutzung getrennt werden, weshalb strenge internationale Kontrollen erfolgen müssen. Aber die wirklichen Risiken der Proliferation von Kernwaffen bestehen ohnehin und sie werden im Gegenteil größer sein, wenn die Ausbreitung der friedlichen Nutzung behindert wird und dann unkontrolliert geschieht.

Ein weiteres Problem, das beim Ausbau der friedlichen Nutzung der Kernenergie eine große Rolle spielen wird, ist die Versorgung mit Uran. Grundsätzlich ist genügend Uran auf der Welt vorhanden, um alle heute geplanten Kernkraftwerke etwa bis zum Anfang des nächsten Jahrhunderts zu versorgen, allerdings unter der Voraussetzung, daß es einen einigermaßen freien Markt für Uran gibt. Für die Zeit danach ist damit zu rechnen, daß Reaktoren mit hoher Urannutzung oder Brüter den Uranbedarf wesentlich herabsetzen. Die Frage, inwieweit der Uranmarkt politisch beeinträchtigt sein wird, insbesondere durch die neuen uranpolitischen Bestrebungen in den USA, Kanada und Australien, ist nicht mit absoluter Sicherheit zu beantworten.

Von daher ist es sicher nötig, die Uranbasis für die europäischen Länder soweit wie möglich durch Zusammenarbeit mit möglichst vielen Uran besitzenden Entwicklungsländern zu sichern. Hinzu kommt eine frühzeitige Erschließung von sogenannten Arm-Erzvorkommen, wie sie zur Zeit etwa im Zusammenhang mit dem Fund in der Türkei diskutiert werden. Da es ohne weiteres möglich ist, Uranvorräte für mehrere Jahre zu lagern, können kurzfristige Versorgungsschwierigkeiten vermieden werden. Mittelfristig bedarf es allerdings erhöhter Anstrengungen, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Es sollte jedoch insgesamt möglich sein, die Zeit bis zur großtechnischen Einführung fortgeschrittener Konverter und Brüter zu überbrücken.

Flowers

Lassen Sie mich zunächst allgemein feststellen, daß wir uns an billige Energie, insbesondere an billige Elektrizität gewöhnt haben. Da mit billigem Strom fraglos eine Reihe von Annehmlichkeiten verbunden ist, weist der Elektrizitätsverbrauch eine höhere Wachstumsrate auf, als dies für Energie insgesamt gilt. Aber wird sich dieses Wachstum so fortsetzen, wie viele Leute annehmen? Man könnte zugepitzter fragen: Sollte es dies tun? Dies ist insofern ein wichtiger Punkt, als die Erzeugung von Elektrizität mit einer erheblichen Verschwendung von Primärenergieträgern verbunden ist.

Nun eignet sich die Kernenergie allein für die Erzeugung von Elektrizität, wohingegen dl auch für viele andere Zwecke, zum Beispiel für chemische Prozesse und dergleichen, benutzt werden kann. Deshalb drängen die Befürworter der Kernenergie darauf, die gesamte Wirtschaft auf elektrischen Strom umzustellen und sozusagen eine vollelektrifizierte Gesellschaft zu schaffen. Demgegenüber drängen die Gegner der Kernenergie auf einen geringen Elektrifizierungsgrad der Gesellschaft, um damit die Abhängigkeit von der Kernenergie zu verringern.

Meine These ist, daß es eine echte Wahlmöglichkeit gibt zwischen einer hochelektrifizierten und einer weniger stark elektrifizierten Gesellschaft. Das sollte mit der Kernenergie-Frage nicht vermischt werden. Wir haben die Unterschiede zwischen diesen beiden Möglichkeiten nur nie wirklich untersucht. Wir haben uns auch nie die Frage gestellt, welches Maß an Elektrifizierung nun eigentlich erreicht werden sollte. Wir unterstellen einfach, daß ein hoher Elektrifizierungsgrad wünschenswert ist. In der Tat scheint es ein Element zum Beispiel der amerikanischen Politik zu sein, eine hundertprozentige Elektrifizierung zu erreichen. Dafür ist nie ein Argument vorgebracht worden, man hat einfach festgestellt, dies sei das Ziel.

Ich meine, das reicht nicht aus; man muß für die Elektrifizierung der Gesellschaft Argumente vorbringen und versuchen vorauszusehen, welche Auswirkungen in der Gesellschaft ein steigender oder aber ein fallender Elektrifizierungsgrad haben werden. Die Energiekrise kommt nicht aus heiterem Himmel. Wir sollten uns durch den plötzlichen psychologischen Einbruch von 1973 nicht irreführen lassen. Hier geht es nicht um ein Problem, das sich über Nacht mit Schnellen Brütern oder einer anderen Technologie beheben läßt. Wir können nur hoffen, der Krise dadurch Herr zu werden, daß wir die Zuwachsrate des Energieverbrauchs und langfristig unsere Verhaltensweisen zu ändern versuchen.

Ich gehe jetzt zum Problem der Kernenergie über: Welche verantwortlichen Aussagen kann man im Jahre 1977 zu diesem Thema machen? Das betrifft zunächst die Reaktor-Sicherheit. Was die gegenwärtig in der Bundesrepublik, Großbritannien und den USA arbeitenden thermischen Reaktoren angeht, so dürfte die Gefahr eines ernsthaften Unfalls in der Tat sehr gering sein. Sie ist jedenfalls sehr viel kleiner als die Gefahr, die zum Beispiel von einem großen Werk der Petrochemie oder vielen anderen chemischen Werken ausgeht.

Mit welchen Folgen mußten wir bei einem schweren Unfall bei dem gegenwärtigen Reaktortyp voraussichtlich rechnen? Sollte der Behälter bersten, dürfte es mehrere hundert Tote geben und das Land, je nach Windrichtung, über ein Gebiet von etwa 50 km verseucht sein. Es wäre außerordentlich kostspielig, dieses Gebiet wieder zu säubern. Nun, das ist sicher eine Katastrophe, aber nicht schlimmer als ein Hurrikan oder ein schweres Erdbeben oder, sagen wir, eine schwere chemische Explosion. Das ist etwas, womit eine Industriegesellschaft rechnen muß und was sie überleben kann.

Beim Schnellen Brüter jedoch muß ich zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine andere Aussage machen. Wir müssen in diesem Fall damit rechnen, daß ein Unfall großen Ausmaßes zwischen zehn- und hundertmal schwerer sein würde als beim obenerwähnten Reaktortyp.

Häfele

Nein.

Flowers

Ich sage nicht, daß dies unbedingt so eintritt, sondern daß man es zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht ausschließen kann.

Häfele

Doch.

Flowers

Soviel zur Reaktorsicherheit.

Das Problem der Beseitigung und langfristigen Lagerung des atomaren Abfalls wird zweifellos gelöst werden. Dieser Ansicht stimme ich voll zu. Ich bin aber zugleich der Auffassung, daß die öffentliche Meinung sich nicht mit den Feststellungen von Herrn Häfele oder von mir zufriedengeben wird, daß dieses Problem lösbar ist, bevor wir nicht in der Praxis demonstriert haben, wie das funktioniert. Mit Demonstration in der Praxis meine ich natürlich nicht, daß wir erst einmal hundert Jahre lang Abfall lagern müssen, aber wir brauchen zunächst eine geeignete Entsorgungsanlage für Atom Müll.

Ich darf mein Erstaunen darüber ausdrücken, daß Ingenieure auf der einen Seite völlig zu Recht davon sprechen, daß man einen neuen Reaktortyp erst einmal gebaut haben muß, bevor man etwas über seine Sicherheit aussagen und die möglichen Folgen erkennen kann. Die gleichen Ingenieure behaupten auf der anderen Seite, die Beseitigung des Atom Mülls sei mit Sicherheit möglich, obwohl bisher kaum etwas in dieser Hinsicht erprobt, sondern nur sehr viel darüber geredet und Glaubensbekenntnisse dazu abgegeben wurden. Dabei kann es schädliche Auswirkungen für viele Generationen haben, wenn bei dieser Sache etwas falsch gemacht wird. Wenn man die Menschen davon überzeugen will, daß das, was wir für möglich halten, auch tatsächlich wahr ist, müssen wir erst einmal eine voll funktionsfähige Entsorgungsanlage bauen. Das wird natürlich eine ganze Menge kosten. Fairerweise muß ich jedoch hinzufügen, daß in der Bundesrepublik in dieser Hinsicht mehr getan wird, als in den anderen europäischen Ländern.

Mein nächster Punkt betrifft den Terrorismus, ein allgemeines Problem in der heutigen Welt, das nicht nur die Kernkraft betrifft. Es gibt viele rational denkende Menschen, die argumentieren, es sei für Terroristen leichter, andere Dinge zu tun, als zu versuchen, Kernwaffen herzustellen oder Kernkraftwerke zu sabotieren; aus diesem Grunde könnten wir den Nuklear-Terrorismus vergessen. Ich halte dies für einen grundlegenden Fehler. Natürlich gibt es für Terroristen technisch einfachere Dinge zu tun. Wenn sich jedoch herausstellte, daß Terroristen fähig sind, mit spaltbarem Material umzugehen und möglicherweise eine Atomwaffe herzustellen, wäre die psychologische Wirkung in der Tat äußerst gefährlich. Überdies ist es nicht sehr schwierig, eine Kernwaffe aus Reaktorplutonium zu fertigen, wenn nur einige versierte Leute dabei mitwirken. Diese wären zwar kaum in der Lage, eine wirksame militärische Waffe zu bauen, aber sie könnten ohne weiteres eine sehr schlechte, unzulängliche Waffe produzieren und damit viele tausend Menschen töten.

Das wichtigste Problem ist die Proliferation, eine Art legaler Terrorismus, wenn Sie so wollen. Zunächst hat es ganz sicher schon eine destabilisierende Wirkung, wenn ein Land wie Indien demonstriert, daß es die Bombe hat. Aber es ist so lange nicht wirklich destabilisierend, bis Indien eine Produktionslinie für Nuklearbomben besitzt. Nun besteht ein großer Unterschied, ob man ausreichend Plutonium hat, um vielleicht eine unzulängliche Waffe zur Explosion zu bringen, oder ob man über eine vollentwickelte Atomindustrie verfügt, die in der Lage ist, militärische Waffen in großer Anzahl zu produzieren.

Ich betone diesen Punkt, um deutlich zu machen, daß es nicht darum gehen kann, die Proliferation generell zu verhindern; das ist nicht mehr aufzuhalten, dafür sind wir schon viel zu weit gegangen. Das Problem besteht vielmehr darin, diesen Prozeß möglichst zu verlangsamen. Nichts könnte politisch stärker destabilisieren, als wenn zehn Länder innerhalb von zwei Jahren Kernwaffen erlangen; denn dann sind es zehn, die könnten, wenn sie wollten. Wir müssen deshalb versuchen, es so einzurichten, daß alle paar Jahre jeweils nur ein Land Kernwaffen entwickelt. Dann kann die Welt hoffen, mit diesem Prozeß Schritt zu halten.

Der Prozeß der Proliferation wird sich verschärfen, wenn wir den internationalen Verkehr mit spaltbarem Material, insbesondere mit Plutonium und auch mit angereichertem Uran ausbauen. Noch bedenklicher erscheint mir der Export von Wiederaufbereitungs- und von Anreicherungsanlagen besonders an solche Länder, die den Nonproliferations-Vertrag nicht unterzeichnet haben, wie etwa Brasilien.

Die Probleme der Kernenergie können nicht alle auf einmal gelöst werden. Und wenn die Atomindustrie in den meisten unserer Länder behauptet, es sei absolut lebenswichtig, daß alle die Kernenergie betreffenden Entscheidungen in den nächsten ein oder zwei Jahren gefällt werden müssen, dann trifft dies keineswegs zu. Was in der nächsten Zukunft ansteht, sind Entscheidungen über neue thermische Reaktoren.

Aus dem, was ich über die Sicherheit gesagt habe, wird deutlich, wir können nicht darauf bauen, daß es im Jahre 2000 sichere Brutreaktoren geben wird, zu einem Zeitpunkt also, wenn wir sie wirklich benötigen. Wir müssen deshalb in den nächsten zwanzig bis fünfundzwanzig Jahren die Technologie der Schnellen Brüter entwickeln. Wir können dies in aller Ruhe tun, wobei es gar keine Rolle spielt, ob wir damit im nächsten Jahr oder in zwei, drei oder vier Jahren beginnen. Worauf es hauptsächlich ankommt ist, daß diese Brutreaktoren sicher sind.

Aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt gibt es zur Kernkraft keine Alternative. Warum? Weil wir diese Entscheidung vor 25 Jahren getroffen und während dieser Zeit keine Alternative entwickelt haben. Deshalb ist Kernenergie jetzt unvermeidlich. Es sollte ein wichtiges Element nationaler Politik in allen unseren Ländern sein, und ich erhoffe dies auch für die Politik der Gemeinschaft, daß sich, je näher wir dem Jahr 2000 kommen, echte Alternativen stellen. Wenn wir uns dann für den generellen Ausbau der Kernenergie, also für die Schnellen Brüter entscheiden, sollten wir dies tun können, weil es die beste Alternative ist und nicht, weil es die einzige ist.

Beckurts

Ich stimme erstens nicht mit Ihnen überein, Sir Brian, daß Kernenergie und Elektrifizierung notwendig miteinander verbunden sind. Sicher werden wir etwa bis zum Ende des Jahrhunderts bei der verfügbaren Technologie die Kernenergie überwiegend zur Stromerzeugung einsetzen, später wird es aber einen großen Markt für die Kernenergie zur Wärmeanwendung geben.

Zweitens bin ich der Meinung: Wenn wir etwa Anfang des nächsten Jahrhunderts eine echte Versorgungskrise vermeiden wollen, dürfen wir in Anbetracht der langen Entwicklungsdauer bei der Entwicklung fortgeschrittener Reaktoren und bei der Schließung des Brennstoff kreislaufs keine Zeit verlieren.

Häfele

Ich stimme in allen Punkten mit Sir Brian nicht überein. Erstens meine ich, wie Herr Beckurts, daß bisher Kernenergie weitgehend für die Erzeugung von Elektrizität verwandt wurde. Das ist aber keine technische Notwendigkeit, sondern ein Umstand, der mit der Preisstruktur und mit der Entwicklung der Kernenergie zusammenhängt. Der Hochtemperaturreaktor in Jülich und weitere Entwicklungen zeigen auch andere Möglichkeiten auf. In Zukunft wird es bei steigenden Energiepreisen vernünftig sein, diese "Einbahnstraße" der Kernenergie zu verlassen.

Zweitens: Die Probleme der Sicherheit von Schnellbrutreaktoren sind seit 1960 ununterbrochen diskutiert worden. Inzwischen hat sich eine zweite Generation von Schnellen Brütern etabliert, die nicht mehr die Sicherheitsprobleme der ersten Generation aufweist. Es ist in der Öffentlichkeit nur nicht hinreichend bekanntgeworden, daß dank der Anstrengungen in den letzten zehn Jahren ein Problem nach dem anderen experimentell gelöst werden konnte. Unser Institut hat dazu zwei Veröffentlichungen vorgelegt, in denen die erreichten Fortschritte aufgezeigt werden. Ich behaupte, daß Schnelle Brüter genauso sicher sind wie Leichtwasserreaktoren.

Drittens: Ich glaube nicht, daß die kommerzielle Nutzung der Kernenergie die Proliferationsproblematik grundlegend ändert. Die Proliferation hat stattgefunden, und wer immer diesen Weg technisch begehen will, braucht dazu keine kommerzielle power; dafür genügen ein paar Ultrazentrifugen oder eine heiße Zelle.

Viertens: Der Atomsperrvertrag sieht nicht vor, daß Staaten nur dann beliefert werden dürfen, wenn sie den Sperrvertrag unterschrieben haben, sondern er bestimmt, daß Lieferungen ausdrücklich zulässig sind, wenn sie der Kontrolle der Internationalen Atomenergie-Organisation unterliegen. Das ist bei Brasilien der Fall.

Fünftens: Es spielt im Hinblick auf die Schonung der Ressourcen eine entscheidende Rolle, ob der Schnelle Brüter zehn Jahre früher oder später eingeführt wird. Wir verbrauchen in zehn Jahren mindestens 10 Mio Tonnen Natur-Uran; sollten wir uns durch Hin- und Herreden um weitere zehn Jahre bringen, werden wir 20, 30 oder 40 Mio Tonnen Natur-Uran verbrauchen. Und dabei sprechen wir alle davon, daß die Ressourcen geschont werden müßten.

Sechstens: Ich kenne keine Alternativen im Jahre 2000, Sir Brian.

Schill

Auch ich bin der Ansicht, daß die gegenwärtige pauschale Identifikation von Kernenergie und Elektrizität nicht für alle Zukunft gelten kann. Diese Gleichsetzung führt leicht auch zu falschen Schlußfolgerungen für die Energiepolitik. So wird zuweilen propagiert, daß intensives Stromsparen, insbesondere im Haushalt, die Kernenergie und ihre Weiterentwicklung überflüssig machen würde. Dabei wird einmal übersehen, daß hierdurch der Weg zur nuklearen Prozeßwärme, die besonders für unsere Kohleveredelung wichtig ist, abgeschnitten würde. Auch die Einsparpotentiale werden überschätzt und soziale Konsequenzen außer acht gelassen.

Flowers

Von dem großen Schnellen Brüter, der zur Zeit in England arbeitet, weiß ich sehr gut, daß er einwandfrei funktioniert und in vielen Hinsichten ein ausgesprochen sicherer Reaktor ist. Trotzdem ist es bei dem Schnellen Brüter des Typs, den wir heute kennen, prinzipiell möglich, daß ein Unfall eintritt mit der Folge, daß das Kühlsystem ausfällt und der Kernbrennstoff einen kritischeren Zustand erreicht als vorher. Dies ist ein sehr unwahrscheinliches Ereignis, aber es kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht völlig ausgeschlossen werden.

Falls es eintreten sollte, wäre das Resultat eine uneffiziente Kernexplosion. Das heißt nicht, daß der Reaktor wie eine Atombombe in die Luft fliegt; es bedeutet lediglich eine nukleare Exkursion, bei der eine bestimmte Energiemenge frei wird. In einem solchen Fall kann man nicht sicher sein, daß der Druckbehälter standhält. Wenn der Druckbehälter jedoch zerbirst, dann werden auf jeden Fall große Mengen von Radioaktivität frei. Davon bin ich vorhin ausgegangen. Ich betone noch einmal, daß dies ein äußerst unwahrscheinliches Ereignis ist. Möglicherweise ließe sich sagen, daß es überhaupt nicht passieren kann, aber ich glaube nicht, daß wir dies ganz ausschließen können. Deshalb müssen wir uns zum gegenwärtigen Zeitpunkt diese Möglichkeit nach wie vor Augen halten.

Was die Proliferation angeht, so habe ich keineswegs darüber gesprochen, Herr Häfele, was der Atomsperrvertrag zuläßt. Ich habe nicht gesagt, was legal, sondern was klug wäre.

Häfele

Die Freisetzung von Energie im Falle einer nuklearen Explosion, wie Sie sie bezeichnen, beträgt weniger als 200 Megawatt/sec. Diesen Druck hält ein Stahltank aus.

von Ehrenstein

Nach anderen Berechnungen kann die Explosionsenergie auch 100mal so groß sein.

Häfele

Nein.

Schneider

Das ist es, was ich befürchtet hatte: Wir Nichtexperten werden jetzt in die schwierige Situation gebracht, zu urteilen. Wir können diese Aussagen im Augenblick nur zur Kenntnis nehmen.

Freiherr von Weizsäcker

Das ist die Wirklichkeit.

Schneider

Genau in dieser Situation befindet sich die Öffentlichkeit, die von verschiedenen Seiten unterschiedliche Aussagen erhält. Sie muß sich ihr eigenes Bild machen. Wie kann sie das? Experten vertrauen? Aber welchen?

Brunner

Sir Brian, welche konkreten Folgerungen ziehen Sie aus den Gefahren, die Sie erwähnt haben, für die Fortentwicklung des Brüters? Lassen sich die jetzt laufenden Arbeiten terminieren? Hat das Auswirkungen auf die anzuwendende Technik?

Flowers

Unter den Sicherheitsexperten für Schnelle Brutreaktoren, die ich kenne, ist die Auffassung verbreitet, daß weitere vier oder fünf Jahre Forschungsarbeit und der Betrieb von Schnellen Brütern, wie sie jetzt schon arbeiten, etwa unser Prototyp in Schottland, sowie die Gewinnung von Erfahrungen mit der Auslegung der nächsten, größeren Generation der Schnellen Brüter, ausreichen können, um die Sicherheitsprobleme zu lösen. Aus diesem Grund erscheinen mir Schritte zum Bau weiterer Schneller Brüter in den nächsten Jahren durchaus wünschenswert. Dabei sollte es aber das Ziel sein, klarzustellen, ob diese Technologie gegen Ende dieses Jahrhunderts akzeptabel ist oder nicht, das heißt dann, wenn sie benötigt wird. In diesem Falle müßte die Entscheidung, einen Prototyp im großen Maßstab zu bauen, innerhalb der nächsten fünf Jahre fallen.

Deshalb lautet meine Antwort an Herrn Brunner im Hinblick sowohl auf Großbritannien wie auf die Bundesrepublik: Wir sollten unsere gegenwärtigen Prototyp-Reaktoren soviel wie möglich in Betrieb nehmen und sie unter unterschiedlichen Bedingungen arbeiten lassen, wobei wir dicht an Unfallmöglichkeiten herangehen müßten, um diese studieren zu können. Zugleich gilt es, an der Auslegung der nächsten Stufe zu arbeiten, weil man nur dabei lernen kann, wie mit den Risiken umzugehen ist. Vielleicht kann man dann in drei Jahren entscheiden, ob man mit dem Prototyp im Großmaßstab fortfahren will. Aber ich betone ausdrücklich, daß man nach meiner Meinung im Jahre 1977 nicht davon ausgehen kann, daß im Jahre 2000 ein erfolgreiches Ergebnis steht.

Häfele

Das tun wir ohnehin; insofern sprechen wir über den gleichen Zeitraum.

Flowers

Es macht jedoch einen großen Unterschied, ob Sie von einem erfolgreichen Ergebnis ausgehen oder nicht. Davon hängt nämlich ab, ob Sie sich auf Alternativen einstellen oder nicht.

Häfele

Sir Brian, es scheint mir eine Frage intellektueller Redlichkeit zu sein, zuzugeben, daß im Laufe einer technischen Entwicklung die Situation eintreten kann, bei der man diese Entwicklung unterbrechen und ändern muß. Dies gilt nicht nur für den Schnellen Brüter, es gilt für nahezu jede technologische Entwicklung, die man redlich und verantwortungsvoll verfolgt.

Flowers

Ich stimme Ihnen zu; aber die Situation sollte sich nicht wiederholen, daß wir uns auf gewöhnliche Reaktoren eingelassen haben, weil wir annahmen, 25 Jahre später würde es keine Alternative geben.

Freiherr von Weizsäcker

Wenn ich die Gefahren der Kernenergie diskutiere, dann unterstelle ich, daß unser Energiebedarf so groß sein wird, daß wir auf die Verwendung von Kernenergie nicht verzichten werden. Denn stünde fest, daß wir auch ohne Kernenergie auskommen würden, dann wären die damit verbundenen Gefahren zu groß, um sie zu akzeptieren. Ich teile jedoch die überwiegende Expertenmeinung, daß uns ohne den Einsatz von Kernenergie nicht so viel Energie zur Verfügung steht, als nachgefragt werden wird. Unter diesen Umständen halte ich es für möglich, die Gefahren einzugehen

Lassen Sie mich jetzt die Gefahrenmomente im einzelnen untersuchen. Erster Punkt: Terrorismus. Es ist sicher nicht auszuschließen, daß Terroristen versuchen könnten, sich eines Reaktors zu bemächtigen. Da Reaktoren und Terroristen gegenwärtig die neuralgischsten Punkte in unserer Gesellschaft darstellen, müßte ein Zusammentreffen der beiden unvorhersehbare psychische Reaktionen der Öffentlichkeit zur Folge haben. Nach den Gesprächen mit Sachverständigen habe ich aber den Eindruck gewonnen, daß die Reaktoren gegen terroristische Besetzungen recht gut geschützt sind. Für eine Terroristengruppe, die auf eine große Wirkung aus ist, gibt es eine ganze Anzahl anderer Objekte, die sehr viel leichter zugänglich sind als Reaktoren. Das beweist natürlich nicht, daß sie es nicht auch einmal mit einem Reaktor probieren werden.

Der Schaden, den Terroristen anrichten könnten, dürfte etwa dem entsprechen, was Sir Brian als den größten wahrscheinlichen technischen Unfall geschildert hat. Mit anderen Worten, es handelt sich um eine überschaubare, begrenzte, wenn auch durchaus vorhandene Gefahr.

In diesem Zusammenhang wird dann häufig als Argument angeführt, der Schutz dieser Reaktoren mache einen Polizeiaufwand nötig, der unsere Gesellschaft auf dem Weg zum sogenannten Polizeistaat vorantreibt, was wir nicht wünschen können. Dieses Argument beeindruckt mich überhaupt nicht. Denn das Problem eines Polizeistaates stellt sich völlig unabhängig von den Reaktoren. Wir brauchen ohnehin eine Polizei, die technische Einrichtungen schützt. Ihre quantitative Zunahme ist für mich kein entscheidendes Argument, sondern die Verwendung, die unsere Gesellschaft von ihnen zu machen willens ist. Aber ich weiß, daß andere Leute anders darüber denken.

Wie sieht es im Fall eines Krieges aus? Es heißt mitunter: In einem Krieg werde ohnehin alles zerstört und radioaktiv verseucht, da machen dann die Reaktoren auch nicht mehr viel aus. Dieses Argument stimmt möglicherweise für die Vereinigten Staaten, für die ein Krieg, der ihr Land betrifft, nur als nuklearer Krieg vorstellbar ist. Betrachtet man indes die Nato-Strategie der flexiblen Reaktion, so sind

dort sehr wohl Kampfhandlungen ohne den Einsatz von Kernwaffen denkbar, zumindest ohne den Einsatz von großen Kernwaffen. Unter dieser Voraussetzung ist zu prüfen, ob Reaktoren die Gefahr für das Land erhöhen. Ich komme auch hier, freilich nicht mühelos, zu dem Schluß, daß die Gefahr sich vermutlich nicht in dem Maße erhöhen wird, daß man deshalb auf Reaktoren verzichten müßte.

Mein Hauptargument ist: Ich kann mir keine rationale Strategie einer der beiden Seiten vorstellen, die einen Gewinn darin sehen könnte, absichtlich Reaktoren zu zerstören. Auf der anderen Seite muß ich jedoch zugeben, daß Kriege, wenn sie länger geführt werden, die Tendenz haben, immer irrationaler zu werden. Ich kann also nicht eine Situation ausschließen, wo eine Seite sozusagen als letzten Clou noch eine Anzahl von Reaktoren zerstört. Dagegen gibt es keine Garantie. Nun laufen wir im Falle eines Krieges ohnehin ein

Risiko, das niemand von uns voll abschätzen kann. Dieses Risiko wird - so wage ich zu sagen - durch die Existenz von Reaktoren nicht so sehr erhöht, daß man deshalb auf sie verzichten muß, wenn man aus anderen Gründen überzeugt ist, daß man sie braucht.

Schließlich komme ich zum Proliferationsproblem. Können Terroristen Plutonium entwenden und daraus Atomwaffen herstellen? Das ist sicher möglich. Wir sollten aber wohl diese Gefahr nicht überschätzen. Terroristen haben viele andere Möglichkeiten, und der Umgang mit Plutonium ist auch für Terroristen schwierig und gefährlich. Ich würde es freilich begrüßen, wenn sich der Umlauf von Plutonium stark reduzierte, aber dies sehe ich als ein quantitatives Argument an, das neben anderen quantitativen Argumenten zu bedenken ist.

Für die schwierigste Problematik halte ich die Proliferation der Kernwaffen an Staaten, und die ist im Grunde, da stimme ich Sir Brian und Herrn Häfele zu, gar nicht zu verhindern. Es kommt darauf an, in welchem Tempo und in welchen Formen sie vor sich geht. Wenn ein Staat über Kernwaffen verfügt, so wird dadurch immer irgendein Nachbar motiviert, sich auch welche zu beschaffen. Dieses System war in den vergangenen 30 Jahren wirksam. Amerika wurde durch die Angst vor den Deutschen motiviert, Rußland durch die Angst vor Amerika, China durch die Angst vor Rußland, Indien durch die Angst vor China. Diese Kette wird natürlich bei Indien nicht aufhören.

Ich stimme ebenfalls zu, daß die Möglichkeit, solche Waffen zu bauen, von der Lieferung friedlicher Techniken überhaupt nicht abhängt. Aber es ist natürlich aus diplomatischen Gründen sehr viel angenehmer, über eine friedliche Technik zu verfügen und sich dort das notwendige Material für den Bau von Atomwaffen zu besorgen. Jedenfalls ist die Gefahr, die mit der Lieferung friedlicher Kerntechnik verbunden ist, nicht als Null anzusehen.

Ich habe in den letzten Monaten in vielen Gesprächen mit amerikanischen Kollegen stets die Meinung vertreten, daß man das Verhalten der Bundesrepublik in bezug auf das Brasiliengeschäft rechtfertigen kann. Es geht nicht darum, daß ich dies etwa für völlig gefahrlos hielte, aber mich überzeugt die von amerikanischer Seite für dieses Problem angebotene Lösung nicht. Man wird eine internationale Obereinkunft anstreben müssen, die nicht dadurch erleichtert wird, daß man bei den Empfängerländern den Eindruck erweckt, man wolle sie gleichsam mit Gewalt von einem Privileg fernhalten, das andere besitzen. Dieses ist mehr ein diplomatisches Problem.

Nehme ich die verschiedenen Punkte, die ich hier diskutiert habe, zusammen, so komme ich für mich zu folgendem Ergebnis: Alle diese Argumente scheinen mir nicht hinreichend, um einen Verzicht auf die Kernenergie auszusprechen; dennoch enthält jedes dieser Argumente; ein Element großer Beunruhigung.

Narjes

Was halten Sie von völkerrechtlichen Verträgen, die ein Verbot von Kampfhandlungen gegen Atomreaktoren zum Inhalt haben - ähnlich dem Verbot von Giftkreuz im Zweiten Weltkrieg?

Freiherr von Weizsäcker

Ich halte das durchaus für sinnvoll. Da sehe ich beispielsweise auch einen entscheidenden Unterschied zu einem Verbot von Kernwaffen. So sind die chemischen Waffen im Zweiten Weltkrieg unter anderem deshalb nicht eingesetzt worden, weil sie nicht kriegsentscheidend waren. Dagegen dürften Kernwaffen kriegsentscheidend sein, weshalb ein Verbot sicher nicht ausreichen wird. Aber ein Angriff auf Kernreaktoren wäre vermutlich auch nicht kriegsentscheidend. Deshalb sehe ich hier eine Chance für Verträge.

Hildenbrand

Ein solcher Angriff ist schon verboten.

Flowers

Mit dem, was Herr von Weizsäcker gesagt hat, stimme ich überein. Sicher, die verschiedenen Punkte, die uns besorgt sein lassen, wie Terrorismus, Proliferation und so weiter, sind kein entscheidender Einwand gegen eine vorsichtige und behutsame Entwicklung der Kernenergie, aber sie verursachen uns sehr heftige Kopfschmerzen. Und darum sollten wir Präsident Carters Initiative gutheißen; denn offenbar waren unsere eigenen Kopfschmerzen noch nicht stark genug, bevor Präsident Carter seine nukleare Politik initiierte. Er mag in einigen Details unrecht gehabt haben, aber ich glaube, daß er im Prinzip richtig gehandelt hat.

Einige Leute in meinem Land fühlen sich indigniert, wenn jemand über Terrorismus und Kernenergie spricht. Der Grund liegt darin, daß diese Leute die englische Atomindustrie aufbauen. Sie vertrauen sich gegenseitig; ich traue ihnen auch. Aber es genügt nicht, sich auf die eigene Industrie zu verlassen; denn diese Art von Terrorismus ist ihrem Wesen nach international. Wie der Ford Foundation Report sagt: Man kann nukleares Material in einem Land stehlen, man kann daraus in einem zweiten Land einen unangenehmen Gegenstand fabrizieren, und man kann diesen in einem dritten Land verwenden. Genauso geschieht es übrigens mit Heroin, das eine andere gefährliche Substanz ist.

von Ehrenstein

Wie ist die Wirksamkeit von Atomwaffen zu beurteilen, die mit Reaktorplutonium gezündet werden? Das hängt wesentlich von der Art der in diesen Waffen verwendeten Schießtechnik ab. Wenn man von der modernsten Schießtechnik ausgeht, die bisher nur Staaten oder allenfalls subnationalen Gruppen zugänglich sein dürfte, dann kommt man auch bei Verwendung von Reaktorplutonium in die sehr alarmierende Größenordnung von einigen Kilotonnen Trinitrotoluol (TNT). Zum Vergleich: In Hiroshima und Nagasaki betrug die Sprengkraft der Atombomben 10 oder 20 Kilotonnen TNT.

Um solche Waffen herzustellen, sind allerdings einige Vorbereitungen nötig. Nach Aussagen von Gilinsky, einem Mitglied der Nuclear Regulatory Commission, benötigt man nach diesen Vorbereitungen nur einige Tage, um das Plutonium das aus einer Wiederaufbereitungsanlage stammt, in die entsprechenden Waffen einzubauen. Anderen Informationen zufolge reichen dafür ein paar Stunden aus. Gilinsky hat weiter darauf hingewiesen, daß Reaktorplutonium sowohl in metallischer als auch in oxydischer Form für solche Zwecke verwendet werden kann.

Ich gehe davon aus, daß die Terroristen heute nicht an die modernste Schießtechnik herankommen werden und die Wirksamkeit ihrer Waffen deshalb nur in der Größenordnung von einigen Dutzend Tonnen und nicht von einigen Kilotonnen TNT liegen wird. Sie kann aber aufgrund der Unsicherheit des nuklearen Explosionsvorganges - je nachdem, wieviele Anteile von Plutonium 240 und 241 gemischt sind - aber auch einige hundert Tonnen TNT ausmachen. Es ist im vorhinein nicht genau zu sagen, wie der spezielle, auf einer statistischen Erwartung beruhende Vorgang beim Auslösen der Explosion ablaufen wird.

Es könnte also immerhin eine Waffe gebaut werden, die noch in einem Lastwagen zu transportieren ist, was mit 30, 50 oder gar 100 Tonnen TNT nicht möglich wäre. Diese Sprengkraft würde zwar nicht ausreichen, mittlere Städte oder Stadtteile von Großstädten, aber doch ganze Straßenzüge zu vernichten. Gestrigen Presseberichten zufolge, sind in Süd-Korea bei einem Eisenbahnunglück 30 Tonnen normales Dynamit, das in seiner Sprengkraft etwa dem TNT vergleichbar ist, explodiert. Die Explosion riß einen Krater von 30 Metern im Durchmesser auf, im Umkreis von 1000 Metern wurden Häuser zerstört, es gab etwa 50 Tote. Das mag eine Vorstellung der Explosionskraft von 30 Tonnen chemischen Sprengstoffes geben.

Wichtig erscheint mir der Hinweis, gerade im Hinblick auf einen terroristischen Mißbrauch, daß das Reaktorplutonium pro Gewichtseinheit etwa fünfmal radiotoxischer ist als das Waffenplutonium. Sollte die Reaktion bei einer Bombe mit einer Wirkung von nur einigen Dutzend Tonnen TNT aus irgendeinem Grunde nicht nuklear vor sich gehen, so findet im Falle einer konventionellen Explosion dennoch eine sehr wirksame Zerstäubung des Plutoniums statt, das für die lokale Umgebung somit eine zusätzliche Gefahr darstellt.

Die entscheidende Frage ist, wie lange es dauern wird, bis die modernste heutige Schießtechnik auch terroristischen Gruppen zugänglich ist. Dazu lassen sich keine genauen Angaben machen - dauert es ein Jahr, zehn Jahre oder länger? Völlig ausschließen läßt es sich jedenfalls nicht.

Nun ist es sicher richtig, wenn gesagt wird, daß sich die Terroristen jederzeit "einfachere Objekte" für ihre schrecklichen Zwecke aussuchen könnten. Denken wir nur an Anlagen der chemischen Industrie oder an die Drohung, einen Staudamm zu zerstören. Zweifellos könnten Terroristen in beiden Fällen verheerende Schäden anrichten. Dennoch ist das Moment der Erpressung bei der Besetzung eines Atomkraftwerkes oder der Drohung mit einer atomaren Waffe sehr viel prekärer. Während die Besetzung eines Staudammes offenkundig ist und man gezielte Gegenmaßnahmen einleiten kann, läßt sich eine relativ kleine Bombe in irgendeiner Stadt verstecken. Auch bei der Besetzung eines Kernkraftwerkes dürften Gegenmaßnahmen sehr viel schwieriger sein und den Erpressern eine ausreichende Zeitspanne geben, in der sie ihre Ziele durchsetzen können.

Herr von Weizsäcker geht davon aus, daß bei einem Supergau die von Sir Brian genannten Schäden eintreten. Dazu möchte ich anmerken: Wenn technisch versierte Terroristen mit dem Ziel vorgehen, den Schaden zu maximieren, dann, fürchte ich, werden die Verluste größer sein.

Schließlich kann der Atomsperrvertrag durch die zivile Ausnutzung der Kernenergie ausgehöhlt werden. Zumindest stellt die zivile Kernindustrie einen sehr guten Rauchvorhang dar, um militärischen Mißbrauch dahinter zu verstecken.

Beckurts

Noch bis vor wenigen Wochen haben die Kritiker der Kernenergie als das eigentliche Gespenst des Plutoniums die Gefahr eines Polizeistaates an die Wand gemalt. Jetzt haben sie umgeschwenkt und stellen den Terrorismus in den Vordergrund.

Lassen Sie mich eines ganz deutlich sagen: Wenn in der Bundesrepublik Terroristengruppen auftreten sollten, die eine derartige technische Qualifikation aufweisen, wie Herr von Ehrenstein sie unterstellt, dann könnte diese Bundesrepublik aus einer Reihe von Gründen überhaupt nicht mehr bestehen. Terroristen mit einer solchen technischen Qualifikation könnten auch mit einfachen Zentrifugen oder anderen Mitteln in den Besitz von Kernwaffen gelangen. Sehr viel direkter wäre es allerdings, wenn sie versuchten, einige der vielen tausend in der Bundesrepublik umherlagernden Kernwaffen in ihre Hand zu bringen.

Selbstverständlich müssen wir alles spaltbare Material sorgfältig sichern. Ich weise darauf hin, daß die Zahl der Stellen in der Bundesrepublik, an denen wir mit diesem Material umgehen werden, außerordentlich klein sein wird, so daß gute Kontrollmöglichkeiten bestehen.

Hildenbrand

Es ist eine weit verbreitete Argumentation, die Sir Brian vorgetragen hat. Hätten wir, so heißt es, vor 20 Jahren nicht mit der Kernenergie begonnen, sondern unseren Geist gleich auf Alternativen eingestellt, so brauchten wir uns heute nicht mit der Kernenergie zu beschäftigen. Das gleiche gefährliche Argument kehrt beim Brüter wieder. Aber: Wenn wir nicht mit dem Brüter beginnen, vertun wir die Chance einer langfristigen Nutzung der Spaltenergie. Die Uranvorräte für die Leichtwasserreaktoren sind schließlich nicht unendlich groß.

In dieser Hinsicht unterstreiche ich, was Herr Häfele deutlich gesagt hat: Wir bauen nicht deshalb Kernkraftwerke, weil wir kein Geld oder keine Lust hatten, nach Alternativen Ausschau zu halten, sondern weil Kernkraftwerke unter den gegebenen Marktprinzipien diejenigen Systeme waren, mit denen man zu der Zeit, als man sie einführte, wirtschaftlich Energie erzeugen konnte. Das gleiche gilt für den Brüter. Er wird dann eingeführt, wenn er sicherheitstechnisch akzeptierbar ist und darüber hinaus den Wirtschaftlichkeitsvergleich zu den Wasserreaktoren bestehen kann. Dies sind die Gesichtspunkte, nach denen Energieerzeugungssysteme legitim entwickelt werden.

Nun zu der Frage der alternativen Lösungen. Wie Sie wissen, hat das Bundesministerium für Forschung und Technologie die Mittel für nicht-konventionelle und nicht-nukleare Energiequellen beträchtlich erhöht. Dennoch müssen wir hier in jedem Fall einen Zeitraum von 30 bis 40 Jahren annehmen, bis solche Systeme überhaupt eine nennenswerte Bedeutung für die Energieerzeugung gewinnen können. Das muß man sich immer deutlich vor Augen halten, wenn man von Alternativenergien spricht.

Wir brauchen nicht über Zahlen zu reden, wenn klar ist, daß die bestehenden Alternativen und Optionen gerade ausreichen, um überhaupt über die Runden zu kommen - ob die Prognosen nun unsicher sind oder nicht. Wir müssen uns allerdings die Frage stellen, ob wir es uns leisten können, ganze Systeme außer Betracht zu lassen. Und da bin ich entschieden der Meinung, daß wir heute alle verfügbaren Systeme einsetzen müssen. Gottseidank brauchen wir das nicht um einen

unverantwortbaren Preis im Sinne von Umweltsicherheit und Akzeptanz zu tun, wie die Diskussion um die Frage der Sicherheit gezeigt hat.

Es ist nun der Eindruck entstanden, daß die Plutoniumökonomie eine Voraussetzung für den Brüter sei. Das soll nicht bestritten werden. Auf der anderen Seite benötigen wir die sogenannte Plutoniumökonomie aber auch für eine vernünftige Entsorgung der Wasserreaktoren, damit die abgebrannten Brennelemente im Sinne des Umweltschutzes adäquat aufgearbeitet werden können. Wir müssen die Brennelemente so entsorgen, daß sie nach ihren spezifischen Bestandteilen aufgeteilt besonders behandelt werden können.

Sicher, Sir Brian, wir besitzen gegenwärtig keine Lösung, um die Brennelemente langfristig zu lagern. Nach dem, was wir heute wissen, können sie über 20, 30 Jahre gekühlt eingelagert werden, ohne daß man etwas mit ihnen anstellt. Das ist jedoch keine Dauerlösung; diese erhält man erst, wenn man die Brennelemente spezifisch behandelt, grob vereinfacht gesagt, sie aufarbeitet und nach der Natur der enthaltenen radioaktiven Substanzen selektiert. Das heißt, diejenigen radioaktiven Stoffe, nämlich die Spaltprodukte, die eine durchschnittliche Halbwertszeit von 30 Jahren haben und somit innerhalb von 600 bis 1000 Jahren weitgehend abgeklungen sind, müssen von solchen radioaktiven Stoffen wie Plutonium und gegebenenfalls den Aktiniden getrennt werden. Plutonium zum Beispiel hat eine Halbwertszeit von über 20 000 Jahren. Da ist es mit Liegenlassen und Einlagerung nicht getan. Nach 600 Jahren ist ein solches Lager von Uranbrennelementen zu einem reinen Plutonium-Bergwerk geworden, das auch nicht mehr durch die Eigenstrahlung der eingelagerten Spaltprodukte hinreichend geschützt ist - um dies im Sinn der Proliferation zu sagen.

Deshalb entsorgen wir, indem wir aufteilen; danach können wir das Plutonium in optimaler Weise verwenden. Solange wir keinen Brüter haben, stecken wir es in die Leichtwasserreaktoren zurück. Die Verarbeitung zu neuen Brennelementen geschieht dort, wo die alten Brennelemente aufgearbeitet werden. Es wird auf diesem Wege jeweils nur ein Minimum an Plutonium überhaupt frei zugänglich und dies nur innerhalb eines geschlossenen, kontrollierten, bewachten und geschützten Verarbeitungszentrums, des Deutschen Entsorgungszentrums. In den Brennelementen ist das Plutonium in so geringer Anreicherung vorhanden, daß ihr Transport zum Kernkraftwerk kein Gefahrenpotential im Sinne der Proliferation darstellt.

Zum Thema Proliferation eine Ergänzung. Es ist richtig, Herr von Ehrenstein, daß man auch mit Reaktorplutonium einen Kernsprengkörper bauen kann, zwar keine strategische Waffe, aber in der Größenordnung von einigen Zehn-Kilotonnen. Dafür ist aber ein enorm hoher technischer Aufwand im Hinblick auf die Zusammenführungsgeschwindigkeit notwendig. Das sind Größenordnungen von einigen 1000 m/sec., um solches Material zur Explosion zu bringen. Im Vergleich dazu: 700 m/sec. ist die Geschwindigkeit einer modernen Haubitze.

Es ist also nicht möglich, mit primitiven Methoden aus Reaktorplutonium einen Sprengkörper herzustellen. Der technische Aufwand, der dafür nötig wäre, übersteigt sicher die Möglichkeiten von Terroristen. Zudem stehen Terroristen zahlreiche Alternativen offen, bei denen sie auch für sich selbst ein unvergleichlich kleineres Risiko eingehen als beim Umgang mit Plutonium. Deshalb ist die Annahme, daß Terroristen diesen Weg wählen, vollkommen überzogen.

Das veranlaßt mich, Ihnen eine sehr persönliche Frage zu stellen, Herr von Ehrenstein: Sind Sie selbst wirklich von der Warnung überzeugt, die Sie hier aussprechen? Steckt dahinter nicht doch die Absicht, bei Menschen, die sich mit dieser Materie nicht so genau auskennen, Angst zu erzeugen? Denn einige Ihrer Argumente sind mir absolut unerklärlich, wenn es allein um die sachliche Besorgtheit ginge. Was ist aber dann Ihr Motiv?

Ein konkretes Beispiel: Es ist völlig belanglos, ob Herr Gilinsky oder die Amerikaner festgestellt haben, daß es mit Oxyd genauso gut funktioniert wie mit Metall. Das weiß man seit vielen Jahren. Nimmt man die 1,5fache Menge, läßt sich mit Oxyd das gleiche bewirken wie mit Metall, ganz abgesehen davon, daß der Weg vom Metall zu Oxyd ohnehin das kleinste der genannten Probleme ist, um zu einem Atomsprengkörper zu kommen. Ein solches Beispiel läßt mich irgendwie an der Logik zweifeln. Wollen Sie den Menschen nicht doch Angst machen? Oder ist das, was Sie sagen, Ihre feste Überzeugung?

Für mich ist diese Frage außerordentlich wichtig; denn schließlich geht es nicht darum, die Kernenergie für akzeptabel zu halten, weil man sie als notwendiges Übel braucht, sondern weil man glaubt, mit ihr sicher leben zu können. Dann stellt es für uns alle ein schwerwiegendes Problem dar, wenn Physiker wie Herr von Ehrenstein, die auf ihrem Gebiet zweifellos erfahrene Fachleute sind, mit Argumenten der Angst operieren, die der Mann auf der Straße nur noch glauben kann. Damit wird aber der Weg einer vernünftigen Sachargumentation, den ich hier aufzuzeigen versuchte, nahezu

verbaut. Deshalb ist es von erheblicher Bedeutung, wie diese Dinge von den Experten in der Öffentlichkeit dargestellt werden.

Herr von Weizsäcker hat das Problem genannt: Wie kann man Vertrauen herstellen? Die Menschen zu überzeugen, ist letztlich gar nicht möglich. Die Frage ist vielmehr: Wieweit hat die Öffentlichkeit zu den Repräsentanten dieser Energietechnik das nötige Vertrauen, daß sie in voller Verantwortlichkeit handeln?

Schneider

Die Frage der Verantwortlichkeit von Experten bei der Klärung des Gesamtproblems ist in der Tat ein äußerst wichtiger Punkt.

von Ehrenstein

Zunächst: Das Plutoniumoxyd habe ich erwähnt, um zu zeigen, daß man sich diesen Schritt auch noch sparen kann. Damit verkürzt sich wiederum die Zeit für die Ausführung einer terroristischen Aktion.

Sie fragen mich, Herr Hildenbrand, ob ich solche Beispiele vorbringe, um Angst zu erzeugen, oder ob ich selbst von der Wichtigkeit meiner Aussage überzeugt sei. Dazu nur so viel: Die Menge an Plutonium, die im Jahr 2000 bei den wahrscheinlichen Ausbauraten bereits in den heutigen Leichtwasserreaktoren in den Industriestaaten anfallen werden, sind so erheblich, daß man damit pro Jahr 100000 Atombomben einer groben Version des Nagasaki-Typs - mit den von Ihnen genannten Schwierigkeiten - herstellen könnte. Diese Zahl ist in der Tat alarmierend und macht mir Angst. Sie stammt übrigens nicht von mir. Auch Präsident Carter benutzt sie in seiner Argumentation. Wenn aus dieser Besorgnis heraus der Wunsch entsteht, das damit verbundene Problem noch einmal grundsätzlich zu diskutieren, dann bitte ich, dafür Verständnis zu haben.

Ich erinnere daran, daß noch vor einem oder 11A Jahren - Herr Beckurts weiß das, wir hatten damals eine Fernsehdiskussion darüber - behauptet beziehungsweise der Eindruck erweckt wurde, man könne aus Reaktorplutonium überhaupt keine Bomben mit einer stärkeren Sprengwirkung im Vergleich zu konventionellen Waffen bauen. Herr Münch, der Leiter eines Institutes in Jülich, hat dies in einer Veröffentlichung dargelegt. Es hieß, wegen der hohen Prozentzahlen der anderen Plutoniumisotope könne man keine wirksamen Kernwaffen mit einer Sprengkraft oberhalb konventioneller Waffen daraus herstellen. Ich dagegen glaubte aufgrund einer einfachen Rechnung aussagen zu müssen, daß das eben doch möglich sei, was dann kurz darauf in Veröffentlichungen belegt wurde. Da müssen doch Zweifel in die Glaubwürdigkeit entstehen, wenn bis vor 1¹/₂ bis zwei Jahren noch geleugnet wurde, daß Reaktorplutonium überhaupt zu Waffenzwecken mißbraucht werden könnte. Heute wird dieser mögliche Mißbrauch von niemandem mehr bestritten. Die Besorgnis ist, daß sich solche Fehleinschätzungen wie beim Plutonium auch auf anderen Gebieten wiederholen und dies unbemerkt bleibt. Diese Besorgnis hege ich weiterhin.

Freiherr von Weizsäcker

Ich habe mich mit Fachleuten, die die Reaktoren für schlechthin notwendig, und solchen, die sie für äußerst gefährlich halten, sehr lange unterhalten. Ich kann deshalb feststellen, daß auf beiden Seiten die Besorgnis echt ist, wenn das, was jeweils für notwendig gehalten wird, nicht geschieht. Auf beiden Seiten sind ab und zu falsche Argumente gebraucht worden. Natürlich sind die Hemmungen gegen Argumente, die für die eigene Seite sprechen, psychologisch immer etwas geringer als die Hemmungen gegen Argumente der Gegenseite. Ich halte es deshalb für zweckmäßig, daß solche Vorwürfe nicht einmal in Form von Fragen vorgebracht werden, Herr Hildenbrand.

Flowers

Ich glaube, Herr Häfele und ich sind gar nicht so weit voneinander entfernt, trotz der Schärfe unserer anfänglichen Auseinandersetzung. Eines der Probleme ist durch die Windscale-Befragung deutlich geworden, die übrigens sehr umfassend gewesen ist. Jeder, der über die Ausweitung von Wiederaufbereitungsanlagen Beweise erbringen will, ist damit in die Lage versetzt, dies zu tun.

Herr Beckurts hat darauf hingewiesen, daß die Kernkraftgegner ständig ihre Argumentationsbasis ändern. Das ist in der Tat der Fall. Einige der Schwierigkeiten werden dadurch verursacht, daß die Diskussion gleichzeitig auf zwei Ebenen verläuft. Erstens gibt es die Diskussion über wirkliche Sachfragen, wie Reaktorsicherheit, Proliferation und so weiter, so wie wir sie hier führen. Dabei handelt es sich um Tatsachen, selbst wenn unsere Auffassungen darüber auseinandergehen. Und

wenn Herr Ueberhorst wissen möchte, ob Politiker von uns Rat bekommen können, dann ist meine Antwort: In diesem Bereich diskutieren wir über Tatsachen; wir kommen allmählich zu einem Konsens, aber das braucht natürlich Zeit. Dazu dienen auch solche Gespräche wie hier. Natürlich wird der Konsens stets unvollkommen sein, aber er läßt sich weiter verbessern, so wie die Industrie sich immer mehr verbessert.

Es gibt aber eine zweite Diskussionsebene, und die ist es, die die Menschen beunruhigt. Dabei geht es einmal um die biologischen, insbesondere um die genetischen Folgen der radioaktiven Strahlung, seien sie nun real oder nur eingebildet. Zweitens ängstigen sich die Menschen sehr stark vor der zunehmenden Industrialisierung der Gesellschaft im Großmaßstab. Von diesen beiden Dingen sind sie weit mehr betroffen als von Fragen der Reaktorsicherheit und der Proliferation, über die wir hier diskutieren.

Mir scheint deshalb die Gefahr zu bestehen, daß sich die Experten sozusagen nicht mit den Dingen befassen, die die Öffentlichkeit am meisten berühren. Wir müssen mehr den normalen Menschen zuhören, um zu verstehen, warum die Kernkraft so unbeliebt ist. Dies hat ganz einfache und wahrscheinlich ungerechtfertigte Gründe.

Häfele

Natürlich dürfen die Experten in diesem oder jenem Gebiet, sagen wir, bei dem Schnellen Brüter, nicht sich selbst überlassen werden. Wir haben deshalb in jedem unserer Länder Reaktorsicherheitskommissionen eingerichtet. Wir haben darüber hinaus kürzlich unabhängige Abteilungen geschaffen. Deutschland war dabei eines der ersten Länder. Im Gegensatz zu der Genehmigungspraxis für Schnelle Brüter in Großbritannien und in Frankreich haben wir in Deutschland freiwillig eine dreijährige Verzögerung akzeptiert. Wie Sie wissen, war ich dreizehn Jahre mit der Entwicklung der Schnellen Brutreaktoren beauftragt. Ich habe diese Verzögerung begrüßt, obwohl wir dadurch drei Jahre in unserem Wettbewerb mit den Franzosen verlieren und die Führung an die Franzosen übergeht. Ich halte es für eine gute Sache, wenn eine unabhängige Kommission wie die Reaktorsicherheitskommission eine unabhängige Beurteilung abgibt.

Und wir sollten nicht den Eindruck erwecken, daß der Schnelle Brüter in England, in Deutschland oder in Frankreich forciert worden ist aufgrund der Einseitigkeit seiner Erfinder. Das ist nicht der Fall. Mehr noch: Die Reaktorsicherheitskommissionen der drei Länder haben sich seit Jahren gegenseitig konsultiert und haben zusammengearbeitet, um sicherzustellen, daß es nicht nur die zweiseitige Stellungnahme von Reaktorsicherheitskommission und Konstrukteuren gibt, sondern auch eine von internationaler Seite.

Sie, Sir Brian, haben weder auf selten der Reaktorsicherheitskommission noch auf der des Konstruktionsteams des Schnellen Brüters gestanden. Sie haben eine neutrale Aussage gemacht, um die allgemeine Situation zu klären. Ich selbst habe jedoch drei Jahre meines Lebens damit verbracht, dies zu durchleben, weil die Kontrolle von so großer Bedeutung ist.

Flowers

Ich habe in der Tat weder in einem Konstruktionsteam noch in einem Kontrollgremium gearbeitet, aber ich habe sehr sorgfältig eine Stellungnahme zitiert, die Ich mit Leuten überprüft habe, die für die Sicherheit der Schnellen Brüter in meinem Land verantwortlich sind. Ich weiß, daß ich sie korrekt wiedergegeben habe.

Grossner

Was die stark differierenden Ansichten der Fachleute angeht, die wir auch in dieser Diskussion erleben, so möchte ich dazu ein Beispiel aus eigener praktischer Arbeit anführen. Wir erstellen zur Zeit mit einer Gruppe von internationalen Wissenschaftlern eine Analyse über die ökologischen, sicherheitstechnischen und ökonomischen Auswirkungen eines Entsorgungszentrums in Gorleben. Dafür haben wir in den letzten Wochen mit zahlreichen Experten gesprochen - unter anderem mit Mitarbeitern an der Ford-Mitre-Studie in den USA. Wir haben mit Genetikern, Mikrobiologen und Ökologie-Fachleuten diskutiert. Das Ergebnis war, daß die Auffassungen dieser Wissenschaftler, die zu den renommiertesten in der Welt gehören, außerordentlich große Unterschiede aufwiesen. Das hörte sich häufig so ähnlich an, wie wenn Sir Brian und Herr Häfele in der Beurteilung der Gefährlichkeit des Schnellen Brüters aufeinanderprallen.

Wir müssen auch in diesem Kreis zur Kenntnis nehmen, daß es auf dem Gebiet der Kernenergie in bestimmten Schlüsselbereichen völlig unterschiedliche wissenschaftliche Meinungen gibt. Was fehlt,

sind Kriterien, um überhaupt beurteilen zu können, welche Wissenschaftler - bei allen bona fide vorausgesetzt - nun recht haben. Deshalb ist auch die Diskussion in der Öffentlichkeit so schwierig.

Wenn aber schon in einem so kleinen Kreis wie hier die wissenschaftlichen Meinungen kontrovers sind und in ihrer eigentlichen Argumentation nicht mehr der Öffentlichkeit vermittelt werden können, dann entstehen Vertrauenskrisen gegenüber den traditionellen politischen Instanzen, den Parteien, den Regierungsstellen, auch gegenüber Firmen wie der Kraftwerkunion. Für Amerika könnte man ähnliche Beispiele nennen. Hier entsteht bei der Analyse der Kernenergie ein Krisenpotential - für andere Energieträger ließe sich ähnliches nachweisen;- , das möglicherweise politische Konsequenzen hat.

Welche Folgerungen sind aus dieser Analyse zu ziehen? Zunächst müßte in allgemeinverständlicher Sprache der Öffentlichkeit deutlich gemacht werden, daß es in bestimmten Bereichen unterschiedliche wissenschaftliche Kriterien gibt, die nicht mit irgendwelchen einmaligen Entscheidungen auf einen Nenner gebracht werden können. Dann geht es eben nicht mehr darum, sich zu einem bestimmten Zeitpunkt, sagen wir, für den Schnellen Brüter oder für ein Entsorgungszentrum zu entscheiden. Vielmehr käme es darauf an, die bislang festgeschriebenen forschungspolitischen Prozesse derart in einzelne Etappen aufzuteilen und durchsichtig zu machen, daß die Öffentlichkeit in die Lage versetzt wird, die verschiedenen Risiken, beispielsweise der traditionellen Kraftwerke gegenüber den Kernkraftwerken, abzuwägen. Auf diese Weise könnte dann auch die Legitimation für ein politisches System hergestellt werden.

Nun scheint in solchen gesellschaftlichen Schlüsselbereichen wie der Energieversorgung gerade auf nationaler Ebene eine ausgesprochene Glaubwürdigkeitslücke zu bestehen. Möglicherweise lassen sich Kriterien, die zur Entscheidung solcher Probleme nötig sind, eher auf der internationalen Ebene entwickeln. Ich denke dabei etwa an die Europäische Gemeinschaft in Brüssel, aber auch an die neue INFCE-Konferenz. Dabei müßten die kontroversen Meinungen zu diesen Schlüsselfragen systematisch aufgenommen werden. Es geht nicht an, daß man zu einem bestimmten Zeitpunkt eine Entscheidung fällt, die dann für 50, 100 oder 20 000 Jahre irreversible Tatbestände schafft, ohne daß die Bevölkerung überhaupt in der Lage ist, die Reichweite solcher technologischer und ökonomischer Entscheidungen zu beurteilen. Um diese Entscheidungsprozesse durchsichtig zu machen und die Risiken abschätzen zu können, reichen einmalige PR-Aktionen nicht aus. Dies kann nur in einem allmählichen Prozeß der Bewußtseinsbildung geschehen.

Was wir gegenwärtig vorleben ist, daß selbst in internen Zirkeln wie diesem hier völlig kontroverse wissenschaftliche Meinungen einander gegenüberstehen, die von den außenstehenden Politikern überhaupt nicht beurteilt werden können. Und dann werden politische Entscheidungen in einem einmaligen Entscheidungsprozeß einfach durchgeknüppelt. Wenn der Prozeß weiter so läuft, werden die politischen Krisenerscheinungen im sozialen System ständig zunehmen.

Maier-Leibnitz

Ich möchte mich zu der Frage wissenschaftlicher Erkenntnis äußern, die ja auch im Zusammenhang mit der Atomwissenschaft und ihrer Anwendung von grundsätzlicher Bedeutung ist. Um wissenschaftliche Erkenntnis zu erlangen, braucht der Wissenschaftler die volle Freiheit, damit er ungestört forschen kann und keinen Einflüssen von außen - beispielsweise durch politische oder gesellschaftliche Interessen - ausgesetzt ist. Ein Wissenschaftler, dem es um Erkenntnis geht, kann sich nicht gleichzeitig noch wie ein Politiker verhalten und bestimmte Interessen zur Geltung bringen wollen. Er hat offen zu sein für alle aus der Sache kommenden Einwände und muß jederzeit bereit sein, die Ergebnisse seiner Forschungen zur Diskussion und in Frage zu stellen. Nur auf diese Weise ist wissenschaftlicher Fortschritt möglich.

Deshalb bin ich der Meinung, daß Sir Brian, Herr Häfele, Herr Beckurts und ich, ausgehend von den Kenntnissen, die wir besitzen, ohne weiteres in den Fragen, die uns hier beschäftigen, zu einer Einigung gelangen würden, wenn wir genügend Zeit und Gelegenheit hätten, die strittigen Punkte intensiv unter uns zu diskutieren. Das schließt nicht aus, daß die Zukunft wiederum neue Erkenntnisse bringen wird, wie das in jeder Wissenschaft der Fall ist. Insofern ist es sicher auch von Vorteil, wenn wir die Diskussion über die Ländergrenzen hinweg führen, um auch den internationalen Wissensstand mit einbeziehen zu können.

Erst wenn der wissenschaftliche Dialog abgeschlossen ist und zu unter den Wissenschaftlern abgeklärten Erkenntnissen geführt hat;, können wir den Politikern entsprechende Auskunft erteilen und in die öffentliche Debatte eintreten, die ich sehr begrüße. Denn da kommt es dann darauf an, daß alle Seiten öffentlich die Fakten auf den Tisch legen, öffentliche Diskussionen können zu Klärungen führen, wenn die Vorbereitungen dafür außerordentlich sorgfältig getroffen werden.

Was die Schwierigkeit unserer Diskussion hier ausmacht ist, daß für verschiedene Teilnehmer unterschiedliche Kriterien gelten. Auch Wissenschaftler neigen häufig dazu, auf Gebieten, die sie nicht so genau kennen, vorschnelle Urteile abzugeben.

Narjes

Wissen Sie, Herr Maier-Leibnitz, ich wäre keineswegs glücklich, wenn mir die Wissenschaft einen einhelligen Standpunkt vorlegen würde. Ich fühle mich als Parlamentarier viel wohler, wenn ich mir aus dem Streit unterschiedlicher Ansichten eine Meinung bilden kann. Ich lerne viel mehr aus ihrer freien Diskussion. Auch eine Minderheitenmeinung kann also eine wertvolle Erkenntnisquelle sein. Und Sie können sicher sein: So wie beim Bleischutz- oder Datenschutzgesetz, werden wir nicht noch einmal "hereingelegt".

Ueberhorst

Bei einem Dissens in der Wissenschaft ist zu unterscheiden, ob es sich um Fragen handelt, die nicht sofort geklärt werden können, oder um Fragen, die schlichte Berechnungen erfordern. Was uns irritieren muß ist, daß die Berechnungen etwa zum nuklearen Explosionspotential beim Brüter so unterschiedlich ausfallen.

Schill

Herr von Weizsäcker, Sie haben in Ihrem Buch "Wege in der Gefahr" das Terrorismusproblem bei der Frage der Kernenergie in den Vordergrund gestellt. Angesichts der Tatsache, die auch in dieser Diskussion bestätigt wurde, daß offensichtlich auf absehbare Zeit keine energiepolitischen Alternativen gegeben sind, stellt sich die Frage: Ist aus dem Terrorismusproblem ein entscheidender Einwand gegen die zukünftige Entwicklung der Kernenergie abzuleiten, oder ist das nur ein Problem, dem besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist?

Freiherr von Weizsäcker

Ich habe damals gesagt und sage auch heute noch, daß dies kein entscheidender Einwand gegen die Kernenergie ist. Ich gebe zu, daß ich mitunter schwanke, ob ich die Terrorismusfrage oder die Frage der Proliferation von Kernwaffen an Staaten für das größere Problem halte. Heute habe ich letzteres stärker betont.

Schill

Wir haben schon vor der Krise 1973/74 versucht, die Deckungsmöglichkeiten für den künftig erwarteten Energiebedarf in einer Gesamtschau zu sehen und in einem Gesamtkonzept zusammenzufassen. Herrn Lantzke gebührt dabei besonderes Verdienst. Die Kernenergie rückte rasch mit stolzen quantitativen Aussagen ins Bild. Wenn man die Zahlen von damals, 45-50 000 Megawatt, mit den stark zurückgenommenen Aussagen vergleicht, die später gemacht wurden, dann wird hieraus das Ausmaß der inzwischen eingetretenen Veränderungen deutlich. Damals herrschte ungetrübter Optimismus, zuweilen sogar Euphorie hinsichtlich der Möglichkeiten und Chancen, die die Kernenergie schon kurzfristig zu bieten schien. Fragen des technologischen Ausbaus und der betriebswirtschaftlichen Optimierung standen im Vordergrund.

Man muß aber heute wohl einräumen, daß zu Anfang die moralisch-ethische Komponente des Kernenergieproblems vielfach nicht mit der erforderlichen Schärfe gesehen wurde. Auch heute stehen wir noch zur Kernenergie und sind von ihrer Notwendigkeit überzeugt. Aber wir sind realistischer geworden, erfassen besser die ganze Dimension des Problems, sind stärker sensibilisiert.

Der Naturwissenschaft kann in diesem Zusammenhang kaum angelastet werden, daß sie nicht schon früher auch auf die moralisch-ethische Seite hingewiesen hat. Damit wäre sie vermutlich überfordert gewesen. Man wird aber manchen Naturwissenschaftlern den Vorwurf nicht ersparen können, daß sie dort, wo es um die Erläuterung technologischer Sachverhalte ging, häufig keine für Laien verständliche Sprache fanden. Vielfach führte das zu Unsicherheit und Furcht gegenüber technischen Zusammenhängen, die problematischer und ungelöster erschienen, als dies der Wirklichkeit entsprach. Dies gilt in gewissem Sinne gerade auch für die Frage der Entsorgung.

Was den Tendenzumschwung in der Kernenergie Diskussion angeht, so bin ich nicht sicher, ob das Arbeitsplatzargument ein gar so großes Gewicht hatte, wie Herr von Weizsäcker und Herr Beckurts vermuten. Zweifellos wurde damit ein entscheidender Beitrag zur Entkrampfung der Diskussion geleistet. Aber es wirkten erkennbar mehrere Faktoren zusammen. Viele Kritiker wurden

nachdenklich, weil ihnen bewußt wurde, daß eine wichtige technologische Option auf dem Spiel stand. Auf der anderen Seite sollte auch der Überzeugungsprozeß nicht zu gering veranschlagt werden, der insbesondere seit dem Frühjahr dieses Jahres von den politischen Kräften in Gang gebracht worden ist. Das gilt für Herrn Matthöfer von der SPD, für Herrn Friderichs und Graf Lambsdorff in der FDP und auch für einige Kräfte in der CDU. Die ganze Politik fühlte sich aufgerufen, die sich breitmachende Unsicherheit durch Sachaufklärung mehr und mehr zu überwinden.

Dies scheint mir geradezu ein Lehrstück demokratischer Meinungsbildung zu sein, Herr Ueberhorst. Ich verstehe Ihre Äußerung nicht, daß hier kein Konsens erreicht worden sei. Ich will die Entwicklung der letzten Wochen und Tage nicht überschätzen, aber Konsens kann doch nicht heißen, daß alle zustimmen müssen. Dann könnte in der praktischen Politik überhaupt nichts mehr zustande gebracht werden. Als die Diskussion auf ihrem Höhepunkt war, argumentierte man, daß eine so tiefgreifende Entscheidung nicht gegen eine Mehrheit der Bevölkerung durchgeführt werden dürfe. Heute muß die Aussage dann doch konsequenterweise lauten: Wenn eine Mehrheit durch die politischen Entscheidungsmechanismen zugestimmt hat, dann sollte die Politik auch in der Lage sein, ihren Kurs ruhig und legitimiert weiterzuverfolgen.

Ueberhorst

Ich frage mich, ob der Dissens, der zwischen Herrn Häfele und Sir Brian in der Bewertung der Brütertechnologie deutlich geworden ist, in einem rein wissenschaftlichen Diskurs aufgelöst werden kann. Oder wird dieser Dissens an die Politik zurückverwiesen mit dem Hinweis, solche Fragen seien letztlich nur normativ entscheidbar, erforderten also eine politische Entscheidung? Wenn letzteres stimmen sollte: Was sind denn die Bedingungen der Akzeptanz, die wir dort formulieren müßten?

Mein Beitrag zur Kerntechnologie vorhin hat offenbar den Eindruck erweckt, als paßte mir die ganze Richtung nicht. Deshalb mochte ich deutlich machen, daß ich keineswegs ein glaubensmäßig fixierter Gegner der Kerntechnologie bin, was übrigens auch für viele meiner Freunde gilt, die als Kritiker etwa von Herrn Beckurts angesprochen worden sind.

Kann auf Kernenergie überhaupt noch verzichtet werden? Diese Frage müssen wir zunächst unter dem Aspekt von Akzeptanz und Legitimation sehen. Warum verzichten wir in einer aufgeklärten Gesellschaft darauf, einmal wirklich seriös mit dem ganzen zur Verfügung stehenden Apparat von Wissenschaft und Technik das alternative Konzept einer Energieversorgungsstrategie zu erarbeiten, bei dem wir ohne einen weiteren Zuwachs an Kernenergie auskämen? Das mag zu fürchterlichen Ergebnissen führen. Man würde präzise sagen müssen, welche Einsparungen vorzunehmen wären, vielleicht auch welcher Konsumverzicht zu leisten wäre und anderes mehr. Man hätte dann jedoch die Möglichkeit, alternativ zu diskutieren, könnte damit die Akzeptanz erleichtern und die Entscheidung versachlichen

In diesem Zusammenhang komme ich auf den Konsens zurück, Herr Schul. Ich habe vorhin Herrn Sommer kritisiert, weil ich meinte, es ist zu leicht, einfach festzustellen: Die Eliten stimmen zu - jetzt auch der DGB und nächste Woche vermutlich der SPD-Bundesparteitag. Was bedeutet aber ein solcher Konsens der Eliten, wenn signifikante Minderheiten dagegenstehen? Ich will nicht über 5 Prozent streiten, aber es sind bestimmt über 15 Prozent der Bevölkerung - in meiner Generation der unter 30jährigen noch mehr;-,- die hier nicht mitziehen.

Was geschieht, wenn diese signifikanten Minderheiten das Gefühl bekommen, an ihnen werde vorbeiregiert, ihre Standpunkte werden weder auf Parteitag noch im Parlament artikuliert und diskutiert? Ich fürchte, dadurch könnte eine Entwicklung in Gang kommen, durch die das Vertrauen dieser Menschen in unser politisches System in einer Weise erschüttert würde, die wir später alle nur bedauern könnten.

Deshalb, Herr Beckurts, sollten wir nicht kritisieren, daß die Kritikpunkte wechseln. Das ist ganz natürlich; man kann nicht dauernd in allen Bereichen gleich aktiv sein. Dennoch sollten wir uns mit allen vorgebrachten Argumenten intensiv und sachlich auseinandersetzen.

Inwieweit gibt es auch innerhalb des Rahmens der Kerntechnologie Themen, die wir politisch diskutieren und entscheiden müssen? Ich nenne drei Beispiele. Erstens interessiert uns die Frage: Wenn so etwas wie ein Restrisiko besteht, wird dieses bei einem quantitativen Ausbauprogramm wachsen, oder wird es, wie uns Technologen erklären, durch die Verbesserung der Sicherheitsstandards bei einzelnen Reaktoren sogar kleiner werden? Wenn es kleiner wird, müßten sich Aussagen machen lassen, wie die Verlaufslinien einer verbesserten Technologie aussehen. Eine solche Darstellung hätte sicher eine positive Wirkung bei denen, die heute kritisch sind.

Wird das Restrisiko aber nicht kleiner, wie etwa Alwin Weinberg auf einer Tagung in Salzburg im April dieses Jahres behauptet hat, dann stellt sich die Frage: Wie wird eine Gesellschaft etwa im Jahre 2050 aussehen, die das Restrisiko bei 5000 Brütern auf der Welt akzeptieren muß und Gefahrengößen zugrunde legt, wie sie in der Rasmussen-Studie genannt werden? Eine solche Gesellschaft muß gigantische Überwachungssysteme aufbauen, muß sich gegen Hysterie wehren und Massenpanik verhindern können. Sie muß bereit sein, größere Katastrophen mit einer höheren Eintrittswahrscheinlichkeit zu akzeptieren und anderes mehr. Über diese Fragen muß man heute diskutieren, wo man noch etwas verhindern kann und nicht erst dann, wenn die Gefahr nicht mehr zu beseitigen ist.

Ein zweiter Gesichtspunkt bezieht sich auf die Klärung der Entsorgung. Ich stimme Sir Brian völlig zu, daß die öffentliche Meinung zumindest in weiten Kreisen nicht zufriedengestellt werden kann, bevor wir nicht die Entsorgung praktisch demonstriert und verwirklicht haben. Sie wissen, daß wir in Deutschland eine sehr technische Diskussion zu diesem Problem führen. Würde für Sie eine konzeptionelle Klärung allein ausreichen? Oder würde das Junktim, so wie Sie es formuliert haben, auch bereits weitere Baufortschritte erforderlich machen?

Drittens: Könnten Sie als Wissenschaftler an das Parlament Aufträge formulieren, damit wir uns Gedanken darüber machen, welche Themen möglicherweise bei der Konstruktion der einzelnen Reaktortypen mit berücksichtigt werden müssen? Ich nenne die Stichworte: unterirdische Bauweise - zur Abwehr militärischer Gefahren;- , Berstschutz, Standortoptima - schließlich sollen ja Menschen in diesen Kernkraftlandschaften leben;- , Kriterien zur Auswahl unterschiedlicher Reaktortypen. Alle diese Fragen müssen irgendwann einmal auch politisch diskutiert werden.

Um es noch einmal deutlich zu sagen: Die Politiker werden hilflos sein, wenn sie nicht bald mit zureichenden Kriterien und Maßstäben und mit verbindlichen Ergebnissen arbeiten können.

Häfele

Sie fragen, Herr Ueberhorst, ob es hier Probleme gibt, die sich der wissenschaftlichen Kontroverse entziehen. Ich habe mich verschiedentlich zu diesem Thema geäußert; andere haben das auch getan. Es gibt einen technischen Bereich, der durch Berechnungen auf dem Papier nicht weiter zu fördern ist, sondern wo der Bau von zwei, drei Prototypen oder Demonstrationsreaktoren die einzige Antwort ist. Sie werden zugeben, daß es ein Unterschied ist, ob man zwei oder drei Schnelle Brüter oder fünfhundert baut. Insofern liegen Sir Brian und ich nahe beieinander, weil wir zunächst sehen wollen, wie weit wir mit den Prototyp-Reaktoren kommen.

Ich stimme Ihnen zu, Herr Ueberhorst, daß wir nach Alternativen Ausschau halten müssen. Das ist in der Vergangenheit in der Tat nicht hinreichend geschehen. Je mehr wir uns aber die möglichen Alternativen ansehen, desto deutlicher zeigt sich, daß auch diese Alternativen ihre Kehrseiten haben. Deswegen heißt der Vergleich nicht: viele Schnelle Brüter oder eine sonst glückliche Welt, sondern: viele Schnelle Brüter oder eine andere Technik, die auch Probleme haben wird. Ich erinnere an das CO₂-Problem bei Kohlekraftwerken, an die Gefahr von Dammbürchen bei großen Staudämmen oder an die Probleme der Ölförderung, wenn sie off shore betrieben wird.

Schließlich die Alternative, keine Energie zu verbrauchen. Wir hatten Amory Lovins für einige Wochen an unserem Institut in Laxenburg. Bei dieser Gelegenheit war es möglich, wirklich einmal klarzustellen, von welcher Alternative er ausgeht. Er meint ein halbes bis ein Kilowatt an Energie pro Kopf. Wir liegen heute bei fünf, die Vereinigten Staaten bei elf Kilowatt pro Kopf. Das heißt, in solchen Überlegungen wird mit Menschen experimentiert, die man offenbar in Zustände zurückversetzen will, von denen ich weiß, daß zum Beispiel mein Großvater in ihnen nicht glücklich war.

Schließlich, Herr Ueberhorst, kann ich Ihr Demokratieverständnis nicht teilen. Die Demokratie lebt davon, daß die Minderheit die Mehrheit anerkennt. Gegenwärtig haben die Regierungsparteien zirka 51 Prozent und die Opposition zirka 49 Prozent. Das sind weit mehr als die fünf bis fünfzehn Prozent, von denen Sie sprechen. Es würde eine Vertrauenskrise ganz anderen Ausmaßes entstehen, wenn in Zukunft die Minderheit in einer Demokratie die Entscheidungen der Mehrheit nicht mehr akzeptiert. Dann kommt das Chaos. Ich vermute, daß diese Minderheit ein elitäres Verständnis hat, genauso wie Sie uns hier ein elitäres Verständnis nahelegen.

Meyer-Abich

Ich halte wiederum Ihr Demokratieverständnis für problematisch, Herr Häfele. Zu meiner Auffassung von liberaler Demokratie gehört, daß ein Staat auch mit seinen Minderheiten zurechtkommt und nicht einfach sagt, das Mehrheitsvotum ist so und so, und jetzt könnt Ihr machen, was Ihr wollt.

Narjes

Ich gehöre, wie Sie wissen, Herr Ueberhorst, einer signifikanten Minderheit von 48,6 Prozent an. Es ist für uns als Opposition selbstverständlich, daß wir jedem Gesetzesbefehl, den das Parlament mit Mehrheit gegen uns beschließt, folgen. Wir erwarten das im umgekehrten Falle auch. Dies ist die Grundregel jeder Demokratie. Wir können im Prinzip niemandem eine Vetoposition zubilligen weder Ihnen noch uns, denn das würde den Staat handlungsunfähig machen. Natürlich bleibt es aber auch nach der formalen Annahme eines Gesetzes ein Ziel kluger Staatsführung, die Einwände oder Widerstände so weit wie möglich abzubauen und Sachargumente fortlaufend aufzunehmen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen.

Der Wunsch nach erneuter Diskussion ohne zeitliche Begrenzung ist jedoch nicht nur eine Verfahrensfrage, sondern eine materielle; Entscheidung über mehrere Jahre mit weitreichenden, vor allem auch wirtschaftspolitischen Folgen. Ich sehe heute kein Argument, daß es rechtfertigte, die Gesamtdiskussion der letzten Jahre wieder aufzurollen. Ein Aufschub würde uns aber derartige wirtschaftliche Nachteile bringen, die wir schon aus Gründen der wirtschaftlichen, sozialen und der politischen Stabilität unseres Staates nicht verantworten können.

Gerade weil wir unter Entscheidungszwang stehen, ist es aber um so wichtiger, die Frage zu stellen: Wie können wir die angesprochenen Risiken begrenzen? Von ihnen sollte das Terror-Risiko weitgehend beherrschbar sein. Das ist im Grunde vor allem eine Frage effizienter organisatorischer Maßnahmen. Die wenigen gefährdeten Punkte sind unter Kontrolle zu bekommen. Sonst wären die Vereinigten Staaten beispielsweise kaum in der Lage gewesen, über 30 Jahre gewaltige Atomwaffenlager zu halten, ohne daß sich irgendein Unfall ereignete!

Was die Proliferations- und ähnlichen Gefahren betrifft, so käme es hier vor allem auf die beiden Hegemonialmächte an, über neue wirksamere und privilegienfreiere Organisationsformen der Staatengemeinschaft nachzudenken, die derartige Risiken ausschließen. Warum sind denn einige Staaten dem Atomsperrvertrag nicht beigetreten? Weil sie um ihre wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit und Selbständigkeit fürchteten und weil sie deshalb andere Strategien verfolgen.

Riesenhuber

Natürlich ist die Frage der Kernenergie von erheblich größerer Brisanz als viele andere Probleme, die einer demokratischen Mehrheitsentscheidung unterworfen werden. Dennoch sage ich mit allem Ernst, daß es nicht möglich ist, die Entscheidung über den Einsatz der Kernenergie demokratischen Entscheidungsmechanismen zu entziehen.

Es gab Entscheidungen von ähnlichem Gewicht, wenn auch von anderer Art, die diesen demokratischen Entscheidungsmechanismen einvernehmlich unterworfen wurden. Ich weise beispielsweise auf die Teile der Ost-Verträge hin, die den Verzicht auf bestimmte Gebiete im Osten implizieren. Das waren Verträge von außerordentlicher Bedeutung vor allem für die unmittelbar Betroffenen. Ich weise weiter auf die Diskussion über die Abtreibung hin. Dort ging es um Grundwerte, die für sehr viele Menschen in unserem Volk von so prinzipieller Bedeutung sind, daß viele meinten, dies dürfte einer demokratischen Entscheidung nicht unterworfen werden. Dennoch kann der Staat auch in solchen Fragen nicht auf demokratische Entscheidungen verzichten.

Mit anderen Worten: Derartige Teilbereiche dürfen dem demokratischen Prozeß nicht entzogen werden, und die Minderheit ist verpflichtet, die Entscheidung der Mehrheit zu akzeptieren; sie darf kein Sonderrecht beanspruchen wollen.

Ueberhorst

Die Frage Mehrheit-Minderheit ist hier kein staatsrechtliches Problem, Herr Riesenhuber. Es scheint mir allerdings auch kein Zufall zu sein, daß in der staatsrechtlichen Diskussion gerade bei diesem Thema von verschiedenster Seite der Gedanke an Volksabstimmungen und eine verstärkte Beteiligung des Parlaments erwähnt wird.

Es ist auch kein Zufall, Herr Riesenhuber, daß bei den anderen beiden Beispielen, die Sie erwähnt haben, Mehrheitsbeschlüsse durch Sprüche des Bundesverfassungsgerichts relativiert worden sind. Sowohl hinsichtlich der Ostpolitik als auch beim Paragraphen 218 hat das Gericht argumentiert, dies sei zwar eine parlamentarische Entscheidung gewesen, sie könne aber nur nach Maßgabe der durch die Verfassung vorgegebenen Grundsätze politisch handhabbar werden.

Bei der Kernenergie geht es um die Irreversibilität einer Entscheidung, der man sich als einzelner - das ist der Unterschied etwa zu Paragraph 218 - nicht entziehen kann. Deshalb stellt sich die Frage:

Kann nicht eine Ausbaupause bei Aufrechterhaltung der bestehenden Forschungs- und Produktionskapazität es erleichtern, in diesem Bereich zu einem breiteren Konsens zu kommen?

Um an die sogenannte Vier-Schwellen-Theorie von Herrn Häfele anzuknüpfen: Die Kernspaltungstechnologie zur Energiegewinnung muß eben nicht nur theoretisch möglich, ingenieurmäßig machbar und in Konkurrenz zu anderen Stromerzeugungsarten wirtschaftlich sein, sondern sie muß auch sozial akzeptiert werden. Wenn letzteres nicht geschieht, sind größte soziale Konflikte die Folge, wie wir sie erlebt haben. Wenn wir in dieser Hinsicht in der Vergangenheit Fehler gemacht haben, wie kann man für die Zukunft verhindern, daß die Minderheiten und Mehrheiten unverändert bleiben?

Aus zwei Gründen halte ich nun eine europäisch angelegte Diskussion für aussichtsreicher, um einen Konsens zu erreichen. Erstens: Viele Experten vertreten die Überzeugung - die mir noch nicht einleuchtet;-, daß die Kernspaltungstechnologie zumindest für den Zeitraum von 1985 bis 2000 im großen Maßstab zum Einsatz gebracht werden muß. Über einen derartigen Sachzwang ließe sich zweifellos leichter im europäischen Kontext diskutieren. So sieht zum Beispiel die Energieplanung in Frankreich vor, daß 1985 75 Prozent des Stroms atomar erzeugt werden soll. Solche Informationen im europäischen Rahmen, die Sachzwänge verdeutlichen, dürften auch die Einsicht der Betroffenen erhöhen.

Zweitens: Angesichts der geringen Anzahl wirklich kompetenter Fachleute und des selbst unter diesen noch vorhandenen tiefgreifenden Dissenses, scheint es mir etwa für eine kriterienorientierte Technologiediskussion zum Schnellen Brüter sinnvoll zu sein, diese Diskussion zu europäisieren. Wir stellen doch fest, daß sich in Deutschland eigentlich nur die zum Brüter äußern können, die in der Entwicklung dieses Projektes selbst engagiert sind. Und die werden uns Politikern natürlich nicht gerade die Zweifel und Besorgnisse vortragen, sondern durchsetzungsorientiert an uns herantreten. Für uns wäre es dann äußerst wichtig, auch Wissenschaftler aus anderen Ländern, wie zum Beispiel Sir Brian, zu hören. Nur auf diese Weise lassen sich die gegensätzlichen Argumente inventarisieren und der wissenschaftliche Diskurs transparenter machen. Deshalb trete ich für eine Europäisierung ein.

Schließlich möchte ich davor warnen, Herr Riesenhuber, daß wir das Thema Mehrheit-Minderheit zu schablonenhaft diskutieren, so als sei die Mehrheit immer dafür und die Minderheit immer dagegen. Und wenn dann der Herr Ueberhorst etwas zur Brüterdiskussion sagt, sieht man ihn von vornherein als Angehörigen der Minderheit. Das wäre fatal. Denn es sind noch so viele wichtige Punkte der Kerntechnologie ungeklärt, daß die Diskussion dieser Fragen offen und unvoreingenommen mit allen Beteiligten geführt werden muß.

Fragen, die etwa das Restrisiko, die Öffnung von politischen Entscheidungsräumen oder die kulturelle Problematik betreffen, haben nichts mit Mehrheiten oder Minderheiten zu tun, und wenn man dann die Minderheit gar noch mit dem Odium der staatsrechtlichen Unzuverlässigkeit behaftet, wird die Diskussion zusätzlich erschwert.

Riesenhuber

Ich stimme Ihnen zu, Herr Ueberhorst, daß es sowohl für die Sache als auch vom demokratischen Umgang her unmöglich wäre, Mehrheits-Minderheits-Verhältnisse als Freund-Feind-Positionen festzuschreiben.

Nun wenden Sie sich dagegen, daß ein moralischer Einwand sozusagen mit dem Hinweis auf die normative Kraft technisch geschaffener Fakten abgeschmettert wird. Denn damit würden überhaupt keine Alternativen mehr ins Spiel kommen. Eine solche Position ist durchaus haltbar.

Deshalb kann die Diskussion eigentlich nur so geführt werden, wie wir es hier getan haben: Es ist zunächst zu prüfen, ob alternative technische Strategien vorhanden sind. Wir haben gesehen, daß dies in dem absehbaren Zeitraum, über den wir hier sprechen, nicht der Fall ist. Danach ist dann zu fragen, wie die moralische Diskussion zu werten ist.

Wogegen ich mich nur entschieden wende ist, wenn so getan wird, als sei die moralische Position allein auf selten derjenigen, die auf die Irreversibilität der Entscheidung und die möglichen langfristigen bedrohlichen Implikationen hinweisen, so als ob die anderen diese Problematik nicht sehen. Die anderen sehen dies auch; sie setzen dem aber eine andere Problematik gegenüber, indem sie beispielsweise darauf hinweisen, daß das dringend benötigte Wirtschaftswachstum etwa zur Überwindung der Arbeitslosigkeit nur erreicht wird, wenn genügend Energie bereitgestellt werden

kann. Nach Prüfung aller denkbaren Alternativen sind wir zu dem Ergebnis gekommen, daß der Energiebedarf ohne Kernenergie nicht gedeckt werden kann.

Wir wägen also zwischen zwei verschiedenen moralischen Verpflichtungen ab: zwischen der kurz- und mittelfristigen Lösung unserer sozialen und gesellschaftlichen Probleme einerseits und andererseits dem Problem der Irreversibilität. Dies ist eine technische Entscheidung, die wir mit technischen Mitteln auf ein Minimum des vertretbaren Risikos eingrenzen müssen.

Schill

Natürlich ist es eine Frage der politischen Vernunft, daß auch nach einer Entscheidung - die nicht aufgeschoben werden dürfte, sollten nicht Optionen verloren werden - der Prozeß der Überzeugung, des Gesprächs, des Dialogs weitergehen muß. Es wäre in der Tat völlig unangemessen, sich dann in einer Haltung von Selbstzufriedenheit oder intellektueller Arroganz zurückzulehnen.

Ueberhorst

Vielleicht können wir wenigstens darin übereinstimmen: Selbst wenn gewisse Grundsatzentscheidungen gefällt sind, bleiben wichtige politische issues offen.

Das heißt, es geht hier nicht allein darum, andere zu überzeugen, sondern es sind auch gemeinsam noch Sachfragen zu klären.

von Ehrenstein

Da es noch viele ungelöste Sachprobleme gibt, brauchen wir die Gesprächsatmosphäre und nicht nur einen Schlagabtausch. Ein echtes Gespräch kann aber nur in einem Freiraum stattfinden. Und die zugegebenermaßen oftmals hart geführte Debatte der letzten Jahre hatte nicht zuletzt die Aufgabe, diesen Freiraum zu schaffen. Es ist wichtig, daß dieser Freiraum auch für eine wesentliche Minderheit erhalten bleibt und diese nicht einfach überrollt wird.

Narjes

Wer ist überhaupt diese Minderheit?

Riesenhuber

Es gibt zahlreiche Minderheiten.

Schneider

Die Minderheit ist keine homogene Einheit; Mehrheiten und Minderheiten formieren sich immer wieder neu und zeigen alle möglichen Fluktuationserscheinungen.

von Ehrenstein

Ich verstehe nicht, was Sie mit Ihrer Frage bezwecken wollen, Herr Narjes. Auch die Mehrheit stimmt doch in sich nicht in jeder Hinsicht überein.

Narjes

Es gibt innerhalb des aktiven Kerns der Minderheit eine Gruppe, die aus politischen Gründen durch die Verweigerung der Kernenergie gesellschaftliche Veränderungen erzwingen will. Diese Gruppe will also etwas ganz anderes erreichen als das, was sie vorgibt. Davon zu unterscheiden sind diejenigen Kernkraftgegner, die sich um Rationalität bemühen.

von Ehrenstein

Ich möchte jetzt keine Einzelheiten dazu erörtern. Aber ich will folgenden, von mir in schriftlichen und mündlichen Aussagen häufig wiederholten Satz auch hier anführen: Die vielfach berechtigten Zweifel zahlreicher Bürger an der Kernenergie dürfen nicht von politischen Abenteurern oder realitätsgestörten Sektierern für fragwürdige, oft verheimlichte politische Ziele ganz anderer Art mißbraucht werden.

Kloss

Wenn man die Entscheidungen der politischen Parteien vor dem Hintergrund der Reaktionen der Öffentlichkeit betrachtet, kann man den Eindruck gewinnen, daß nicht die Reaktorsicherheit an sich das Problem ist, sondern wie diese in der breiten Öffentlichkeit beurteilt wird.

Den Tendenzumschwung in den politischen Parteien zur Kernkraftproblematik sollte man nicht überbewerten. Bisher hat sich die Lage jedenfalls in keiner Weise verändert. Es sind noch die gleichen Minderheiten dagegen; wir haben noch dieselben Gerichte, und die Rechtslage ist unverändert.

Auch die Vertrauenskrise wird durch den Tendenzumschwung sicherlich nicht abgebaut, sondern eher verstärkt. Sie hat ihre Ursache in dem weitverbreiteten Eindruck, daß diejenigen, die in diesen Fragen zu entscheiden haben, gar nicht beurteilen können, was sie da eigentlich beurteilen sollen. Und selbst die wenigen kenntnisreichen Fachleute sind untereinander zerstritten. Das hat dazu geführt, daß die große Mehrheit der Bevölkerung die Entwicklung resignierend zur Kenntnis nimmt und sich kaum noch darum kümmert, was sie darüber täglich in den Zeitungen liest. Auf der anderen Seite steht eine Minderheit - man mag sie auf 5 oder 15 Prozent schätzen, das ist ziemlich gleichgültig;- , die sich zum Teil mit militanten Methoden gegen die Entwicklung wehrt. Ein demokratischer Rechtsstaat kann darüber nicht einfach zur Tagesordnung übergehen, sondern muß sich damit auseinandersetzen.

Nachdem sich die beiden Bonner Regierungsparteien zunächst dafür ausgesprochen hatten - jedenfalls in den dafür eingesetzten Fachgruppen;- , einen zwei oder mehrjährigen Baustop einzuführen, sind sie jetzt plötzlich aus Gründen der Opportunität wieder umgeschwenkt. In diesem Verhalten liegt, zumindest politisch, ein weit schwerwiegenderes Problem, als daß man sich unter den Fachleuten über Einzelheiten der Reaktorsicherheit nicht einigen kann.

von Bennigsen-Foerder

Ich bin an diesem Tisch wohl der einzige Kernkraftwerksbetreiber. Wenn mir irgendeiner der Herren einmal sagen würde, was Leute wie ich eigentlich machen sollen, wäre ich ihm dankbar. Sollen wir so lange warten, bis Ihre Überlegungen zum Abschluß geführt sind? Wann ungefähr, glauben Sie, wird diese Diskussion beendet sein: 1980,1985?

Schneider

Die Diskussion über die Kernenergie und ihre Probleme in den verschiedenen Bereichen hat wie erwartet nicht zu einer Obereinstimmung der Experten geführt, sondern es blieb einiges offen. Damit stellt sich die Frage: Wie kann unter diesen Voraussetzungen Politik durchgesetzt werden? Wie können also nicht nur Entscheidungen gefällt werden, sondern wie kann vielmehr deren Umsetzung in konkretes Handeln erfolgen?

Was die Minderheiten angeht, so bleibt zunächst festzustellen, daß es sie natürlich bei allen Entscheidungen im politischen Raum gibt. Hier wurde nun aber behauptet, diese Minderheiten seien in der Debatte um die Kernenergie anders zu bewerten. Würde die politische Entscheidung auf sie keine Rücksicht nehmen, könnte eine Desintegration im politischen Bereich die Folge sein. Offenbar bilden sich dann neue politische Gruppierungen, die nur schwer in das gesamtpolitische System der Bundesrepublik eingefügt werden können.

Meyer-Abich

Ich möchte noch eine methodisch kritische Bemerkung zu einer Argumentationsform machen, wie sie in Kernenergie Diskussionen immer wieder auftaucht und auch bei Ihnen, Herr von Weizsäcker, deutlich wurde. Da heißt es, mit kernenergetischen Anlagen sei dies oder jenes Risiko verbunden, und die Frage sei, ob dadurch die Risiken, unter denen wir ohnehin leben, signifikant erhöht würden; anderenfalls könne man es vernachlässigen.

Ich meine, dieser Vergleich trägt zur Sache nichts bei. Wir stehen doch vor folgender Situation: Wir haben Zuwächse des Energiebedarfs zu decken; außerdem muß ein Teil unseres; Energieversorgungssystems substituiert werden, weil die Ressourcen zu Ende gehen. Um eine bestimmte Energiemenge hervorzubringen, stehen uns mittelfristig fossile Energie, Kernenergie und Einsparung zur Verfügung. Wir haben also drei Möglichkeiten zur Auswahl, um dasselbe Ziel zu erreichen. Diese drei Möglichkeiten hat man untereinander hinsichtlich ihrer Risiken zu vergleichen.

Wie sich hingegen das Risiko, das mit einem bestimmten Energieversorgungssystem verbunden ist, im Vergleich zu den Risiken,

Freiherr von Weizsäcker

Ich bin von der Situation ausgegangen, vor der heute die politischen Entscheidungsträger stehen, Herr Meyer-Abich. Ich habe gefragt: Kann diese Bundesregierung, das Parlament oder wer immer, verantworten, die Kernenergie weiterzuführen? Und umgekehrt: Kann sie verantworten, sie nicht weiterzuführen?

Ich meine, daß Entscheidungsträger heute ungefähr von den Bedarfsschätzungen ausgehen müssen, die Herr Häfele genannt hat, Und ich sehe auch nicht, daß die Alternativen, von denen Sie sprechen, wirklich bestehen. Dann fragt sich aber, ob das Risiko, das durch den Einsatz der Kernenergie zusätzlich entsteht, größer ist als das Risiko, nicht genügend Energie zu haben, wenn wir auf Kernenergie verzichten. Wenn Sie mir aber zeigen können, daß eine echte Alternative besteht, unseren Energiebedarf ohne Kernenergie zu decken, werden meine Argumente gegen die Kernenergie gewichtiger.

Ich persönlich bin auch völlig offen für den Gedanken, daß wir mit weniger Energie auskommen könnten, wenn wir unsere Kultur ändern würden. Ich glaube, wir wären alle glücklicher, wenn wir das täten. Aber wir werden es nicht tun; denn wir wollen unglücklich sein! Und daran werden auch die Entscheidungsträger nichts ändern können. Eben deshalb habe ich für die Argumente von Herrn Ueberhorst größtes Verständnis. Die Minderheit der Kernkraftgegner befürchtet, daß sie, wenn sie sich jetzt nicht durchsetzen kann, für immer verloren hat. Diese Minderheit zu überzeugen halte ich für sehr wichtig, obwohl es außerordentlich schwierig sein dürfte. Ich leugne nicht, daß diese Leute nachgeben müssen. Darin hat Herr Häfele recht. Ich unterstreiche aber, daß es sehr wichtig ist, ihnen zu helfen, damit sie das Nachgeben ertragen.

Im übrigen betone ich den Gesichtspunkt der Erhöhung der Risiken deshalb, weil ich glaube, daß viel schrecklichere Dinge passieren werden als das, was die Kernenergie-Gegner befürchten. Es hat nicht viel Sinn, die relativ weit hergeholtten Sorgen, die die Kernenergie-Gegner für die eigentlichen halten, gegen die reale Gefahr auszuspielen, daß es in 50 Jahren keine deutsche Nation mehr geben wird, weil der Dritte Weltkrieg äußerst wahrscheinlich ist und eine Reihe ähnlicher Gefahren von nicht ganz solcher Dramatik drohen. Ich will nicht die Kernenergie bekämpfen, die, verglichen mit anderen drohenden Gefahren, ein ziemlich kleines Risiko darstellt, das ich abzuschätzen vermag. Ich möchte unsere Anstrengung vielmehr auf die Bekämpfung größerer Gefahren konzentrieren, die ich auf uns zukommen sehe.

Meyer-Abich

Der entscheidende Punkt ist in der Tat die Frage: Gibt es noch Alternativen der Energieversorgung? Dazu muß man Zeiten angeben. Für die nächsten zehn Jahre bestehen solche Alternativen, langfristig bestehen ebenfalls Alternativen.

Schneider

Welche?

Meyer-Abich

Wenn wir vor der Notwendigkeit stehen, für die nächsten zehn Jahre einen zusätzlichen Energiebedarf zu decken, haben wir die Wahl zwischen Kohle, Kernenergie und Einsparung.

Kloss

Das ist nicht richtig.

Meyer-Abich

Doch.

Lantzke

Sie sagen, Herr Meyer-Abich, wir haben die Wahl zwischen Einsparung, Kohle und Kernenergie. Dagegen kommen sämtliche Untersuchungen, die in der letzten Zeit weltweit durchgeführt worden sind, zu dem Ergebnis: Selbst wenn man optimale Annahmen über Einsparung und die Entwicklung bei der Kohle macht, brauchen wir Kernenergie, um hinreichendes Wachstum sicherzustellen.

Was geschieht denn, Herr Meyer-Abich, wenn es an hinreichendem Wachstum fehlt und wir steigende Arbeitslosenzahlen bekommen? Carter hat vielleicht ein wenig zu sehr dramatisiert, als er davon

sprach, daß die Energieherausforderung "the moral equivalent to war" ist, aber in der Sache hat er recht.

Welbergen

Ich sehe nicht, daß wir wirklich die Alternative haben, uns für die eine oder für die andere Art der Energieversorgung zu entscheiden. Das ist keine Frage des Entweder-Oder, sondern wir werden alles benötigen - auch alles Öl, das wir produzieren können. Wir alle wissen, daß Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch eng miteinander zusammenhängen. Selbst wenn wir den Elastizitätskoeffizienten unter dem Druck der Ereignisse verringern können, brauchen wir Kohle, Kernkraft und Öl. Die Frage kann also nicht nur lauten: "Kohle oder Kernkraft?", sondern alle Energieträger müssen in die Fragestellung einbezogen werden, eben weil wir alle benötigen.

Stahl

Wenn die Zahlen, die Herr Häfele genannt hat, realistisch sind - und davon gehe ich aus;- , dann müssen wir alle Möglichkeiten, eine breitgefächerte Energieversorgung zu erhalten, nutzen, Herr Meyer-Abich, sonst kommen wir nach 1987 in größere Schwierigkeiten.

Deshalb begrüße ich, daß wir mit den Forschungen im Kernenergiebereich unserem Lande zukünftige Möglichkeiten eröffnet haben, um langfristig mit den neuen Reaktorlinien, wie dem Schnellen Brüter, dem Hochtemperatur-Reaktor und der Kernfusion, die Energieversorgung sichern zu helfen.

Daß diese Sicherheitsbestimmungen für Kernreaktoren gerade in der Bundesrepublik einen sehr hohen Stand haben, wird auch von Skeptikern und Gegnern der Kernenergie nicht bestritten. In anderen Ländern sind die Sicherheitsstandards keineswegs so.

In diesem Zusammenhang frage ich: Was geschieht, wenn wir einen Baustop für Kernkraftwerke beschließen würden? Besteht nicht die Gefahr, abgesehen von anderen Unwägbarkeiten, daß sich die Arbeitslosigkeit bei uns noch wesentlich erhöht? Wir sind eine technologisch hochentwickelte Nation und können nicht ohne Not auf die Entwicklung neuer Technologien verzichten.

Freiherr von Weizsäcker

Für die nächsten zehn Jahre mögen Sie für die Bundesrepublik recht haben, Herr Meyer-Abich. Wenn man aber die langfristigen Wachstumszahlen zugrunde legt, die ich für die wahrscheinlichen halte - und die betreffen die etwas längere Frist über 1985 oder 1987 hinaus, die Herr Häfele als die wirklich bedrohliche genannt hat;- , dann werden wir in die Enge getrieben. Davon ausgehend, bin ich der Meinung, daß die heutigen Entscheidungsträger keine andere Wahl haben, als die Kernenergie zusätzlich zu den anderen Alternativen, die Sie nennen, ebenfalls zu akzeptieren.

Meyer-Abich

Kurzfristig, also für Entscheidungen, die jetzt gefällt werden, gibt es Alternativen. Langfristig scheint es ebenfalls Alternativen zu geben. Mittelfristig - so etwa Ende der achtziger Jahre - wird es möglicherweise kritisch. Derartige Aussagen kann man mit bestimmten Planungsvorhaben in Beziehung setzen; Ich wähle dafür die noch gültigen "Grundlinien und Eckwerte für die 2. Fortschreibung des Energieprogramms" der Bundesregierung vom März 1977. Darin wird der Primärenergieumsatz für 1985 auf 496 Mio Tonnen SKE geschätzt; davon sollen 176 Mio Tonnen, etwa ein Drittel, verströmt werden. Von diesen 176 Mio Tonnen Verstromung sollen 32 Mio Tonnen durch Steinkohle, etwa 62 Mio Tonnen durch Kernenergie, der Rest durch Braunkohle, Öl, Gas, Wasserkraft und sonstige gedeckt werden.

Nun habe ich vorhin nicht gemeint und nicht gesagt, daß es generell Alternativen zur Kernenergie gibt. Wieso mir von meinen Vorrednern und ich entgegengehalten wird, es gehe aber doch nicht ohne die Kernenergie, ist mir ganz unverständlich. Daß es auf absehbare Zeit nicht ohne Kernenergie geht, ist doch selbstverständlich und gar nicht die Frage. Die Frage ist die, welche Prioritäten und welche Anteile wir den verschiedenen Arten der Energieversorgung in unseren zukünftigen Entscheidungen einräumen wollen. Die Wahl, die wir haben, betrifft lediglich die Zuwächse - aber hier haben wir in gewissen Grenzen in der Tat die Wahl. Dieses eine Gigawatt, sagen wir im Jahre 1981, läßt sich auf diese oder jene Weise realisieren. Dadurch ergeben sich verschiedene Mischungsverhältnisse.

Insofern könnten die Daten für die Elektrizitätsplanung in den "Grundlinien und Eckwerten" in gewissen Grenzen auch ganz anders aussehen. Beispielsweise hätte man mehr Steinkohle veranschlagen können. Denn die für 1985 genannten Zahlen bedeuten, daß die deutsche Steinkohlenkapazität nicht ausgeschöpft wird. Also hätten wir doch die Wahl, mehr Steinkohle und

dafür weniger Kernenergie oder Öl oder was sonst einzusetzen. Und nach den Kriterien, die wir hier zugrunde legen, wäre dieser Mehreinsatz von Steinkohle ja zu begrüßen.

Ein weiteres Beispiel: Wir haben in den letzten Jahren genauere Untersuchungen darüber angestellt, welche Einsparungsmöglichkeiten es gibt. Auch dazu haben wir die Wahl. Die Frage ist: Wollen wir weitergehende Einsparungsmaßnahmen treffen, oder wollen wir das nicht und dafür meinetwegen mehr Leichtwasserreaktoren bauen? Wir müssen endlich davon abkommen, demjenigen, der auch nur die Frage stellt, ob ein Zuwachs in der Energienachfrage besser so oder so gedeckt werden sollte, gleich zu unterstellen, er sei für die sofortige Abschaffung der Nutzung von Kernenergie.

Schneider

Das gilt sozusagen alles bis Ende der achtziger Jahre.

Meyer-Abich

Nach dem, was Herr Lantzke vor kurzem auch im Bundestag sagte, spricht einiges dafür, daß wir gegen Ende der achtziger Jahre politisch und ökonomisch die nächste Energiekrise bekommen werden. Wie lange die dann dauern wird, wissen wir nicht. Aber bis dahin gibt es energiepolitische Wahlmöglichkeiten, und danach wird es ebenfalls wieder Alternativen geben.

Narjes

Nur einige Fragen an Herrn Meyer-Abich: Haben wir in Anbetracht der kurzen Vorlaufzeiten bis 1985/87 noch Zeit für eine Strategieänderung? Die meisten Investitionen für 1985 sind doch schon gelaufen.

Könnte eine Änderung der Mischungsverhältnisse bis 1985 nicht unter Umständen die Krise nach 1985 verschärfen?

Müssen wir bei Entscheidungen dieser Art nicht auch den industriepolitischen Faktor berücksichtigen, nämlich unser Interesse, als Lieferant von Spitzentechnologien unsere Absatzchancen auf den Weltmärkten zu wahren und diese nicht durch eigenbrötlerische nationale Energiestrategien zu gefährden?

Lantzke

Über zwei oder drei Gigawatt nach der einen oder anderen Seite kann man immer reden, Herr Meyer-Abich. Wir treffen heute aber bereits Entscheidungen über den Beitrag der Kernenergie zur Energiebedarfsdeckung nach 1985. Auch mit möglichen Verschiebungen werden wir nur zwei, drei Jahre gewinnen, nicht mehr. Wenn es sich aber so verhält, schlägt das Argument von Herrn Narjes durch; dann lohnt es sich nämlich nicht, wegen dieser zwei bis drei Jahre die Exportposition der Bundesrepublik auf dem Weltmarkt zu gefährden.

Schill

Die "Grundlinien und Eckwerte" sind, ebenso wie die vorangegangenen Energieprogramme der Bundesregierung, keine volkswirtschaftlichen Pläne im technischen Sinne, sondern Orientierungen über einen möglichen quantitativen Rahmen der künftigen Entwicklung. Entsprechend sind die darin enthaltenen Prognosen keine stichtagsbezogenen Zahlenaussagen, sondern die Wiedergabe von Tendenzen und Größenordnungen. Zu den wenigen Fixpunkten der Energieprogramme gehören regelmäßig bestimmte Aussagen über die Kohle. Die Vorstellung, man könne nun die Anteile der einzelnen Energieträger in ihrem Einsatz beliebig variieren, ist sicherlich so nicht richtig. Beim Einsatz der Kohle zur Verstromung gehen wir beispielsweise bereits an die Grenze dessen, was volkswirtschaftlich überhaupt noch vertretbar ist.

Beim Einsatz der Kernenergie versuchen wir abzugreifen, welcher Beitrag auch bei intensiver Einsparpolitik und nach vorrangigem Einsatz der Steinkohle im Mittellastbereich erforderlich ist. Auch hier geht es nicht um einige Gigawatt mehr oder weniger. Aus dem Gesamtbild ergibt sich aber eindeutig, daß auch in den kommenden Jahren weitere Kernkraftwerke hinzugebaut werden müssen, um die erforderliche Grundlast zur Verfügung zu haben.

Riesenhuber

Hier kommt es doch zu einem weitgehenden Konsens. Kohle ist für die Zeiträume, über die wir sprechen, nur begrenzt verfügbar zu machen. Beim Öl haben wir das politische Ziel, unsere

Abhängigkeit zu mindern. Beim Gas sind die Verträge festgeschrieben und im wesentlichen ausgereizt. Die Kernenergie bezeichnet man, auch entsprechend den "Grundlinien und Eckwerten", als Restgröße.

Es bleiben zwei Variable: das wirtschaftliche Wachstum und die Einsparung. Beim wirtschaftlichen Wachstum geht es weniger um die Frage, was wir erwarten, sondern ob wir das Risiko laufen wollen, durch zu geringe Energiebereitstellung das wirtschaftliche Wachstum, das an sich möglich wäre, zu gefährden mit allen Implikationen einschließlich Arbeitslosigkeit. Also auch hier sind wir nicht frei.

Schließlich die Frage der Einsparung. Dabei ist die Zahl von 7 Prozent, die für 1985 angegeben wird, schon recht ambitioniert. Die Bundesregierung rechnet in ihrem Einsparungsprogramm zur Zeit mit etwa 2 Mio Tonnen SKE pro Jahr. Das sind 0,5 Prozent des gesamten Primärenergieverbrauchs. Dafür benötigen wir ein Investitionsvolumen von über 20 Milliarden DM, bei einem Einsatz an öffentlichen Geldern in Höhe von 4,35 Milliarden DM. Wenn wir also mit Einsparungen wirklich relevante Größenordnungen erreichen wollen, dann würde das Investitionen in Höhe von einigen hundert Milliarden DM voraussetzen. Es bestehen gegenwärtig weder die volkswirtschaftlichen Möglichkeiten, noch gibt es die politische Bereitschaft, solche Investitionen in so kurzer Frist durchzuziehen.

Meyer-Abich

Ich möchte einen weiteren Punkt ansprechen: Wenn ich mir die Ziele ansehe, die Herr Brunner in seinem Referat für die Energiepolitik angesprochen hat, so ist mir unverständlich, warum der Preis als Wirtschaftlichkeitskriterium so sehr im Vordergrund der öffentlichen Energiediskussion steht.

Nehmen wir beispielsweise den Preis, der in dem neuesten Energiegutachten von Herrn Schneider und Herrn Schaefer für die Verstromung von Kohle genannt wird. Wie interessant ist es denn wirklich, ob die Kilowattstunde aus Kohle in den Jahren 1977 bis 1982 in einem bestimmten Belastungsbereich zwei, drei oder fünf Pfennig teurer wird als eine Kilowattstunde aus Kernenergie?

Wenn man sich überlegt, daß wir erstens in den nächsten zehn Jahren kaum in der Lage sein werden, die deutsche Kohlekapazität auszulasten, daß wir zweitens ab Mitte der achtziger Jahre definitiv die gesamte deutsche Kohlekapazität brauchen werden und daß wir drittens ab der zweiten Hälfte der achtziger Jahre voraussichtlich auch auf Importkohle angewiesen sein werden, dann müssen wir uns doch fragen, was wir heute dafür tun können, damit uns in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre die deutsche Kohlekapazität und die Importkohle zur Verfügung stehen. Ist die kurzfristige Billigkeit von Strom volkswirtschaftlich wichtiger als die mittelfristige Versorgungssicherheit?

von Bennigsen-Foerder

Wenn wir eine langfristige wohlverstandene Politik machen wollen, müssen wir uns damit abfinden, daß wir Energiefragen nicht nur unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten sehen können. Darin scheint mir ein Fehler der Vergänglichkeit zu liegen.

Wir gehen heute Milliardenbeträge für die Kohle aus - richtigerweise, Herr Meyer-Abich. Dennoch gelingt es nicht, die Kohle wettbewerbsfähig zu gestalten. Die Konsequenz ist, daß der Stahlmarkt und auch andere Sektoren zunehmend ins Schleudern geraten. Drei oder vier Pfennige je Kilowattstunde, Herr Meyer-Abich, sind für stromintensive Wirtschaftszweige tödlich. Fahren Sie einmal an der Elbe entlang und fragen Sie die Unternehmen, die da Strom verbrauchen. Sehen Sie sich die Verhandlungen mit der ICI über die Ansiedlung in Wilhelmshaven an; da entscheiden Bruchteile von einem Pfennig über die Kilowattstunde, ob man noch weiter produzieren kann oder nicht.

Meyer-Abich

Mir ist das schon klar. Aber auf der anderen Seite gelten doch wohl auch die Argumente hinsichtlich unseres langfristigen Interesses an der Kohleversorgung. Welche Argumente sind letztlich ausschlaggebend?

von Bennigsen-Foerder

Wie soll eine langfristige Politik in den Ländern oder im Bund durchgehalten werden angesichts der Haldenbestände? Es wird doch dauernd gewählt.

Meyer-Abich

Wie ist eine Politik zu beurteilen, die nicht imstande ist, für zehn Jahre im voraus zu denken? Bei der Kohle besteht ein Konflikt zwischen der mittelfristigen Versorgungssicherheit und der kurzfristigen Preisentwicklung. Was ich nicht begreife ist, wie eine verantwortliche Energiepolitik diesen Konflikt auf Kosten der mittelfristigen und längerfristigen Versorgungssicherheit entscheiden kann, das heißt zugunsten von Preisvorteilen in den nächsten vier, fünf Jahren die längerfristige Versorgungssicherheit zum Beispiel durch Kohle aufs Spiel setzt.

Wer wird heute beispielsweise noch behaupten, die niedrigen Ölpreise der sechziger Jahre seien gesamtwirtschaftlich vernünftig gewesen? Wir hätten viele Probleme nicht, wenn das Öl damals teurer gewesen wäre. Genauso wird man, wenn wir jetzt nur kurzfristig preispolitisch denken, wahrscheinlich in 10 oder 15 Jahren sagen: Hätten wir seinerzeit für die Kohle etwas höhere Preise zugelassen, dann würden wir später entsprechende Probleme nicht bekommen haben.

von Ehrenstein

Ich stimme mit Herrn Meyer-Abich überein, daß der Preis nicht die alleinige Richtschnur für die Energiepolitik sein kann. Welche Rolle spielt der Preis überhaupt? Im Institut von Herrn Schneider ist errechnet worden, daß die Atomenergie aus dem heutigen Leichtwasserreaktor pro Kilowattstunde mehrere Pfennige billiger kommt als die Kohleenergie. Die Kosten der Endprodukte gehen aber nur zu wenigen Prozenten auf den Energiepreis zurück. Das heißt, eine Verbilligung der Energie selbst um 20 bis 30 Prozent würde die Kosten der Industrieprodukte in vielen Fällen nur um Bruchteile eines Prozentes senken.

Wenn ich in diesem Zusammenhang etwa an die Wechselkursänderungen denke, dann frage ich mich, ob diese Bruchteile eines Prozents oder maximal ein Prozent überhaupt eine Rolle spielen.

Schaefer

Für die gesamte Industrieproduktion macht der Anteil der Energiekosten an den Gesamtkosten ungefähr drei Prozent aus. Es gibt aber eine Reihe von Produkten - und das sind gerade die, auf denen unser Export basiert;- , bei denen sind es eben keine drei Prozent, sondern 20 oder 30 oder mehr Prozent. Da tut es dann weh und würde sogar zum Verlust eines Teils unserer Güterproduktion führen, wenn die Energiekosten auch nur um 10 oder 20 Prozent steigen.

Welbergen

Wenn Sie anstreben, daß wir in Deutschland zukünftig keine chemische Industrie mehr haben, müssen wir mit dieser Philosophie arbeiten.

von Bennigsen-Foerder

Stahl können Sie als ein weiteres Beispiel nehmen.

Schneider

Diese Thematik kann man natürlich nicht auf den Energiepreis beschränken. Da spielen viele andere Fragen der Industriepolitik, der sektoralen Wirtschaftspolitik und auch der Umweltschutzpolitik eine Rolle.

Hildenbrand

In der Tat kann man das wirtschaftliche Argument nicht völlig außer acht lassen. Wenn heute zum Beispiel das Kernkraftwerk Stade abgeschaltet werden würde und die dortige Aluminiumindustrie einen Preis für Strom aus Kohle bezahlen müßte, könnte sie zumachen. Es kommt also schon darauf an, daß die Kernenergie ein paar Pfennige pro Kilowattstunde billiger ist.

Schneider

Selbst wenn wir steigende Preise für Öl, Uran und so weiter zugrunde legen, wird Strom aus inländischer Steinkohle über fünf Pfennig pro Kilowattstunde teurer als Kernenergiestrom, beides bezogen auf neue Werke, die in den achtziger Jahren in Betrieb gehen und heutigen Sicherheits- und Umweltanforderungen genügen. Welche Industrien, die mehr als drei bis vier Prozent Energiekosten haben, wollen Sie dann noch in der Bundesrepublik betreiben? Diesen Punkt müssen Sie in Ihren Überlegungen berücksichtigen, Herr Meyer-Abich. Sie können hier nicht einfach Zahlen hin und her schieben; das hat erhebliche ökonomische Implikationen.

von Ehrenstein

Das Kostenargument leuchtet mir noch keineswegs ein, Herr Schneider. Ich kann mir nicht vorstellen, daß der Einsatz von Kernenergie die Produktionskosten der ganzen Industrieproduktion insgesamt um mehr als ein Prozent verbilligt. Wieso hängt von diesem einen Prozent nun das Wohl oder Wehe unseres Exportes ab? Da schlagen doch Währungsbewegungen sehr viel stärker zu Buch.

Und bei Industriezweigen mit einem besonders hohen Energiekostenanteil könnte man auf andere Weise für einen Ausgleich sorgen, so wie wir das heute schon in der Werftindustrie oder in der Landwirtschaft tun.

Schneider

Leider!

Narjes

Mit dieser Energieverteuerung würden Sie ganze Fertigungsbereiche aus Deutschland verdrängen, zum Beispiel die Elektrostahl- und große Teile der Chemieindustrie und andere energieintensive Produktionen, vor allem auch die Aluminium-, Magnesium- und Keramikindustrie.

Was Ihnen offenbar vorschwebt, Herr von Ehrenstein, ist so eine Art nationalen Energiekostenausgleichs zwischen hoch- und niedrig-energieintensiven Produktionen. Das ist aber weder marktkompatibel, noch ist es vereinbar mit unseren weltwirtschaftlichen Interessen und unseren europäischen Verpflichtungen. Damit würde ein ganzer Kostenfaktor von den Welt und Europamärkten einfach abgekoppelt.

Auch die Werftsubventionen sind ja nur in bestimmtem Umfang gemäß den Absprachen der Europäischen Gemeinschaft und der OECD erlaubt. Wir können damit - solange die Absprachen halten - nicht beliebig verfahren und haben auch kein Interesse daran. Denn wir würden uns als Exportland dadurch selbst am meisten schaden.

Stahl

Den Kostenunterschied zwischen dem Strom aus Kernenergie und aus Steinkohle will ich nicht in Frage stellen. Wenn wir aber die von Herrn Häfele genannten Zahlen ernst nehmen, müßten wir die Verstromer verpflichten, in stärkerem Maße eine Mischkalkulation und dort, wo es wirtschaftlich notwendig ist, auch einen internen Ausgleich vorzunehmen.

Es ist unverkennbar, daß die Kohle bis etwa 1985 in der Bundesrepublik in einer äußerst schwierigen Lage sein wird, und wir müssen stärkere Anstrengungen unternehmen, um dem Steinkohlenbergbau zu helfen, damit er die heutigen Kapazitäten bis 1985 halten kann und nicht etwa zu Einschränkungen gezwungen wird, die dann, wenn die Kapazitäten nach 1985 voll benötigt werden, so schnell gar nicht wieder aufgebaut werden können. Deshalb ist der Vertrag, der zwischen dem Bergbau und den Verstromern abgeschlossen wurde, eine vernünftige Lösung, damit es nicht voll zu Lasten der Kohle geht, wenn die Zuwachsraten nicht eintreten.

Auch im EG-Bereich müßte man unserem Steinkohlenbergbau stärker zur Seite stehen. Den neuen Technologien, wie Kohlevergasung und so weiter kann man erst nach 1985/90 größere Chancen im Markt einräumen. Ebenso sind im Bereich der industriellen Kraftwirtschaft die Möglichkeiten, Kohle einzusetzen, wesentlich größer, als wir es heute wahrhaben wollen.

Schneider

Beim Steinkohlenbergbau ist es in der Tat ein schwieriges Problem, wie die Kapazitäten in den nächsten Jahren durchgehalten werden können. Im übrigen besteht auf mittlere und längere Sicht keine wirkliche Alternativbeziehung zwischen Strom aus Kernenergie und Steinkohle. Wenn der Grundlastbereich nicht wächst, in dem die Kernenergie die niedrigsten Kosten aufweist, wächst auch der Mittel- und Spitzenlastbereich nicht, wo der Strom aus Steinkohle gegenüber Kernenergiestrom besser abschneidet. Um also mehr Steinkohle über die Verstromung abzusetzen, bietet der Ausbau der Kernenergie auf mittlere bis längere Sicht eine günstige Voraussetzung. Eine Expansion des Stromabsatzes auf der Grundlage der heimischen Steinkohle halte ich ökonomisch für illusorisch.

Meyer-Abich

Zweifellos brauchen wir die heutige deutsche Kohlekapazität ab Ende der achtziger Jahre voll; wir sind dann zusätzlich noch auf Importkohle angewiesen. Wir müssen also alles tun, um diese Kapazität zu halten, wenn möglich später sogar zu steigern, und wir müssen möglichst heute schon dafür sorgen, daß uns ab Mitte/Ende der achtziger Jahre die nötigen Importkontingente zur Verfügung stehen.

Was können wir also tun, damit die deutsche Kohleförderungskapazität in den nächsten Jahren gehalten wird? Herr Bund von der Ruhrkohle AG hat vor kurzem im Wirtschaftsausschuß des Bundestages die Frage gestellt, ob man nicht aufgrund der zu erwartenden Schwierigkeiten beim Ausbau der Kernenergie erwägen könne, einige Kraftwerke auch mit Kohle zeitweise im Grundlastbereich zu fahren. Dieser Vorschlag wäre für die Zeit bis 1985 doch wohl realisierbar.

Die Vorräte an Kohle sind vorhanden. Nun heißt es, Kohle sei zu teuer und käme deshalb nicht als Alternative in Betracht. Da stellt sich aber wieder die Frage, nach welchen Kriterien wir darüber entscheiden, ob wir Kohle einsetzen sollen und damit den Strom aus einigen Kraftwerken einige Pfennige teurer beziehen oder nicht. Entscheidend ist doch aber wohl die Versorgungssicherheit und die stellt mittelfristig das größte Problem dar. Natürlich entstehen auch Probleme für bestimmte Industrien, wenn der Strom etwas teurer wird. Dennoch müssen wir meiner Meinung nach der Versorgungssicherheit die Priorität einräumen. Allein durch das bestehende Verstromungsgesetz ist die deutsche Kohleförderung in den nächsten Jahren nicht zu halten.

Schill

Wenn heute anstelle eines modernen Kernkraftwerkes von 1300 Megawatt im Grundlastbereich entsprechende Kohlekraftwerkskapazität eingesetzt würde, entstünden Mehrkosten von mindestens 300 Mio DM jährlich. Eine solche Größenordnung, die sich in einer entsprechenden Belastung der Verbraucher auswirken müßte, kann nicht vernachlässigt werden. Dabei geht es gerade in der gegenwärtigen Situation unserer Wirtschaft um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie, die zu guten Teilen stromintensiv ist. Auch die notwendigen Änderungen in der Industriestruktur gehen nicht ohne erhebliche Kosten ab, und auch die Investitionen für Umweltschutz müssen zunächst erst einmal verdient werden. Im übrigen geben wir im kommenden Jahr bereits über 4 Mrd. DM für die Kohle aus.

Andererseits steht aber ebenso fest, daß wir auch künftig unsere Steinkohle zur Versorgung unbedingt benötigen. Wir müssen uns daher dieses Versorgungspolster für die Zukunft sichern und entsprechende Kohlekapazität vorhalten. Diese Kapazität kurzfristig beliebig zu steigern, ist schon aus technischen Gründen nicht möglich. Aber es gibt auch finanzielle Grenzen. Was in diesem Jahr im Verstromungsbereich erreicht wurde und in den nächsten Jahren umgesetzt wird, stellt bereits das Maximum dar. Hinzu kommt noch, daß auch der Bau von Kohlekraftwerken auf Umweltprobleme stößt, so daß es Mühe kosten wird, die zur Verstromung mittelfristig benötigte zusätzliche Kohlekraftwerkskapazität tatsächlich hinzustellen.

Schneider

Wir sollten jetzt zu anderen Fragen der energiepolitischen Gesamtproblematik übergehen, insbesondere: Welche Rolle kann die Europäische Gemeinschaft bei der Energiepolitik im weiteren Sinne spielen? Vielleicht in der Weise, daß man Entscheidungen, die im nationalen Bereich nicht möglich sind, auf die internationale Ebene hebt, um sie eher realisieren zu können? Darüber hinaus müssen auch die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge deutlich gemacht werden. Diese Politik darf ja nicht innerhalb eines geschlossenen Blocks erfolgen, sondern es muß eine Öffnung für die Zusammenarbeit mit anderen Ländergruppen erreicht werden.

Grossner

Wie sehen die politischen Konsequenzen der europäischen Energiekrise aus? Ob es sich um Kohle, öl oder Kernenergie oder um die Strategie der Energieeinsparung handelt: Keines dieser Probleme kann für die Zukunft mehr auf nationaler Ebene gelöst werden. Hier besteht unumgänglich eine Tendenz zur Europäisierung beziehungsweise zur Internationalisierung. Ich meine, daß wir uns Spielräume verbauen, wenn wir an falschen Fronten kämpfen und uns lediglich um einen möglichst guten Energiemix auf nationaler Ebene bemühen.

Deshalb ist es notwendig, Konsequenzen auf internationaler Ebene zu ziehen. Sollte es erstens beim öl wieder zu einer Situation der Erpressung kommen, so dürfte es sehr viel schwerer sein, dieser auf nationaler Ebene Herr zu werden, als ihr international zu begegnen.

Was zweitens die Kohle angeht, so sind hier außerordentliche Forschungsanstrengungen notwendig, sei es bei der Kohlevergasung, sei es bei der Entwicklung umweltfreundlicher dezentraler

Kohlekraftwerke. Die dafür erforderlichen erheblichen finanziellen Mittel sind bei weitgehend ausgebuchten nationalen Forschungshaushalten in der Zeit bis 1985 national gar nicht mehr aufzubringen. Auch die für die Sicherstellung der Importkohle erforderliche Abstimmung mit internationalen Handelsstrategien kann nicht von einem einzelnen Land, sondern müßte von möglichst starken internationalen Organisationen, etwa von der EG, geleistet werden.

Drittens: Kernenergie. Viele Teile des Zyklus: Uranschürfung, Urananreicherung und dann insbesondere die Entsorgung und Entlagerung werfen allein unter Kostengesichtspunkten und von der Entwicklung neuer Techniken her gigantische Probleme auf. Ich denke etwa an Wissenschafts-Manpower, an Finanz-Involvement, an die Absicherung der Risiken durch internationale Inspektionen. Große integrierte Kernenergiezyklen werden deshalb auf die Dauer kaum noch - ohne internationale Einbindung konfliktfrei funktionieren können. Das gilt also allein schon von den technologischen und organisatorischen Problemen einer neuartigen Großindustrie her.

Hinzu kommt, daß die Legitimationsprobleme und damit das soziale Konfliktpotential auf dem Gebiet der Kernenergie sich auf nationaler Ebene so verstärken werden, daß auch hier eine Internationalisierung er-, wogen werden sollte. Möglicherweise sind diese Probleme auf der Ebene von internationalen Agenturen oder von neuen Institutionen, wie sie bei der INFCEKonferenz oder bei der Europäischen Gemeinschaft entstehen könnten, eher lösbar.

Schließlich viertens: Energieeinsparung. Auch auf diesem Gebiet sind große Anstrengungen beispielsweise im Hinblick auf eine intensive Forschung notwendig. Dies erfordert erhebliche finanzielle Mittel, die national immer schwerer zu beschaffen sind. Ebenso kann eine Veränderung der Preisstruktur, etwa eine Anhebung des Energiepreisniveaus, nicht auf nationaler Ebene durchgeführt werden, weil das die Wettbewerbsfähigkeit, sagen wir, der deutschen Industrie erheblich beeinträchtigen würde.

Alle diese Dinge sind letztlich nur auf internationaler Ebene möglich. Sonst bleibt es bei Appellen, die nur angesichts einer Katastrophe wirksam sind, aber nicht, wenn man antizipieren muß, was in 10 oder 15 Jahren nötig ist, wo doch heute noch reichlich Energie vorhanden ist.

Die Forderung nach neuen Formen der Internationalisierung sieht sich aber - und das verkenne ich keineswegs - folgender Antinomie gegenüber: Einerseits können die Probleme nur auf der internationalen Ebene, bei der EG oder durch neue internationale Institutionen, gelöst werden, andererseits leiden aber eben diese Institutionen gegenwärtig noch an einem Macht-, Kapazitäts- und Know-how-Defizit.

Brunner

Herr Grossner hat die Sachzwänge und die Infrastruktur für eine europäische Energiepolitik angeführt. Ich will den Gesichtspunkt des politischen Willens betonen. Es reicht sicher nicht aus, nur mit Bedauern festzustellen, daß wir um 1985 wahrscheinlich eine Krise bekommen werden. Wir sind dagegen nicht machtlos, zumindest können wir den Verlauf der Entwicklung beeinflussen. Wie ist das am besten möglich, und wie können wir die möglichen Folgen, die Erschütterungen für das politische und das soziale Gefüge abfangen? Es spricht vieles dafür, daß dies national nicht möglich sein wird, zumindest wollen wir versuchen, bis 1985 in der Europäischen Gemeinschaft einen festeren Zusammenhalt zu verwirklichen.

Wir müssen also eine europäische Energiepolitik konzipieren, die mit der wachsenden Integration im Einklang steht, damit vom Energiesektor nicht etwa desintegrierende Wirkungen ausgehen, was angesichts der Tatsache, daß die europäischen Länder alle vom Energieimport abhängig sind, insbesondere beim Öl, sehr leicht möglich ist. Denn diese Importsituation wirkt sich auf die einzelnen Länder der Europäischen Gemeinschaft sehr unterschiedlich aus. Sie macht die Armen noch ärmer, während die Reichen besser dabei wegkommen. Italien zum Beispiel, ein Abwertungsland, muß allein aufgrund der Wechselkursentwicklung zusätzlich zu dem gestiegenen Ölpreis sehr viel mehr Lira aufwenden, um die gleiche Menge Öl wie früher zu bekommen, während die Bundesrepublik Deutschland, ein Aufwertungsland, im Jahre 1976 für die gleiche Menge Öl etwas weniger D-Mark gezahlt hat als 1975.

Auf diese Weise werden die einzelnen Volkswirtschaften immer weiter auseinandergetrieben, zumal der Energiesektor bis zum Jahre 2000 einen wachsenden Teil des Bruttosozialproduktes beanspruchen wird. Wenn wir die Entwicklung so weitertreiben lassen, werden die Chancen für die Vollendung des Gemeinsamen Marktes immer geringer. Deshalb sollten wir aus unserer politischen Zielsetzung heraus versuchen, zumindest in Ansätzen eine gemeinsame Politik zu entwickeln, damit die Interessen der Länder mittelfristig konvergieren können.

Die Ziele habe ich bereits genannt: Wachstum, Sicherung der Versorgung, Verminderung des Risikos durch Diversifizierung auf verschiedene Energieträger. Um den gemeinsamen Energiemarkt herzustellen und auszubauen, brauchen wir den Ansatz zu einer Preispolitik und zu langfristigen Abnahmeverträgen. Langfristig sind gewisse Forschungsziele zu erreichen und unser Gewicht nach außen stärker zur Geltung zu bringen durch gemeinsame Vertretung unserer Interessen.

Wie ist dies am besten zu verwirklichen? Wenn hier von neuen Institutionen die Rede war, die die internationale Zusammenarbeit tragen sollen, so dürfen wir uns da keinen Illusionen hingeben. Es wird kaum möglich sein, solche Institutionen ins Leben zu rufen; denn die kurzfristigen Interessen gehen heute zum Teil weit auseinander. Wir müssen schon das nutzen, was wir gegenwärtig an Institutionen haben. Und das ist gar nicht so wenig. Die Europäische Gemeinschaft verfügt heute bereits über eine ganze Reihe von institutionellen und politischen Möglichkeiten, die ich Ihnen kurz in Erinnerung rufen möchte. Dies sind die Ansätze für eine gemeinsame Politik.

Zunächst haben wir einen weitgehend liberalisierten Warenverkehr. Dabei wäre im Energiebereich eine größere Steuerharmonisierung notwendig. Es besteht in Europa eine ausgedehnte Kapitalverflechtung, die ebenfalls als eine übernationale Komponente wirkt. Dann sind wir vertraglich gehalten, möglichst überall gleiche Wettbewerbsbedingungen herzustellen. Aus dieser Forderung sind Konsequenzen für die Energieeinsparungen zu ziehen, sonst läuft auch auf diesem Gebiet, ähnlich wie bei den Zahlungsbilanzen aufgrund der Ölimporte, die Entwicklung in den Ländern auseinander. Hier können wir in der Gemeinschaft als Gesetzgeber tätig werden; wir können Verordnungen und Richtlinien erlassen, die nicht mehr über ein nationales Parlament abzuändern sind, sondern die direkt geltendes Recht werden.

Bei Euratom ist eine Versorgungsagentur für Uran bereits tätig. Auch wenn sie nicht zur Zufriedenheit aller funktioniert, spielt sie dennoch bei der Uranversorgung eine wichtige Rolle.

Euratom ist auch das einzige regional funktionierende Sicherheitssystem, das zudem im Rahmen des Verifikationsabkommens mit der Internationalen Atomenergie-Organisation in Wien kontrolliert wird. Dort werden die gemeinsamen Interessen der Mitglieder gegenüber Dritten wahrgenommen. Auch das wird bei der Entwicklung der Kernenergie in Europa eine wichtige Rolle spielen.

Wie können wir in Europa eine größere Standardisierung der Sicherheitsbestimmungen erreichen? Wichtig wäre auch eine gewisse Abstimmung über die Orte, bei denen Kernenergieanlagen gebaut werden sollen. Vielleicht kann die Kommission hier sogar ein gewisses Mitwirkungsrecht erhalten. So werden heute häufig Kernanlagen in Grenzgebieten errichtet, wodurch mehrere Staaten berührt werden. Da wird eine gemeinsame Entscheidung notwendig.

Auch bei der Gemeinschaft für Kohle und Stahl gibt es neue Ansätze. Das System der Kokskohlebeihilfen ist bis 1982 verlängert worden. Zur Zeit diskutieren wir über die Subvention von Kohle für Kraftwerke und über die Subventionierung von Haldenhaltungen in der Gemeinschaft. Dabei spielen die Vorratshaltung auf weite Sicht und die Importkohle eine große Rolle.

Weiter: Der Haushalt der Gemeinschaft stellt Mittel zur Finanzierung einer gemeinsamen Energiepolitik bereit. Sie sind gegenwärtig noch bescheiden, lassen sich aber steigern. Die Forschungsmittel im Gemeinschaftshaushalt betragen inzwischen schon 31/2 Milliarden D-Mark. Das mag im Vergleich zu den nationalen Budgets der großen Staaten nicht sehr viel sein. Vergleichen Sie das aber mit den Forschungshaushalten kleiner Staaten.

Grossner

Im Bundeshaushalt ist es auch nicht viel mehr.

Brunner

Eine weitere Möglichkeit stellen Anleihen auf dem Kapitalmarkt dar: So wurde im März dieses Jahres eine Euratom-Anleihe in Höhe von 650 Mio Dollar beschlossen. Ferner hat die Kommission dem Rat Vorschläge für ein neues Anleihe-Instrument der Gemeinschaft unterbreitet. Über dieses Instrument der Gemeinschaft wird auch auf dem Europäischen Rat im Dezember diskutiert wurden. Mein Eindruck ist, daß der Widerstand dagegen nachläßt.

Aus dem Erlös dieser Anleihe werden wir den größten Teil für Energietransportprojekte aufwenden. Auf diesem Feld können wir durch finanzielle Solidarität gemeinsame Projekte vorantreiben. Wir haben überdies die Möglichkeit, stärker als bisher Demonstrationsprojekte bei alternativen Energien - Geothermik, Sonnenenergie - und bei der Energieeinsparung gemeinsam zu finanzieren.

Ich wiederhole noch einmal, daß das Konzept einer europäischen Energiepolitik von den vorhandenen institutionellen Gegebenheiten ausgehen und in Beziehung zu den allgemein erklärten Zielen der Europapolitik stehen muß. Wir dürfen uns nicht in diffuse Überlegungen zur Neubildung neuer internationaler Systeme verlieren.

Was die Verwirklichung gemeinsamer Ziele angeht, so sehe ich für die Europäer keine andere Möglichkeit historisch wirksamen Handelns, als in Richtung auf die Europäische Union fortzuschreiten. Das ist der einzige Neubau, den Europäer in dieser Zeit erstellen können. Alles andere wird sich bestenfalls auf kleinere Reparaturarbeiten am Bestehenden beschränken. Das Bestehende wird allerdings kaum ausreichen, sollte es um 1985; tatsächlich zu einer großen Energiekrise kommen.

Levy

Liegen die Beziehungen zur OPEC in einer gemeinsamen europäischen Verantwortung, oder sind dafür die einzelnen Länder verantwortlich? Wie steht es um die Zuständigkeit und Kompetenz der Europäischen Gemeinschaft auf dem Energiesektor?

Brunner

Hier greift teilweise das Instrumentarium der Handelspolitik der Gemeinschaft. Auf der anderen Seite besitzen wir noch keine gemeinsame Energiepolitik, so daß die Nationalstaaten über einen längeren Zeitraum auch parallel zu den Aktivitäten der Gemeinschaft tätig sind.

Levy

Parallel oder an der Seite?

Brunner

In jeder Form; mit Sicherheit auch in mitunter chaotischer Weise.

Schneider

Parallel zu einer Straße führt auch der Straßengraben.

Kloss

Bei der Bedeutung der Energiekosten für die volkswirtschaftlichen Gesamtkosten kann eine gemeinsame Energiepolitik nur funktionieren, wenn eine gemeinsame Wirtschafts-, Währungs- und Finanzpolitik vorhanden ist. Denn das, was wir in der Regionalpolitik erleben, können wir uns auf dem Gebiet der Energie nicht leisten. Es ist dann nur die Frage, ob wir zuerst die Währungs-, Wirtschafts- und Finanzpolitik installieren müssen oder ob wir hoffen können, daß eine gemeinsame Energiepolitik die gemeinsame Wirtschafts-, Währungs- und Finanzpolitik erzwingt. Letzteres glaube ich nicht.

Brunner

Wir sind die Illusion losgeworden, daß man die Wirtschafts- und Währungsunion nach dem ursprünglich vorgesehenen Zeitplan zustande bringt. Natürlich fördert eine Harmonisierung in wichtigen Sektoren, wie zum Beispiel im Energiebereich, dieses Ziel. Man könnte umgekehrt sagen: Eine Wirtschafts- und Währungsunion ist so lange unmöglich, zumindest sehr schwer zu erreichen, wie keine Fortschritte in Richtung auf eine gemeinsame Energiepolitik erzielt werden.

Welbergen

Wir haben, wie Herr Brunner sagt, noch keine geschlossene Energiepolitik für die ganze Gemeinschaft. Ich sehe es als Aufgabe der Wirtschaft und der Wissenschaft an, den Politikern hier eine Entscheidungshilfe zu geben, mit der sie etwas anfangen können.

Hier geht es um das Entwerfen einer Entscheidungsmatrix, in der die verschiedenen Interessen mit ihren Vor- und Nachteilen abgewogen werden. Dazu gehören Zahlungsbilanz-, Finanz- und Steuerprobleme, die im Zusammenhang mit der Energiefrage auftreten können. Wir müssen dann aber so gut es geht quantifizieren, was gegen die eine oder die andere Lösung spricht. Natürlich können wir über verschiedene Szenarien reden. Aber es genügt nicht, nur darauf hinzuweisen, in dem einen Fall hätten wir ein Finanzproblem, in dem anderen ein CO₂-Problem. Was sollen die Politiker mit einer solchen Aussage anfangen? Wir müssen das doch gewichten. Es kommt darauf an, der Energiepolitik eine Richtung zu weisen, die nicht im Dirigismus endet.

Dieser Aufgabe sollten sich Wirtschaft und Wissenschaft gemeinsam stellen. Wenn wir nämlich so weiterreden wie bisher, werden die Politiker "still be confused but at a higher level".

Lantzke

Sie sagten vor kurzem, Herr Brunner, die europäische Energieversorgung sei von zwei großen Risiken bedroht. Das eine sei die OPEC-Politik, das andere die Politik der Vereinigten Staaten von Amerika. Ich halte das für völlig richtig. Dies ist die knappste Formulierung des europäischen Problems, von der her man alles entwickeln kann.

Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß die Sicherung der Ölversorgung trotz aller Anstrengungen Europas - der einzelnen Länder wie auch auf der Ebene der Gemeinschaft - letztlich von den guten politischen Beziehungen der USA zu Saudi-Arabien und dem Iran abhängt und von nichts anderem, Öl wird für den Rest dieses Jahrhunderts der bedeutendste Energieträger bleiben. Dort Anstrengungen zu unternehmen, um auch Europa - über die Europäische Union oder ähnliche Vorstellungen - stärker ins Gewicht zu bringen, würde auch ich für sehr wesentlich ansehen. Auf diese Weise ließe sich vielleicht die einseitige Außensicherung des Verhältnisses zur OPEC ein wenig ausbalancieren.

Von der Politik der Vereinigten Staaten sind wir in doppelter Hinsicht abhängig. Einmal in bezug auf die Auswirkungen der amerikanischen Energiepolitik auf den Weltmarkt und damit unmittelbar auf die Angebots-Nachfrage-Bedingungen. Dieses Problem wird zur Zeit im Kongreß behandelt. Wir können nur hoffen, daß dabei etwas Vernünftiges herauskommt. Zum anderen aber spielen die Vereinigten Staaten bei dem wichtigsten zukunftssträchtigen Energieträger, der Nuklearenergie, eine bedeutsame Rolle, was sich seinerseits auf die ganze politische Diskussion, die damit heute verbunden ist, auswirkt. Auch hier besteht eine klare Abhängigkeit.

Riesenhuber

In welchen Bereichen kann die Europäische Gemeinschaft tätig werden, um die nationalen Energiepolitiken zu ergänzen oder gar zu ersetzen? Ich sehe da wenig Anlaß zu Optimismus. Dafür sind im Grunde drei Voraussetzungen mehr oder weniger unabdingbar. Erstens ein weitergehendes Budgetrecht, zweitens eine weitergehende Übertragung von Kompetenzen und drittens die Direktwahl eines Europäischen Parlaments - wobei der letzte Punkt wahrscheinlich wieder die Voraussetzung für die beiden ersten ist. Und die Aussichten sind gegenwärtig für alle drei Punkte nicht gerade günstig. Ob beispielsweise das Europäische Parlament überhaupt und wenn ja, zu welchem Zeitpunkt, direkt gewählt wird, ist zur Zeit offen.

Wenn man vor diesem Hintergrund diejenigen Teilprobleme überprüft, die uns direkt angehen, dann sehe ich nur begrenzte Bereiche, in denen Europa wiederum nur begrenzte Beiträge leisten kann. Ober gemeinsame Forschungs- und Demonstrationsprojekte etwa gibt es keinen Streit; das sind wichtige Dinge. Wie außerordentlich schwierig es ist, hierbei auf nationale Projekte zugunsten europäischer Projekte zu verzichten, hat die Entscheidungsfindung bei JET gezeigt. Das kann nicht das Modell einer Entscheidungsfindung bei Großforschungsprojekten sein; sonst wird die nationale Forschung in unerträglicher Weise zu Lasten einer europäischen Forschung begünstigt.

Auch bei den anderen Instrumenten, die für eine Energiepolitik in Frage kommen, bin ich nur bedingt optimistisch. Ich denke beispielsweise an gemeinsam finanzierte Vorräte. So dürfte der Vorschlag einer gemeinsam finanzierten europäischen Kohlereserve derzeit aus naheliegenden nationalen Interessen wenig aussichtsreich sein. Das gleiche gilt für den Vorschlag, gemeinsame Uranvorräte einzurichten. Die Regelung einer gemeinsamen Entsorgung für Kernkraftwerke wird darauf hinauslaufen - sofern überhaupt eine Harmonisierung der unterschiedlichen Entsorgungskonzepte der einzelnen Länder möglich ist;- , daß eine formale europäische Zuständigkeit für national geschaffene Entsorgungszentren errichtet wird. Das kann durchaus politische Vorteile haben, wird aber die unmittelbaren Probleme selbst nicht lösen. Ob die begrenzten eigenen europäischen Energiereserven in eine gemeinsame Strategie eingebracht werden, steht im Augenblick völlig dahin. Ich weise in diesem Zusammenhang nur auf das holländische Gas und das englische Öl hin.

Klopft man die verschiedenen Punkte nacheinander ab, ist die Aussicht, zu einer effektiven integrierten europäischen Energiepolitik zu kommen, ohne daß die europäischen Entscheidungen eine neue Qualität erreichen, kaum sehr groß. Es fragt sich, wie die Chancen für ein höherem Maß an gemeinsamer Politik beispielsweise auf den eingangs genannten drei Gebieten in absehbarer Zeit stehen.

Wie verhält es sich mit der von Herrn Grossner erwähnten Möglichkeit,

Sommer

Eine Internationalisierung halte auch ich für wünschenswert, Herr Grossner, aber ich warne davor, einfach abzuwarten, bis die Energiepolitik internationalisiert ist, auf welcher Ebene und in welchem Rahmen auch immer. Zum anderen glaube ich kaum, daß die Probleme dann leichter zu handhaben wären.

Die Politik internationaler Organisationen besteht aus eingespeisten und abgeglichenen nationalen Programmen und Standpunkten. Wenn ich da meine Erfahrung von der Hardthöhe einbringen darf: Die Zahlen, die die NATO über die Bundeswehr veröffentlicht, hat natürlich die Bundeswehr geliefert. Ich nehme an, daß es bei der OECD oder der EG nicht viel anders ist. Es mag nun kluge Internationalisten geben, die interessante Studien schreiben. Aber diese Studien unterliegen dann wiederum dem Prozeß des Aushandelns, des Abschleifens, und dabei setzt sich selten die Vernunft durch - meistens die Macht. Die internationalen Machtstrukturen können nicht durch neue Sachzwänge aus den Angeln gehoben werden. Wenn es Kompromisse gibt, entsprechen sie selten dem, was den Autoren der Papiere ursprünglich vorschwebte.

Claus Grossner scheint mir von der zu engen Vorstellung beherrscht zu sein, daß sich technokratische Entscheidungsstrukturen rationalisieren ließen. Das wäre vielleicht ganz vernünftig, löst aber das Problem nicht, schon gar nicht das der demokratischen Legitimation. Je weiter die Entscheidungen in internationale Fernen rücken, desto umkämpfter sind die an den nationalen Fronten. Das soziale Konfliktpotential ist nicht dadurch zu entschärfen, daß man die Verantwortung für die Entscheidung auf internationale Agenturen oder auf bürokratische Begräbnisanstalten wie die INFCE abwälzt.

Diese Legitimation, darin stimme ich Herrn Riesenhuber zu, gelingt nicht einmal der Europäischen Gemeinschaft, jedenfalls so lange nicht, wie sie über kein Parlament verfügt, in welchem sie sich nicht nur technokratisch, sondern auch politisch und moralisch artikulieren kann. Selbst von dort würde der Streit immer wieder in die einzelnen Staaten zurückgetragen. Wir sollten auch nicht der Versuchung erliegen, schwierige Entscheidungen an eine internationale Technokratie abzuschieben; denn damit würden wir unseren gesamten demokratischen Entscheidungsprozeß aushöhlen.

Für eine europäische Energie-Innenpolitik heißt das: Zunächst kommt es im Rahmen dessen, was Herr Brunner geschildert hat, darauf an, nationale Energiestrategien zu parallelisieren und zu harmonisieren, so wie wir dies auch auf anderen Gebieten tun. Dabei hat die Kommission ihre Rolle, aber auch der Rat - und dieser im Augenblick vielleicht sogar die wichtigere.

Ein Wort zur Energie-Außenpolitik: Die Krise, die wir alle erwarten, zwingt die EG-Mitglieder dazu, ihre Araberpolitik noch sehr viel schärfer herauszuarbeiten als bisher. Sie dürfen den Dialog mit den OPEC-Staaten nicht einfach als unbequeme politische Übung schleifen lassen, sondern müssen ihn immer wieder bewußt anpacken, weitertreiben und zu einem positiven Ende zu bringen versuchen.

Wie Herr Lantzke, sehe ich das andere große Problem der Energie-Außenpolitik im Verhältnis zwischen Europa und den Vereinigten Staaten heranwachsen. In doppelter Hinsicht: Einmal werden die Amerikaner im Nahen Osten als Ölkäufern immer mehr zu Rivalen. Selbst Präsident Carters Programm wird daran fürs erste nicht allzuviel ändern. Zweitens spielen sich die Amerikaner als eine Art nuklearer Fronvogt auf, der über uns die Knute schwingt, entweder als Lieferant von Technologie oder als Lieferant von Uran.

Für die Europäer, besonders für uns Westdeutsche, entsteht daraus ein peinliches Dilemma. Auf der einen Seite sind wir weiterhin auf die Garantormacht Vereinigte Staaten angewiesen, die für unsere Sicherheit im alten Verständnis des Begriffes, also die rein militärische Sicherheit, einsteht. Ich sehe nicht, wie sich daran in den nächsten zwei, drei Jahrzehnten sehr viel ändern sollte. Andererseits gefährden die Amerikaner unsere Sicherheit in einem anderen Verständnis des Begriffes, wenn wir nämlich an Versorgungssicherheit und damit an soziale und wirtschaftliche Sicherheit denken. Dieses sind Probleme, die kaum perzipiert, schon gar nicht rezipiert worden sind. Sie spiegeln sich noch nicht einmal in den außenpolitischen Debatten wider.

Levy

Der amerikanische Beitrag zur militärischen Sicherheit garantiert zugleich die Versorgungsmöglichkeiten mit Energie. Wieso gefährden die USA die Versorgungssicherheit, wenn sie drei oder vier Mio Barrels täglich mehr oder weniger verbrauchen? Oder meinen Sie, daß die Gefahr von den amerikanischen Ölgesellschaften ausgeht, die Europa und Japan vernachlässigen werden, um Amerika zu versorgen?

Sommer

Ich sehe eine Gefährdung unserer Versorgungssicherheit darin, daß die Amerikaner immer mehr auf das Reservoir zurückgreifen, das wir ursprünglich für uns gedacht hatten.

Was die Rolle der Ölgesellschaften angeht, so habe ich überhaupt keinen Grund, ihre frühere und heutige Haltung zu tadeln. Ohne die Ölmultis wäre es 1973 und 1974 sicherlich nicht gelungen, die Krise zu überstehen. Ich weiß aber nicht, wie diese Gesellschaften in einer künftigen Krise ihre Loyalitäten aufteilen werden zwischen den Ölförderländern, der amerikanischen Regierung und den europäischen Verbrauchern.

Levy

Sie meinen also, daß die Absprachen innerhalb der Internationalen Energie-Agentur verletzt werden?

Maier-Leibnitz

Was Entscheidungen von internationalen Agenturen angeht, bin ich mit Ihnen völlig einig, Herr Sommer. Die Frage ist aber, ob Herr Ueberhorst einen besseren Rat von den Wissenschaftlern bekommt, wenn diese vorher in den internationalen Organisationen miteinander gesprochen haben. Vielleicht können dadurch die Entscheidungen bei uns besser vorbereitet werden.

Sommer

Potenziert sich nicht automatisch auch das Mißtrauen in den Sachverstand, wenn er akkumuliert vorgetragen wird? Ich bezweifle, daß die Internationalisierung der Diskussion das Problem grundsätzlich verändert.

Freiherr von Weizsäcker

Das internationale Gespräch bietet den Wissenschaftlern selbst eine Kontrolle; dadurch kann die Überzeugungskraft, mit der sie sich äußern und die auch von ihrer eigenen Überzeugtheit abhängt, gesteigert werden. In diesem Punkte bin ich also derselben Meinung wie Herr Maier-Leibnitz.

Maier-Leibnitz

Zweifellos kann der wissenschaftliche Erfolg größer sein, wenn ein solches Unternehmen europäisch organisiert ist und Wissenschaftler aus den verschiedenen Ländern beteiligt sind. Das abschreckende Beispiel von Euratom sollte sich nicht unbedingt wiederholen.

Grossner

Ich teile Herrn Sommers Skepsis gegen technokratische internationale Organisationen. Ich meine aber, daß man die EG nicht unmittelbar unter diese Oberkategorie subsumieren kann. In bestimmten außenpolitischen Situationen ist die EG doch mehr als die Summe ihrer Teile; das hat sich beispielsweise in den Beziehungen zu China oder zu den arabischen Ländern deutlich gezeigt. Das mag bis heute nicht sehr relevant gewesen sein, aber in schweren internationalen Krisen können bestimmte Probleme, die auf nationaler Ebene nicht mehr zu lösen sind, möglicherweise doch mit so einer internationalen credibility gelöst werden.

Auf der anderen Seite fehlt Herrn Sommer offenbar die Kenntnis, daß die Optionen, auf nationaler Ebene bestimmte Forschungs- und Technologieentwicklungen voranzutreiben, heute schon verbaut sind. Die Forschungshaushalte sind fast überall durch Fortschreibung über Jahre hinaus vollkommen ausgebucht. Wir müssen aber bei Kohle, Öl und Kernenergie erhebliche Anstrengungen unternehmen, die national weder vom Personal noch vom Kapital her mehr finanziert werden können. Wenn die Pilotprojekte durchgeführt und neue Technologien entwickelt werden sollen, kann nur noch durch gemeinsame internationale Finanzierungsanstrengungen etwas erreicht werden. Die Europäische Gemeinschaft verfügt immerhin über ein überproportional wachsendes Finanzbudget im Forschungs- und Technologiebereich; sie hat auch die benötigten Kapazitäten. Wenn überhaupt noch etwas zu machen ist, dann im Gemeinschaftsrahmen.

Lantzke

Internationale Organisationen können zwar eine Plattform sein, um auf eine Parallelisierung der Politiken hinzuwirken, aber ich glaube nicht, daß sich die Entscheidungsprozesse selbst internationalisieren lassen. Der Konfliktstoff ist in den einzelnen Ländern so unterschiedlich, daß sich

keine allgemeine Lösung für diese Probleme anbietet. Auch die politische Meinungsbildung kann nicht durch Internationalisierung gefördert werden.

Ich bin weiter der Meinung, Herr Grossner, daß sich das Forschungspotential weder vom Budget noch vom personellen Volumen her allein schon dadurch vergrößern läßt, daß man es auf internationale Organisationen verlagert. Im Gegenteil, die Erfahrung zeigt, daß wir letztlich auf vorhandene nationale Institutionen zurückgreifen müssen. Da ist allerdings eine verstärkte Zusammenarbeit notwendig.

Grossner

Die Finanzierung und die Steuerung machen Sie bei anderen EG-Aktionen ja auch.

Lantzke

Aber das ist ein schwieriger Bereich.

Riesenhuber

Ich stimme Herrn Lantzke voll zu: Die Zunahme der europäischen Forschungshaushalte wird aus wachsenden nationalen Beiträgen gespeist und aus keiner anderen Quelle. Insofern ist die Frage, ob größere Forschungsprojekte im europäischen Rahmen eher durchgeführt werden können als im nationalen, zumindest offen.

Beim JET-Projekt hätte Deutschland für einen Standort Garching auch 60 Prozent der Kosten getragen. Es gab ernsthafte Überlegungen, ob wir nicht bereit sein müssen, 100 Prozent zu tragen, um den Entscheidungsprozeß, der sich unerträglich in die Länge zog, zu einem vernünftigen Ende zu bringen. Internationalisierung würde dann bedeuten, daß die verschiedenen Projekte zwar untereinander abgestimmt, aber von jeweils einem Land allein getragen werden.

Brunner

Die nationale Finanzierung des EG-Haushalts findet nur noch bis zum nächsten Jahr statt, Herr Riesenhuber. Von 1978 an wird der EG-Haushalt aus den Abschöpfungen und aus einem Prozent der Mehrwertsteuer direkt finanziert.

Sommer

Können Sie über die Fortdauer der Abschöpfungen sicher sein?

Brunner

Da bin ich ganz sicher.

Sommer

Je mehr Geld die Gemeinschaft bekommt, desto größer wird die nationale Begehrlichkeit, diese Einkünfte wieder zu beschneiden.

Brunner

Man sollte im Hinblick auf die Europäische Gemeinschaft nicht so sehr die Frage stellen: Wie viele Divisionen hat der Papst? Wenn ich mir die Entwicklung der letzten Jahre vor Augen führe, kann ich nur konstatieren, daß die Kommission heute schon erhebliche Möglichkeiten besitzt, die Mitgliedsstaaten zu überzeugen. Und ist erst einmal eine Entscheidung gefallen, erfährt die ganze Entwicklung eine nicht zu unterschätzende Kontinuität.

Ich habe das JET-Projekt durch vier Regierungswechsel gebracht und den Wechsel von sechs Außen- sowie sieben Forschungsministern erlebt. Ich habe dabei immer wieder mit Befriedigung festgestellt, daß sich das Nein von Regierungen doch überwinden läßt.

Die sanfte Überzeugung hat eine reale politische Bedeutung. Das heißt, die Europäische Gemeinschaft ist zweifellos auch innenpolitisch ein Faktor; nicht nur über die Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch die Medien, sondern auch durch Aktivierung der Zusammenarbeit mit Gemeinden, Regionen oder mit Fachleuten. Das ist eine Quelle politischer Macht. Das begreifen nationale Politiker häufig zwar erst im konkreten Konfliktfall, aber glauben Sie mir, es bewegt einiges.

Was die Entwicklung einer gemeinsamen Energiepolitik angeht, so sind wir sicher daran interessiert, für eine Kontinuität zu sorgen, um nicht mit jedem Regierungswechsel, mit jeder Landtagswahl Gefahr zu laufen, daß der eine oder der andere nicht mehr mitmacht, weil er zum Beispiel nicht mit der heimischen Kohle in Konflikt kommen, oder weil er gegen seine schottischen Raffinerien nichts unternehmen will oder weil er sich vor seinen Umweltschützern in acht nehmen muß. Von dieser Ebene müssen wir wegkommen, und dafür besteht in der Europäischen Gemeinschaft eine Basis.

Nun hat Herr Riesenhuber gefragt, ob es möglich sei, einen europäischen Rahmen für die Wiederaufbereitung zu finden. Eine Wiederaufbereitungsanlage in Europa müßte eine Kapazität haben, um etwa 30 Kernkraftwerke zu bedienen. Das bedeutet einen erheblichen Kapitalaufwand. Für derartige Dinge empfiehlt sich in der Tat eine europäische Lösung. Wir haben im Euratom-Vertrag die Rechtsform des gemeinschaftlichen Unternehmens; wir können über Anleihen finanzielle Mittel außerhalb des Haushalts zu sehr günstigen Konditionen aufbringen. Das Sicherheitssystem von Euratom bietet eine zusätzliche Garantie. Wir werden bei einem solchen Projekt ohnehin international unter starken Druck geraten, regionale Lösungen zu suchen. Lohnt es sich nach Ihrer Meinung, in dieser Richtung zu arbeiten?

Lantzke

Da müssen wir einmal in Paris anfragen.

Riesenhuber

Aus geologischen Gründen befürworten die Wissenschaftler Gorleben als Standort für eine europäische Wiederaufbereitungsanlage. Wenn das aber klar ist, können wir nicht erst die europäische Abwicklung abwarten, sondern müssen das Projekt national durchziehen. Eine Internationalisierung würde weder etwas an der Durchführung noch an der Trägerschaft, noch am Standort ändern. Ich sehe deshalb nicht, wie dadurch die nationalen Entscheidungsprozesse erleichtert werden sollen.

Nur noch eine Bemerkung zu dem JET-Projekt, Herr Brunner. Es ist ja eine großartige Leistung, daß Sie mit JET sechs Außenminister und sieben Forschungsminister überlebt haben, Vielleicht kommen noch mehr hinzu. Aber damit ist auch viel Zeit verstrichen, und es gibt ernst zu nehmende Leute, beispielsweise bei ERDA in den USA, die der Ansicht sind, daß sich das JET-Projekt bereits überlebt hat und man heute, wenn man die Option von neuem offen hätte, ein anderes Projekt wählen würde.

Der Zeitfaktor ist bei solchen Projekten also von größter Bedeutung, weil sie sonst an Wert verlieren. Das gilt auch für die Folgeprojekte. Gerade in diesem Bereich steht und fällt Europa nicht nur mit seiner Fähigkeit, langfristig Standpunkte durchzuhalten, sondern auch kurzfristig wirksame Entscheidungsmechanismen zu entwickeln und durchzusetzen.

Schill

Sie werden es mir nachsehen, Herr Brunner, wenn ich sage, daß die Instrumente, die bisher auf europäischer Ebene entwickelt wurden, um der Gefahr einer Energiekrise zu begegnen, nicht allzu effizient sind. Es ist daher sicher zweckmäßig, wenn sich die einzelnen Mitgliedsstaaten der EG in Programmen ein Bild über ihre eigene Situation zu machen versuchen. Erstrebenswert ist aber darüber hinaus, daß im Rahmen der EG, aber auch der Internationalen Energie-Agentur darauf hingearbeitet wird, die energiepolitischen Ziele der Einzelstaaten kompatibel zu machen und immer stärkeren Einfluß auch auf die Durchführung zu gewinnen. Dieser Weg kann auf die Dauer zum Erfolg führen.

Angesichts der gegenwärtigen Situation auf der europäischen Ebene kommen wir aber nicht darum herum, nationale Energiepolitik zu betreiben, und zwar so zügig und effizient wie möglich. Aufgrund unserer Abhängigkeit muß die Versorgungssicherheit unser oberstes Ziel sein. Dem soll in erster Linie die Diversifizierung der Bezugsquellen und die Suche nach alternativen Energien dienen. Hierbei müssen wir allerdings illusionslos vorgehen, insbesondere was die zeitlichen Perspektiven der Realisierung angeht. Und wenn keine der Alternativen rechtzeitig zur Verfügung steht, können wir, so schwer das manchem fallen mag, auf Kernenergie nicht verzichten.

Nun ist deutlich geworden, daß die Kernenergiekrise offenbar weniger eine Frage der technischen Sicherheit oder der Entsorgung, als vielmehr eine moralische Krise unserer Gesellschaft ist. Da wir nicht darauf warten können, bis sich die Menschen allmählich auf diese neue Technologie eingestellt haben, kommt es darauf an, Strategien zu entwickeln, die geeignet sind, das Vertrauen in diese Technik zu stärken.

In diesem Zusammenhang wird mehr Transparenz gefordert. Die Möglichkeiten dazu sind indes begrenzt. Sicher lassen sich Entscheidungsvorbereitungen noch durchsichtiger machen, und hier liegt auch eine Aufgabe für die Ministerialbürokratie. Diese sieht sich aber gelegentlich auch einer gewissen Reserve seitens der Parlamentarier gegenüber. Manche Parlamentarier scheinen ein Übergewicht einer Technokratie zu befürchten und anzunehmen, die Bürokratie verfüge monopolartig über Sachverstand und Kenntnisse, sei jedoch nicht bereit, diese mitzuteilen. Das ist aber nicht der Fall. Ganz im Gegenteil; wir bieten uns immer wieder zum Gespräch an, ohne daß diese Möglichkeit, wenn ich es richtig sehe, von den Politikern in der Vergangenheit hinreichend genutzt wurde. Ich muß aber dankbar vermerken, daß es gerade in den letzten Wochen zu einer ganzen Reihe von intensiven Gesprächen mit Abgeordneten gekommen ist. Hierdurch könnten auch die politischen Entscheidungsprozesse gefördert worden sein.

Narjes

Was kann die Europäische Gemeinschaft leisten? Nirgendwo hat die Gemeinschaft so viele Kompetenzen wie im Energiebereich. Im Montanvertrag über Kohle und Stahl sind die Zuständigkeiten und Handlungsmöglichkeiten der Gemeinschaft in bezug auf die Kohle detailliert aufgeführt. Bei Euratom gibt es ein ganzes Vertragswerk hinsichtlich der Kernenergie. Die EG verfügt auch über hinreichende Zuständigkeiten beim Öl. Warum ist aus alledem nichts geworden?

An der Kohle war in dem Augenblick niemand mehr interessiert, als mit dem Übergang zur Ölwirtschaft der Zugriff zur Ruhrkohle uninteressant wurde und es nichts mehr zu verteilen gab.

Gegen den Euratom-Vertrag stand das Veto von de Gaulle, die in dem Vertrag angelegte Interessenverschmelzung von militärischer und friedlicher Nutzung der Kernenergie fortzuführen. Auf diese Weise wurde auch die friedliche Entwicklung selbst auf ein Minimum reduziert, nämlich auf den gemeinsamen Einkauf von Uran und einige forschungspolitische Randtätigkeiten.

Die Energiepolitik ist wohl deshalb politisch am brisantesten, weil sie die meisten außenpolitischen und Sicherheitsaspekte und damit den harten Kern nationaler Interessen berührt. Deshalb kommen wir in der Frage einer europäischen Energiepolitik ohne eine parallele politische Entwicklung der Gemeinschaft nicht weiter.

Die Misere vor allem der 60er Jahre, als man fortlaufend mit neuen Plänen versuchte, zu einer Gemeinschaftspolitik für Energie zu kommen, bestand doch darin, daß für de Gaulle und für Frankreich die engere nationale Unabhängigkeit der Versorgung im Krisenfall das oberste nationale Ziel blieb. Darin war kein Platz für den europäischen Markt und für die europäische Zusammenarbeit. Nach der Erweiterung der Gemeinschaft gibt es leider Anzeichen, daß das englische Denken nicht weit von dem der Franzosen entfernt ist. Damit sind aber heute jedem Versuch, eine gemeinsame europäische Energiepolitik zu schaffen, enge Grenzen gesetzt.

Herr Levy hat zu Recht die Frage gestellt: Warum wird Europa als Gemeinschaft in Nahost nicht aktiver? Ich will die Antwort geben: Weil die arabischen Ölproduzenten in jedem euro-arabischen Dialog sofort die politischen Probleme des Nahostraumes aufwerten und beispielsweise die Anerkennung der PLO und eines eigenständigen Palästina-Staates zur Bedingung eines Vertragsabschlusses machen. Da wir, die europäischen Länder, uns darüber intern nicht einig sind, können wir nur versuchen zu lavieren, Zeit zu gewinnen, auf kleine Fortschritte hinzuarbeiten und den Dialog insgesamt nicht abreißen zu lassen. Ein Durchbruch wird so lange nicht zu erzielen sein, wie die politischen Bedingungen der anderen Seite darauf hinauslaufen, den Staat Israel fallenzulassen.

Da die Europäische Gemeinschaft in den letzten Jahren eine gemeinsame Energiepolitik politisch eher behindert als entwickelt hat, besteht vermutlich auch kaum die Bereitschaft, Herr Brunner, die Frage nach einem europäischen Entsorgungszentrum positiv zu beantworten. Das wäre ursprünglich einmal eine Aufgabe für Euratom gewesen. Ich sehe aber derzeit keine realistische Chance für den Bau einer europäischen Anlage, solange die gegenwärtige Politisierung aller sensitiven Positionen der Kernenergie fortbesteht und die Trennung zwischen Kernwaffenstaaten und Nicht-Kernwaffenstaaten immer noch nach Europa hineinwirkt.

Wie kann sich die europäische Politik handels- und wirtschaftspolitisch in die Weltsituation einordnen? Ich unterstreiche noch einmal: Wir müssen auf jeden Fall verhindern, daß der Handel mit Primärenergie aus der Weltwirtschaftsordnung ausgeklammert wird. Wenn hier nun wiederholt gesagt wurde, das OPEC-Kartell mache nur von seiner Marktmacht Gebrauch, dann kann ich das so nicht akzeptieren; denn hier werden von einem Kartell politische Bedingungen zur Liefervoraussetzung erhoben. Sowohl der Ölmarkt als auch der Uranmarkt sind total politisierte, vermachtete Märkte unter Ausschaltung des Wettbewerbs. Was da fehlt, ist eine weltweite Kartellbehörde.

Kloss

Die Ölpreiserhöhungen haben doch nichts mit Politisierung zu tun, Herr Narjes, Wenn die Anbieter sich überlegen, daß bei den Preisen, zu denen sie das Öl bisher geliefert haben, ihre Reserven in kurzer Zeit erschöpft sein werden, verhalten sie sich genau wie ein Wettbewerber am Markt.

Narjes

Mein Vorwurf der Politisierung richtet sich gegen Versuche, mit Hilfe der Lieferverweigerung fremden Staatswillen zu beugen.

Die Folge dieser Politisierung ist, daß heute unter dem Aspekt der Versorgungssicherheit das Vertrauen in die arbeitsteilige liberale Weltwirtschaft erheblich erschüttert worden ist, und zwar weit über den Energiebereich hinaus. Die Weltwirtschaftsordnung ist brüchiger als gemeinhin zugegeben wird. Die Sonntagsbeschwörungen, man wolle keinen Protektionismus, stehen in krassem Gegensatz zum Alltagsverhalten von Montag bis Freitag. Gegenwärtig unterliegen mehr als 50 Prozent des Welthandels protektionistischen Maßnahmen. Wie lassen dies geschehen, obwohl wir als größtes Verarbeitungsgebiet der Welt am meisten daran interessiert sein müssen, den Welthandel funktionsfähig zu halten.

Was die Zukunft der Entwicklungsländer angeht, so haben sich in dieser Hinsicht gerade die Vereinigten Staaten am meisten versündigt. Bis zum heutigen Tage haben sie sich nicht zu einer Politik entschließen können, durch die ihre Nachfrage nach Importöl nennenswert reduziert wird. Dadurch tragen sie zur Verschärfung und zur Beschleunigung der Ölkrise bei, was katastrophale Folgen für die Entwicklungsländer haben wird. Kissingers "Project Independence" mag zu ehrgeizig gewesen ; denn es wurde als die Bereitschaft gedeutet, die Aufhebung der Fundamente einer verlässlichen Welthandelsordnung, zu der es keine Alternative gibt, hinzunehmen. Hier sehe ich eine Fülle von Möglichkeiten und auch Sachzwängen, verantwortlicher als bisher zu handeln. Was die Sieben auf dem Londoner Gipfel dazu geleistet haben, war - mit Verlaub gesagt - dürftig.

Grossner

Was wir derzeit erleben, ist der Beginn einer langfristigen Umstrukturierung der europäischen Wirtschaft unter anderem als Folge der OPEC-Krise. Energie-intensive Industrien werden nach Saudi-Arabien, Südkorea, Iran und anderen Ländern, die direkt über Energie verfügen, transferiert, was einschneidende Veränderungen für die Zusammensetzung unserer Industrie haben wird. Diesen Prozeß gilt es einerseits systematisch zu fördern, andererseits aber die daraus resultierenden Konsequenzen für die europäische Industrie durch eine Gegenstrategie aufzufangen. Ich denke beispielsweise an den Aufbau einer Blueprint oder Know-how-Industrie, die auch für das ökonomische Wachstum von Bedeutung wäre, die aber nicht so energie-intensiv ist. Dadurch, daß wir die energieintensiven Industrien aufgeben, könnten wir unsere Energieabhängigkeit verringern.

Renaud

Ich möchte nicht unerwähnt lassen, daß die Energiekrise eine Reihe von Veränderungen für den internationalen Handel und dadurch für viele unserer Industrien bewirken wird; wir haben heute kaum über Kooperation gesprochen. Wir müssen uns ein Bild von der gesamten internationalen Lage machen und uns klar darüber werden, mit welchen Schwierigkeiten wir infolge der Veränderungen im internationalen Handel konfrontiert werden, die zu einem Zeitpunkt eintreten, zu dem unsere Wirtschaft immer stärker von unseren Exporten abhängt. Vor kurzem haben sich die arabischen Minister in Tunis getroffen und eine Resolution angenommen, mit der sie die Industrieländer auffordern, von der Schaffung neuer Raffinerie- und Stahlanlagen Abstand zu nehmen, weil sie der Auffassung sind, daß diese beiden Sektoren solchen Ländern wie den ihren vorbehalten sein sollten.

Wenden wir uns jetzt den ärmsten Ländern zu, die kein Öl und auch keine anderen Ressourcen besitzen. Sie nehmen Geldanleihen zu sehr ungünstigen Konditionen auf. Diese Länder können nur überleben, wenn sie einige ihrer Produkte verkaufen, die aber im Wettbewerb mit vielen unserer eigenen Produkte stehen, woraus Schwierigkeiten für unsere Produzenten und das Risiko von protektionistischen Maßnahmen und Handelsverzerrungen entstehen. In der Tat hätten wir schon seit vielen Jahren die Möglichkeit in Betracht ziehen sollen, unsere Industrien in Richtung auf höherwertige technische Erzeugnisse zu transformieren, um die Produkte eines niedrigeren technologischen und industriellen Niveaus den Entwicklungsländern zu überlassen. Wir haben dies nicht getan, sondern die Entscheidung darüber hinausgeschoben. Das wird zur Folge haben, daß wir die Umstellung unserer Industrie zu einem sehr ungünstigen Zeitpunkt werden vornehmen müssen, wenn wir uns nämlich Schwierigkeiten gegenübersehen, die sich aus dem Anstieg der Energiekosten ergeben.

Wir werden neue Produkte herstellen und den Entwicklungsländern Chancen einräumen müssen. Dabei könnte eine neue Art von internationaler Zusammenarbeit entstehen. Was jedoch im letzten Jahr zum Beispiel auf dem sogenannten Nord-Süd-Dialog in Paris geschehen ist, zeigt deutlich, daß wir nicht bereit sind, solch eine schwierige Entscheidung zu treffen. Wir werden in den kommenden Jahren also nicht nur unter dem Wettbewerbsdruck seitens der anderen Industrieländer stehen, mit all den protektionistischen Maßnahmen, die in dieser Hinsicht zu erwarten sind, sondern auch seitens vieler Entwicklungsländer. Bevor wir die notwendigen Umstellungen vollzogen haben, werden einige Entwicklungsländer mit ihren Produkten beschleunigt in Bereiche eindringen, die unter besonders schwierigen Wettbewerbsbedingungen stehen - zum Beispiel Textil, Stahl, Raffinerie. Diesen Punkt sollten wir nicht vergessen, wenn wir uns das internationale Bild der Energiekrise vor Augen halten.

Levy

Lassen Sie mich zum Abschluß der Diskussion kritisch anmerken, daß wir eine ganze Reihe von Themen nicht behandelt haben, die für das Verständnis der weltweiten Energieproblematik wichtig sind. Ich will sie kurz nennen. Vielleicht können sie in einem späteren Gesprächskreis aufgegriffen werden.

Erstens. In den einzelnen europäischen Ländern, zum Beispiel in Frankreich, Deutschland oder England, stellen sich sehr unterschiedliche Probleme und unterscheiden sich auch die Möglichkeiten, wie diese Länder sich jeweils selber helfen können, beziehungsweise glauben, sich selber helfen zu können. Sie treten deshalb mit verschiedenen Interessen an eine gemeinsame europäische Energiepolitik heran, wobei sich wahrscheinlich auch ihre Vorschläge und Vorbehalte unterscheiden werden. Es wäre wichtig zu fragen, inwieweit sich aus diesen divergierenden Interessenlagen eine gemeinsame Politik konzipieren und durchsetzen läßt.

Hierher gehört auch das Verhältnis der Europäischen Gemeinschaft zur Internationalen Energie-Agentur. Es ist etwa nach der Rolle zu fragen, die Frankreich dabei spielt.

Zweitens. Das außenpolitische Energieproblem, das Herr Sommer erwähnt hat, haben wir nur gestreift, in dem die OPEC und die Vereinigten Staaten als Problemkinder bezeichnet wurden. Wie wir aber mit diesen Schwierigkeiten fertig werden, welche Gremien hier hilfreich sein könnten, ist offengeblieben.

Drittens. Ein weiterer Punkt sind die politischen Konsequenzen, die aus der Abhängigkeit von der OPEC resultieren. An dieser Abhängigkeit wird sich in den nächsten zehn Jahren gewiß nichts ändern. In diesen Zusammenhang gehören: Preispolitik, Indexierung, OPEC-Investments, Schutz gegen Inflation, Handel mit OPEC-Ländern. Deutschland befindet sich, insbesondere was den Handel angeht, in einer außerordentlich günstigen Position. Eine derartige Position hat kein anderes Land. Ist Deutschland bereit, aus dieser Lage Konsequenzen im Interesse Europas, im Interesse anderer Länder zu ziehen?

Meyer-Abich

Welche?

Levy

Mehr Geld in andere Länder zu transferieren; denn es erleidet durch die Ölimporte keine Zahlungsbilanzdefizite.

Viertens. Wir wissen, daß einige der Öl-Produktionsländer vielleicht schon bis 1985, sicher bis 1990, viel mehr produzieren müssen, als in ihrem eigenen Interesse liegt.

Herr Renaud hat dann die politischen Konsequenzen erwähnt, die für die europäischen Märkte und für die Weltmärkte aus den petrochemischen Erzeugnissen der arabischen Länder und dem Aufbau von energieintensiven Industrien entstehen könnten. Welche Konsequenzen ergeben sich daraus handelspolitisch, arbeitspolitisch und allgerneinpolitisch? Können wir unsere Märkte schrankenlos offenhalten?

Fünftens. Wir haben uns zwar ausführlich mit den Kernkraftwerken beschäftigt, aber nicht nach den weltweiten Konsequenzen gefragt, die die Einführung der Kerntechnologie in unseren Ländern für die übrige Welt hätte. Sind wir beispielsweise bereit, für die Länder, die stärker auf das Öl angewiesen bleiben, größere Hilfe zu leisten?

Das sind alles Fragen, die noch Antwort verlangen.

Ich muß freilich bekennen, daß ich zwar in der Lage bin, solche Fragen zu stellen, aber kaum weiß, wie die Antworten aussehen.

Schneider

Es war eigentlich überraschend, daß die Grundannahme dieses Bergedorfer Gesprächskreises - uns droht eine Energiekrise in den späten Achtzigern, falls die Politik in ihrem alten Trott fortfährt - unwidersprochen geblieben ist. Auch in weiteren Sachfragen scheint Obereinstimmung zu bestehen. So darin, daß die Entwicklung von "Alternativen" sowohl zum bisherigen Versorgungsmuster als auch zur Kernenergie Dekaden benötigt und allzuviel Zeit bereits ungenutzt verstrichen ist. Aber auch darin, daß nationale Energiepolitik allein nicht hinreicht, um die drohende Energiekrise möglichst schon abzublocken oder aber ihre negativen Auswirkungen zu minimieren. Wenigstens ein an gleichen Zielen ausgerichtetes Parallelverhalten der nationalen Politiken dürfte unerlässlich sein. Die Voraussetzungen für eine Internationalisierung energiepolitischer Grundentscheidungen, auch auf der EG-Ebene, werden hingegen überwiegend skeptisch beurteilt.

Die mit der Zusammensetzung des Teilnehmerkreises vorprogrammierte Auseinandersetzung über das Für und Wider der verschiedenen Optionen trat, wie zu erwarten war, ein. So stand im Mittelpunkt der Diskussionen die Kontroverse im Bereich der angeblich reinen Sachfragen über die Politikausrichtung, über das Machbare in der Politik, über die Umsetzung von Expertenempfehlungen in politisches Handeln. Immerhin hat die zum Teil polare Auseinandersetzung in aller Schärfe die einzelnen Positionen und die Vielschichtigkeit des Energieproblems unserer Länder deutlich gemacht. Sie hat auch gezeigt, wo die Grenzen des objektiv Entscheidbaren liegen. Dem Politiker in Bonn, Brüssel oder Paris mag dies sein Geschäft erschweren (oder auch nicht?), jedenfalls kann, muß, aber darf er auch nicht darauf warten, bis breiter Expertenkonsensus ihm die angeblich sichere Basis für Entscheidungen liefert.

Dabei blieb Wichtiges undiskutiert oder nur als Frage angekratzt, was in der Themenvorgabe mit angesprochen worden ist. Wir fangen erst an, die Vielschichtigkeit und die Dimensionen eines Problems zu begreifen, das wir das Energieproblem nennen - das in Wahrheit jedoch eine unbeantwortete Grundfrage der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik stellt, auf die wir in den kommenden Jahren Antworten suchen und finden müssen. Dem Bereich des rein technisch Machbaren gilt dabei unsere geringste Sorge.

Körber

Es hat nicht viele Bergedorfer Gesprächskreise gegeben, die einen so sorgenvollen Abschluß gefunden haben wie dieser. Nichts hätte heute abend nähergelegen, als ins Abseits der Resignation zu gehen. Wenn ich mich deshalb bei Ihnen für die Konzentration und das Engagement bedanke, die Sie diesem Gedankenaustausch über die wirtschaftlichen und politischen Aspekte unserer Zukunft zugewandt haben, so meine ich damit nicht zuletzt die Tatsache, daß niemand in diesem Gesprächskreis der Versuchung des Pessimismus erlegen ist.

Um so dringlicher freilich stellt sich die Frage nach einer Politik, die dieser Herausforderung begegnen kann. Herr Brunner hat versucht, die Aspekte einer Antwort zu umreißen, die die Europäische Gemeinschaft geben könnte, wenn sie einigermaßen in der Verfassung wäre, die wir alle wünschen. Aber diejenigen, die das Problem der Energieversorgung aus deutscher Sicht oder von der Position der Vereinigten Staaten aus behandelt haben, waren womöglich noch weiter von einer Lösung entfernt.

Ich will nichts von dem wiederholen, was uns an wichtigen Details mitgeteilt worden ist. In den Konsequenzen, die wir zu ziehen versucht haben, gab es nicht immer Übereinstimmung. Aber darüber, daß die Probleme der Energieversorgung uns vor die schwerste wirtschaftliche und soziale Belastungsprobe seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges stellen, bestand keinerlei Zweifel. Vieles spricht sogar dafür, daß die politischen Konsequenzen, die sich aus den Problemen der Energieversorgung ergeben, nicht geringer sein werden als die Spannungen auf dem Höhepunkt des kalten Krieges.

Die einzige Chance scheint darin zu bestehen, daß wir mit großer Intensität verbesserte Methoden und Einrichtungen internationaler Zusammenarbeit bereitstellen, damit wenigstens Katastrophen verhindert werden. Doch was können wir tun, um den geschwächten Geist der internationalen Solidarität wieder zu kräftigen?

All das zeigt, daß die Energieprobleme eine gesamtgesellschaftliche Frage darstellen; und ich meine deshalb auch, daß der Bergedorfer Gesprächskreis sich weiterhin damit beschäftigen muß. Er hat sich

die Aufgabe gestellt, für die Bestätigung und die Erneuerung einer freien industriellen Gesellschaft zu arbeiten, und hier besteht wahrhaft ein Kernproblem oder, um es ohne Umschweife zu sagen, eine beträchtliche Lebensgefahr unserer Gesellschaft.